Tschüss, die Herrschaften – Anarchismus weltweit

Außerdem ▸ Wahlkampf in Mexiko

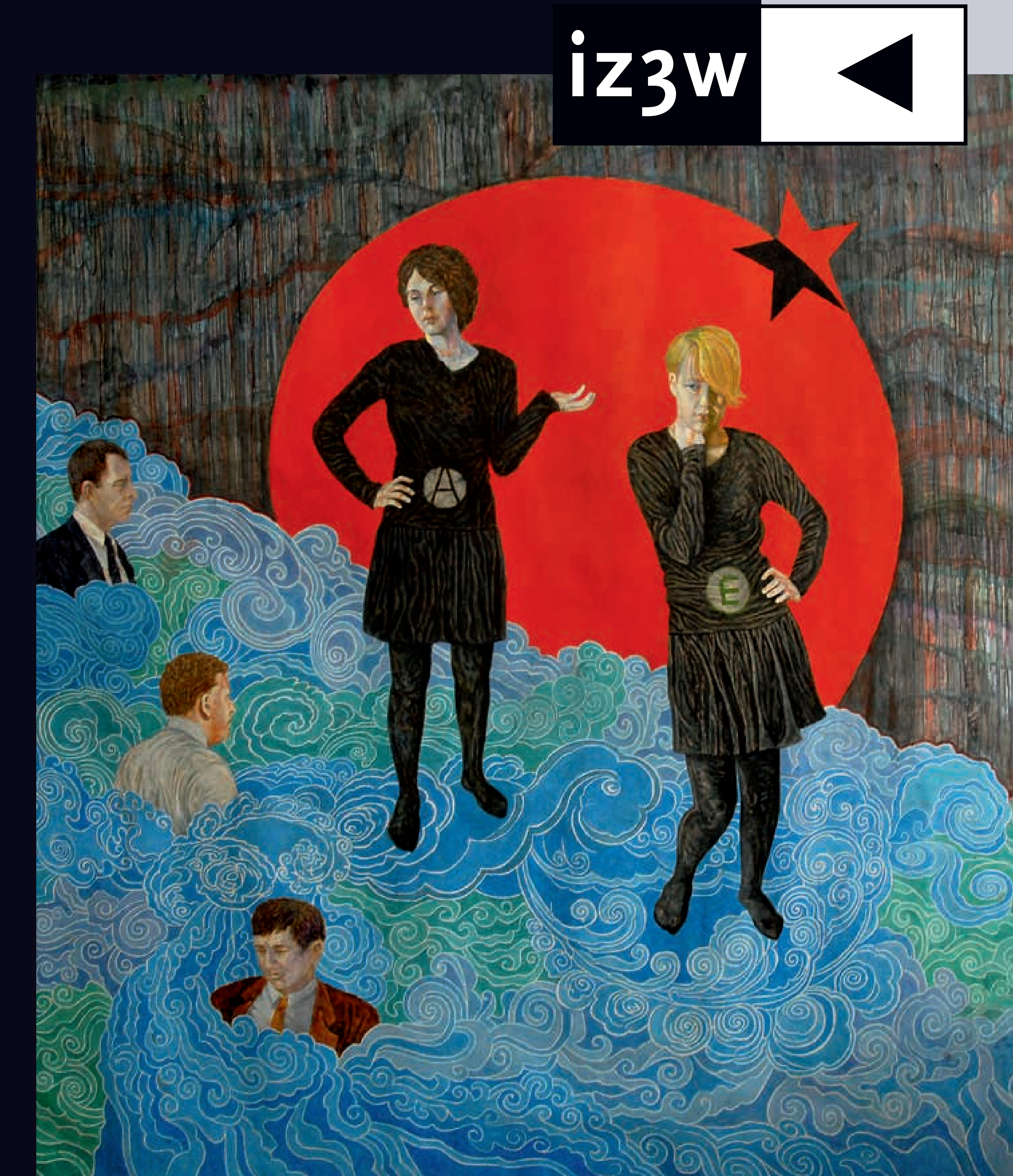
▸ Sieben Jahre Arabischer Frühling

▸ Neokolonialismus in Togo

Juli / Aug. 2018
Ausgabe □ 367
Einzelheft € 5,30
Abo € 31,80

iz3w ◀

iz3w ▸ informationszentrum 3. welt





Titelbild: David Chichkan

In dieser Ausgabe



Schwerpunkt: Anarchismus

Kultur und Debatte



Volksregierung gegens Volk

Ein rätselhafter Fluch liegt auf der lateinamerikanischen Linken. Zuletzt konnten wir den Niedergang des venezolanischen Regimes erleben. Dessen linkspopulistischer Anführer Hugo Chávez proklamierte noch zur Jahrtausendwende große Umverteilungspläne: »Venezuela verfügt über so viel Reichtum, der ein Jahrhundert lang an die Weltmächte verschenkt wurde, und uns blieb nur das Elend.« Die Regierung setzte auf Erdöleinnahmen und bediente die eigenen Leute mit Wohltaten. Unter Nicolás Maduro hat sich das Elend nur verschärft. Strom und Wasser werden oft abgeschaltet, im Supermarkt steht man vor leeren Regalen. Daraus entwickelte sich eine politische Krise mit Straßenunruhen und Todesschüssen. Die chavistische Regierung des Erdölstaates entmachtete das oppositionelle Parlament per »verfassungsgebender Versammlung«. Ist das der sogenannte Rohstoff-Fluch?

Wohl kaum, muss man sagen, wenn man auf den jüngsten Unruheherd in Lateinamerika schaut. Nicaragua ist rohstoffarm und das zweitärmste Land Lateinamerikas. Es wird seit 1979 von der linken sandinistischen FSLN regiert. Präsident wurde damals der junge FSLN-Vorsitzende Daniel Ortega. Die Regierung führte grundlegende Reformen durch, die nach der verheerenden Somoza-Diktatur dringend notwendig waren. So wurde die Analphabetenrate bis 1985 von 50 auf 13 Prozent gesenkt. Der Sandinismus war ein Hoffnungsprojekt der weltweiten Linken – der sympathisierende Schauspieler Dietmar Schönherr betitelte sein Buch 1985 ganz im Ton der Zeit »Nicaragua, mi amor«. 1990 siegte dann die antisandinistische Partei UNO. 2011 wurden die FSLN und damit Ortega wiedergewählt.

Selbst altgediente SandinistInnen bescheinigen der Ortega-Regierung inzwischen den Konkurs. Zehntausende demonstrieren permanent für seinen Rücktritt. Die Demonstrierenden wissen kaum, gegen welchen Missstand sie sich zuerst wenden sollen, so zahlreich sind diese: Angefangen hat es Mitte April mit einem Protest gegen Rentenkürzungen bei gleichzeitigen Beitragserhöhungen. Viele können Ortega nicht ausstehen, seit er mit der FSLN 2006 für ein Totalverbot von Schwangerschaftsabbrüchen gestimmt hatte. Seine Ehefrau Rosario Murillo unterstützte damals massiv den katholischen Turn der Partei: »Nein zur Abtreibung, ja zum Leben, ja zum religiösen Glauben.«

Seither führt Ortega die Partei immer autoritärer, seine Ehefrau ist inzwischen Vizepräsidentin. Der Familienmensch Ortega hat außerdem sieben seiner Kinder in wichtigen Positionen in Politik, Wirtschaft und Medien untergebracht. Die Wohltaten für »die eigenen Leute« feiern fröhliche Urstände. Derweil verzweifeln UmweltschützerInnen über Ortegas Baupläne für einen gigantischen Kanal zwischen Atlantik und Pazifik. Der Projektleiter und Präsidentensohn Laureano Ortega tätigt momentan, sicher nicht uneigennützig, Landprivatisierungen im vorgesehenen Kanalverlauf.

Die ehemalige Comandante der Guerilla Mónica Baltodano kritisiert vor diesem Hintergrund, die Regierung pflege zwar »eine dermaßen übertriebene linke Rhetorik«, aber tatsächlich »bereichern sich Banker und die traditionelle Oligarchie und Gruppen ehemaliger Revolutionäre, die sich in Investoren, in Geschäftsleute, in Spekulanten verwandelt haben«. Die einstige »Revolution der Dichter« hat fast alle der ihr einst verbundenen Intellektuellen verloren. Genauer gesagt: Die FSLN hat sie verloren, während Ernesto Cardenal, Giaconda Belli und andere die verratenen Ideale beschwören.

Der Schriftsteller und Altsandinist Sergio Ramirez gehört zu den vielen, die sich vom Ortega-Clan entfremdet haben und mit den Protesten sympathisieren. »Binnen drei Tagen wurden mehr als 50 unbewaffnete und größtenteils friedlich demonstrierende Jugendliche niedergeschossen von paramilitärischen Einheiten und Polizisten, über die kein anderer als der Präsident das Kommando hat.« Nicaragua sei inzwischen ein repressiver »Einfamilienstaat«. Es gebe »eine totale Unterdrückung abweichender Meinungen, auch innerhalb der Sandinistischen Partei.« Jetzt steuere das Land auf ein wirtschaftliches und politisches Desaster zu.

Tatsächlich stieg die Zahl der Toten bei den Protesten Anfang Juni auf über hundert. Vorwiegend handelt es sich um Oppositionelle. Wie auch in Venezuela ist die Zahl der von der Regierung zu verantwortenden Straftaten auf ein Maß gestiegen, das die derzeitigen Präsidenten nach einer Abdankung ins Gefängnis bringen kann. Also werden sie wohl weitermachen. Doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Fast niemand gibt mehr »den Gringos«, den USA oder alten Oligarchien die Schuld an der Krise. Selbst das solidaritätsbewegte Informationsbüro Nicaragua aus Wuppertal wendet sich in einem Offenen Brief gegen Ortegas Konfrontationspolitik. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung publiziert einen wenig schmeichelhaften Artikel über die Gewalteskalation mit dem Titel »Nicaragua zwischen Hammer und Amboss«.

»Einfach unwiderstehlich« titelte die iz3w 2006 leicht ironisch zum damaligen Linksruck in Lateinamerika. Das Resultat nach zwölf Jahren autoritärer Formierung ist: Einfach unerträglich. Die nicaraguanische nationale Bewegung der Frauen und Feministinnen forderte Ende April: »Nieder mit der Diktatur! Beendigung der Repression und des Staatsterrors!« Ihre Ansicht teilt

die redaktion

Entscheidung für das geringere Übel

In Mexiko herrscht wieder einmal ein schmutziger Wahlkampf



Der »Ich habe Angst«-Werbespot der PRI spielt mit der Angst vor einer verfehlten Politik

Drei Kandidaten haben Chancen, die Präsidentschaftswahl in Mexiko am 1. Juli für sich zu entscheiden: Der Rechtskonservative Ricardo Anaya, der Kandidat der regierenden PRI, José Antonio Meade, und der (zumindest teilweise) linksgerichtete Andrés Manuel López Obrador. In dem von Korruption und Straflosigkeit geprägten Land reichen die Mittel im Wahlkampf von fragwürdigen Bündnissen bis hin zu Schmutzkampagnen gegen KandidatInnen.

von **Sonja Gerth**

► López Obrador, seinen Initialen nach auch AMLO genannt, verwendet schon den Präsens, wenn er von seinen Vorhaben im Amt spricht – so sicher ist er sich, diesmal die richtige Koalition geschmiedet zu haben, um in »Los Pinos«, den Amtssitz des mexikanischen Präsidenten, einzuziehen. Obwohl er in allen Umfragen weit vorne liegt, ist sein Wahlsieg aber längst nicht sicher. Es ist das dritte Mal, dass er sich zur Wahl aufstellen lässt. 2006 scheiterte er so knapp, dass viele Menschen davon ausgehen, dass er um den Sieg betrogen wurde. 2012 gewann sein damaliger Gegner Enrique Peña Nieto, der von der Partei der institutionalisierten Revolution (PRI) unterstützt und als großer Erneuerer dargestellt wurde.

Angstkampagnen haben schon bei den letzten Wahlen gut funktioniert

Dass AMLO heute in den Umfragen mehr als zehn Prozent vor seinen Gegnern liegt, liegt unter anderem an der großen Ernüchterung am Ende der Amtszeit von Peña Nieto und an der Politik der PRI-Regierung, die ehemals 70 Jahre lang regierte. Obwohl Mexiko schon seit Jahren unter seiner miserablen Sicherheitslage und der Gewalt leidet, stellte das Jahr 2017 mit mehr als 29.000 Morden einen Tiefpunkt dar. Diese Abwärtsspirale wird sowohl Peña als auch seinem Vorgänger Calderón angelastet, der in seiner Amtszeit den Drogenkartellen den Krieg erklärte und den massiven Einsatz von Militär und Polizei anordnete. Seitdem hat die Zahl der Ermordeten, Verschwundenen und Bedrohten schwindelerregende Höhen erreicht. Menschenrechtsorganisationen schreiben einen Großteil der Opfer allerdings nicht den Kartellen zu, sondern ebenjenen Kräften, die eigentlich Sicherheit bringen sollen: Polizei und Militär. Heute liegt die Straflosigkeit bei über 90 Prozent der Taten.

Die »Mafia der Macht«

► Fast jeden Tag können die MexikanerInnen in der Zeitung über PolitikerInnen lesen, die sich selbst bereichern. Allein in den letzten fünf Jahren wurden Ermittlungen gegen rund ein Dutzend ehemalige Gouverneure wegen Korruption eingeleitet. AMLO bezeichnet sie als Teil der »Mafia der Macht«, von der er während seiner Wahlkampfveranstaltungen gern spricht. Dabei ist der 65-Jährige selbst in der langjährigen Regierungspartei PRI groß geworden. Später war er Gründungsmitglied der Partei der demokratischen Revolution (PRD). Die sozialen Maßnahmen für arme Bevölkerungsschichten während seiner Zeit als Bürgermeister von Mexiko-Stadt Anfang der 2000er Jahre machten ihn zu einem der beliebtesten Politiker des Landes. 2014 überwarf er sich mit seiner alten Partei und gründete die Bewegung der Nationalen Erneuerung, Morena.

Viele WählerInnen fragen sich jedoch, ob der ehemalige Bürgermeister überhaupt eine Alternative ist. Denn auch Morena-PolitikerInnen sind auf lokaler Ebene der Korruption bezichtigt worden. Außerdem scheint AMLO jedes Mittel recht zu sein, um im Juli einen möglichst großen Abstand zu seinen Verfolgern zu erzielen. So unterstützt Morena die Kandidaturen einiger Personen für das Abgeordnetenhaus, die in der Vergangenheit in Korruptionsfälle verwickelt waren. Zudem ist AMLO ein Bündnis mit einer streng christlichen Kleinpartei eingegangen, die gegen die Ehe für Alle und gegen Abtreibung ist. Beides hatte seine ehemalige Partei PRD in Mexiko-Stadt schon vor Jahren legalisiert. Der Kandidat selbst drückt sich davor, Fragen zu diesen kritischen Programmpunkten zu beantworten. »Das Volk soll entscheiden«, sagt er jedes Mal.

Fragwürdige strategische Bündnisse

► In diesem Wahlkampf wird mit allen Mitteln gekämpft. Die PRI will davon ablenken, dass sie Regierungspartei ist und hat daher den parteilosen Kandidaten José Antonio Meade aufgestellt. Der Neoliberale, mehrfach Minister unter anderem für die christdemokratisch-konservative PAN, kann das schlechte Image seiner UnterstützerInnen allerdings bisher nicht abschütteln und liegt in den Umfragen auf Platz drei.

Auch auf der Gegenseite ist es im Vorfeld der Wahl zu einer ungewöhnlichen Kooperation gekommen. Die sozialdemokratische PRD, AMLOs ehemalige Partei und seit mehr als zwanzig Jahren im Hauptstadtdistrikt an der Macht, hat sich mit der rechtskonservativen PAN zusammen getan und unterstützt den Kandidaten Ricardo Anaya. Der 39-jährige Unternehmer aus dem Bundesstaat Querétaro, Sohn aus wohlhabendem Hause, würde Mexiko gerne in ein Silicon Valley des Südens verwandeln. KritikerInnen werfen ihm vor, vor den wahren Problemen des Landes die Augen zu verschließen: 53 Millionen MexikanerInnen leben in Armut und sind weit davon entfernt, ein digitales Start-up zu gründen. Zudem hat Anaya Probleme mit der Staatsanwaltschaft, die gegen ihn wegen Unregelmäßigkeiten beim Kauf eines Geländes in seiner Heimatstadt ermittelt. Stichfeste Beweise gibt es dafür noch nicht. Anaya erklärt, die Vorwürfe seien Teil einer Schmierkampagne gegen ihn von Seiten der PRI.

Erstmals sind in Mexiko unabhängige Kandidaturen erlaubt. Die Hürden, um auf den Wahlzettel zu kommen, sind allerdings hoch und werden meist nur von KandidatInnen überwunden, die vorher schon einigen Bekanntheitsgrad erreicht haben. Einziger Lichtblick war im vergangenen Herbst Maria de Jesús Patricio, genannt Marichuy, eine 53-jährige Nahua aus dem Bundesstaat Jalisco, die erste indigene Präsidentschaftskandidatin des Landes. Sie unterschied sich mit ihrer zurückhaltenden Art deutlich von den anderen KandidatInnen und stellte das Kollektiv und Entscheidungen »von unten« in den Vordergrund. Allerdings erreichte Marichuy nicht die vom Wahlinstitut geforderte Zahl der UnterstützerInnenstimmen, sie wird am 1. Juli nicht auf den Wahlzetteln erscheinen. Die unabhängige Kandidatur von Jaime »El Bronco« Rodríguez, des Gouverneurs des Bundesstaates Nuevo León, wurde dagegen trotz nachgewiesener tausendfacher Stimmfälschung angenommen. Er liegt in den Umfragen zwar nur bei zwei bis drei Prozent, tat sich dafür aber unter anderem mit dem Vorschlag hervor, künftig Dieben die Hände abzuhacken.

Im Prinzip machen im Wahlkampf alle Parteien Front gegen AMLO. Zu großer Bekanntheit hat es der »Ich habe Angst«-Werbespot der PRI gebracht. Darin liegt eine Frau im Bett und kann nicht schlafen. Sie mache sich solche Sorgen, erklärt sie ihrem Mann. Denn wenn »El Peje«, ein weiterer Spitzname von AMLO, gewinne, werde er die Erziehungsreform zurücknehmen und die Kinder in der Schule werden kein Englisch mehr lernen. Der Spot war ein gefundenes Fressen für KarikaturistInnen und UserInnen sozialer Netzwerke, die sich darüber lustig machten, dass Mexiko dringendere Sorgen habe. Doch diese Art der Angstkampagne hat schon bei den letzten beiden Wahlen gut funktioniert.

Mord an lokalen PolitikerInnen

► Die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf nimmt immer wieder auch illegitime und gewalttätige Formen an. Anfang Mai forderte ein bekannter Fernsehmoderator in einem Tweet indirekt dazu auf, AMLO zu erschießen. Nach einer Welle des Protests gab der Fernsehsender Televisa bekannt, dass er die Zusammenarbeit mit dem Moderator beende. Solche Andeutungen wecken in der mexikanischen Öffentlichkeit traurige Erinnerungen an das Jahr 1994, als der Präsidentschaftskandidat Donaldo Colosio erschossen wurde.

> Die Straflosigkeit bei Morden liegt bei über 90 Prozent

Zusammen mit dem Präsidentenamt werden auch beide Kammern des Kongresses neu besetzt. 128 Senatssitze und 500 Abgeordnetenplätze sind zu vergeben. Außerdem werden in neun Bundesstaaten neue GouverneurInnen gewählt und es finden viele Gemeindewahlen statt. Gerade LokalpolitikerInnen müssen Angst um ihr Leben haben: Durch das gesamte Parteienspektrum hindurch wurden seit dem letzten Jahr mehr als 80 KandidatInnen ermordet. Bei einer Aufklärungsrate von 20 Prozent aller Mordfälle bleibt es unwahrscheinlich, dass die Geschehnisse aufgearbeitet werden.

Im Wahlkampf beklagen vor allem Frauen das hohe Maß von Aggressionen und Beleidigungen. Letztere könnten im Zusammenhang mit dem Machtverlust der Männer stehen, da die Parteien erstmals die Hälfte ihrer Listen mit Frauen besetzen müssen. Die häufigen Diffamierungskampagnen im Internet, die auf Aussehen, Intimleben oder Familienangehörige abzielen, belasten die Angegriffenen schwer. Für die WählerInnen hingegen dürften diese Kampagnen ein weiterer Hinweis dafür sein, dass die Politik in Mexiko ein schmutziges Geschäft ist und im Grunde niemand »da oben« eine weiße Weste hat. Der Stimmung auf der Straße nach werden die Wahlen im Juli jedenfalls weniger eine Entscheidung für eine/n bestimmte/n KandidatIn sein, sondern eher eine für das geringere Übel.

► **Sonja Gerth** ist Journalistin und arbeitet für die feministische Nachrichtenagentur CIMAC in Mexiko-Stadt



Straßenrundgang im Kleingartenverein Togo im sogenannten Afrikanischen Viertel in Berlin-Wedding Foto: Iwalewahaus

Auf Großwildjagd

Die deutsch-togoischen Beziehungen und ihre koloniale Vergangenheit

Seit August 2017 erlebt Togo eine nie da gewesene Protestwelle. Hunderttausende versammeln sich auf den Straßen von Lomé, Sokodé und anderen Städten, um gegen die Herrschaft des Präsidenten Faure Essozimna Gnassingbé zu demonstrieren. Deutschland profitierte jahrzehntelang von den autoritären Verhältnissen in seiner ehemaligen »Musterkolonie« Togo. Wirtschaftliche Interessen und politische Loyalität im Kalten Krieg waren wichtiger, als den Widerstand gegen die Militärdiktatur zu unterstützen.



von **Stefan Seefelder**

► Die Geschichte der deutsch-togoischen Beziehungen begann am 5. Juli 1884. Der Afrikaforscher Gustav Nachtigal erklärte den Strand von Bagida auf Drängen von Reichskanzler Otto von Bismarck und den an der westafrikanischen Küste ansässigen deutschen Kaufleuten zum deutschen »Schutzgebiet«. Durch einen dubiosen Vertrag mit dem lokalen, schriftunkundigen Chief Mlapa III. wurde das Gebiet annektiert, um den deutschen Unternehmen staatlichen Schutz zu garantieren. Westlich dieses späteren Togo-Gebiets befand sich die britische Gold Coast-Kolonie, östlich davon das französisch beherrschte Dahomey. Daher befürchteten die Kaufleute ein Ausgreifen einer der beiden Kolonialmächte auf das »freie« Stück Land und drängten in Berlin auf einen »Schutzvertrag«, um ihre wirtschaftlichen Aktivitäten abzusichern.

In den folgenden Jahrzehnten wurde Togo zum Drehkreuz für den westafrikanischen Handel ausgebaut, da das Hinterland nie vollständig erobert werden konnte und es zu wenig Platz für ausgedehnte Plantagenwirtschaft gab. Dies schlug sich in einem Überschuss in der wirtschaftlichen Bilanz nieder. Die finanzielle Unabhängigkeit von Berlin begründete den Mythos der »Musterkolonie«. Zementiert wurde er außerdem durch die Unterwerfung der Einheimischen, von der die Kolonialbeamten behaupteten, sie sei gewaltlos und freiwillig gewesen. In der Realität verliefen die »Expeditionen« im Hinterland meist blutig, denn anders als die BewohnerInnen des Küstengebiets leisteten die Menschen in Nordtogo bis zum Ende der Kolonie 1914 Widerstand gegen die deutschen Eroberer. Diese antworteten darauf mit Waffengewalt, Prügelstrafen und Zwangsarbeit im Straßen- und Eisenbahnbau.

Nostalgisch verklärt

► Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde Togo in der Weimarer Republik zum Objekt einer larmoyanten Kolonialnostalgie. Sie ergoss sich in Vorträgen und Publikationen verschiedener kolonial-

revisionistischer Gruppierungen – die wichtigste von ihnen war die Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG) – und in kitschigen Romanen mit Titeln wie »Unvergessenes Land. Von glutvollen Tagen und silbernen Nächten in Togo«. Zwischenzeitlich wurde Togo als »Mandat B« des Völkerbunds zwischen Großbritannien und Frankreich aufgeteilt.

1924 entstand der »Deutsch-Togo-Bund«, eine Gruppierung ehemaliger togoischer Angestellter, die als Diener oder Hausmädchen für die deutschen Kolonialherren gearbeitet hatten und unter der neuen Kolonialverwaltung keine Perspektive mehr für sich sahen. Es handelte sich dabei zum größten Teil um Angehörige der Ewe-Ethnie, die bereits vor der Kolonialzeit die Mehrheit der Bevölkerung stellten. Durch ihre Arbeit für die deutschen Kolonialherren hatten sie gegenüber den anderen EinwohnerInnen gesellschaftliche und wirtschaftliche Privilegien erlangt, auch wenn sie rechtlich nicht bessergestellt waren als ihre unter der Repression darbenden Landsleute. Die Entstehung des Deutsch-Togo-Bunds, dessen – aus postkolonialer Perspektive bemerkenswerte – Hauptforderung die Rückkehr der deutschen Kolonialherren war, verfestigte die Idee der deutschfreundlichen »Musterkolonie« Togo auf lange Zeit. Dies spielte in der Folge eine entscheidende Rolle für die Prägung der deutsch-togoischen Beziehungen.

In der Weimarer Republik war Togo Objekt einer larmoyanten Kolonialnostalgie

Nach der Machtübernahme der NSDAP am 30. Januar 1933 wurden die deutschen Kolonialverbände, allen voran die DKG, sukzessive aufgelöst und als »Reichskolonialbund« (RKB) unter Franz Xaver Ritter von Epp gleichgeschaltet. Die Forderungen des RKB zielten im Wesentlichen auf eine Revision des Versailler Vertrags und der »Kolonialschuldlüge« – dem §119 des Versailler Vertrags, der die deutsche »Unfähigkeit« zur Kolonisierung attestierte. Damit verbunden war die Forderung nach Rückgabe der ehemaligen Kolonien an das Deutsche Reich, auf die man aus »wirtschaftlichen Gründen« Anspruch habe.

In den umfangreichen Planungen, die unter anderem die Einrichtung einer »Kolonialuniversität« und die Ausbildung einer »kolonialen Wehrmacht« als neue Form der kaiserlichen »Schutztruppe« beinhalteten, spielte Togo eine zentrale Rolle als administratives Zentrum des angestrebten »Generalgouvernements Westafrika«. Geplant waren darüber hinaus umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen, die von togoischen und aus Europa verschleppten ZwangsarbeiterInnen errichtet werden sollten. Da Adolf Hitler allerdings wenig Interesse an derartigen Vorstellungen zeigte und stattdessen die Eroberung des »Lebensraums im Osten« Vorrang hatte, endete die Geschichte des RKB Anfang 1943 mit der Niederlage in Stalingrad und seiner darauffolgenden Zwangsauflösung.

Bloß weg von Frankreich

► Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in Togo die ersten Freiheitsbewegungen, deren Ziel zunächst die Wiedervereinigung der immer noch zwischen Großbritannien und Frankreich geteilten Landeshälften war. Die volle Souveränität wurde zunächst nur als theoretisches Fernziel diskutiert. Die britische Kolonialverwaltung kam den Vereinigungsbestrebungen allerdings zuvor, indem sie am 9. Mai 1956 ein Referendum abhalten ließ, bei dem über die Vereinigung Britisch-Togos mit der Gold Coast-Kolonie und einer anschließenden Unabhängigkeit (unter Voraussetzung einer starken Anbindung an die Metropole) abgestimmt wurde. Mit 58 Prozent Ja-Stimmen wurde das Referendum entschieden und das Gebiet 1957 als Republik Ghana unter Präsident Kwame Nkrumah unabhängig. Gleichzeitig wurde es – nach Südafrika – das zweite afrikanische Mitglied im Commonwealth of Nations.

Im französischen Teil Togos sorgte diese Entwicklung für Unmut, und schnell flammten im ganzen Land Proteste gegen die französische Kolonialverwaltung auf. Der Deutsch-Togo-Bund erneuerte in dieser Situation seine Forderung, Deutschland solle als Kolonialmacht zurückkehren. Er drang damit sogar bis zu Bundeskanzler Konrad Adenauer vor, was jedoch ohne Folgen blieb. Durch die Unabhängigkeit Ghanas und die UN unter Druck gesetzt, gestand Frankreich Französisch-Togo Ende 1956 einen Autonomiestatus zu und setzte den deutschstämmigen Nicolas Grunitzky, Mitglied der frankoloyalen Parti Togolaise du Progrés (PTP), als ersten Präsidenten ein.

Von der Bevölkerung wurde die PTP-Regierung allerdings schnell als französische Marionettenregierung wahrgenommen, so dass es erneut zu schweren Protesten kam. Auch auf weiteren Druck der UN lenkte die Kolonialverwaltung schließlich ein und setzte 1958 Wahlen für eine unabhängige gesetzgebende Versammlung sowie einen Premierminister an. Wahlsieger Sylvanus Olympio, 1941 Gründer der antifranzösischen Partei Comité de l'Unité Togolaise (CUT) und hochrangiges Mitglied im Deutsch-Togo-Bund, konnte schließlich im April 1960 die Unabhängigkeit der Republik Togo erklären und wurde deren erster Präsident.

Für die deutschen Unternehmen und das erst wenige Jahre zuvor gegründete Auswärtige Amt war die Wahl Olympios ein glücklicher Umstand. Seine Abneigung gegenüber Frankreich und sein positives, von der Kolonialzeit beeinflusstes Deutschlandbild machten die Bundesrepublik bald zum wichtigsten außenpolitischen Partner Togos, was sich als sehr vorteilhaft für Wirtschaft und Politik erweisen sollte: Für privatwirtschaftliche Aktivitäten musste nun nicht mehr der Umweg über die ehemalige französische Kolonialverwaltung gegangen werden, stattdessen konnte man direkt mit der neuen, wohlwollenden togoischen Regierung verhandeln.

»Einfluss in Afrika erhalten«

► Auf der politischen Ebene verschob die Intensivierung des Kalten Kriegs gegen Ende der 1950er Jahre den außenpolitischen Fokus von der Rohstoffversorgung für das »Wirtschaftswunder« hin zu einer politischen Loyalität und dem Bekenntnis zur Westbindung, die Olympio trotz der offiziellen Neutralität Togos zweifellos anstrebte. Um die guten Beziehungen zu vertiefen und die erwünschte Stabilität in Togo zu sichern, wurde bald nach der Unabhängigkeit eine groß angelegte, von der bundesdeutschen Politik und Wirtschaft gemeinsam getragene Kampagne gestartet, die durch materielle Zuwendungen die wirtschaftliche – und damit politische – Lage in Togo verbessern sollte. ►

Die Gründung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1961 (BMZ) ist ebenfalls in diesem Kontext zu sehen, da 1960, dem »Afrikanischen Jahr«, insgesamt 18 ehemalige Kolonien unabhängig wurden und die Möglichkeit der politischen Einflussnahme in den afrikanischen Ländern durch »Entwicklungshilfe« in einem Ministerium gebündelt werden sollte. In den Worten eines Diplomaten im Auswärtigen Amt: »Das Bestreben der Bundesregierung in Afrika ist jedoch nur darauf gerichtet, den westlichen Einfluss in Afrika zu erhalten und in enger Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten ein Vordringen des Sowjetblocks abzuwehren.«

Eines der ersten Projekte, das von der Bundesregierung mit 53 Millionen DM finanziert wurde, war der Bau eines modernen Hafens in der Hauptstadt Lomé. Die neuen, für damalige Verhältnisse gewaltigen Frachtterminals sollten es ermöglichen, den Handel mit ganz Westafrika über Togo laufen zu lassen. Für die deutschen Baufirmen, die das Projekt durchführten, war der Hafen ein willkommenes Konjunkturpaket, denn der Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg zerstörten Gebäude innerhalb Deutschlands war mittlerweile nicht mehr die vordringlichste Aufgabe. Weitere Maßnahmen umfassten die Entsendung von Ärzten und die Versorgung mit medizinischen Hilfsgütern, Funkgeräten für die togoische Armee sowie Baumaterial und Nahrungsmitteln.



Symbol der Macht: Christuskirche der Norddeutschen Mission in Lomé (ca. 1907/08) Foto: zeitenblicke.de

Vater und Sohn: Die Ära Eyadéma

► Am 13. Januar 1963 wurde Präsident Olympio von Soldaten unter der Führung der Unteroffiziere Emmanuel Bodjollé und Gnassingbé Eyadéma erschossen. Schnell wurde vermutet, der Putsch sei vom ghanaischen Präsidenten Nkrumah organisiert worden, da Olympio bereits einige Attentatsversuche überlebt hatte und er Nkrumah beschuldigt hatte, deren Drahtzieher gewesen zu sein. Nkrumah hatte dieselben Vorwürfe gegen Olympio erhoben, denn auch er war bereits zum Ziel mehrerer Anschläge geworden. Jedoch ist bis heute umstritten, ob beide Präsidenten wirklich in Attentatskomplotte verstrickt waren oder sie diese Anschuldigungen nur aus propagandistischen Gründen verbreiteten.

Olympios Ermordung verstärkte die Spannungen zwischen Ghana und Togo derart, dass ein baldiger Einmarsch der ghanaischen Armee und die Annexion Togos befürchtet wurden. Nur durch die Intervention der Monrovia-Gruppe, einem Verbund konservativer afrikanischer Staaten, konnte der Militärschlag verhindert werden. Ghana, das als Mitglied der kleineren, progressiven Casablanca-Gruppe keine so starke Unterstützung vorweisen konnte, ließ schließlich von den Plänen ab. In den folgenden vier Jahren wurde Togo von einer Militärjunta regiert, bestehend aus den putschenden Offizieren und ehemaligen Söldnern. Sie setzte den unbeliebten ehemaligen Ministerpräsidenten Grunitzky als Präsidenten ein.

Im Auswärtigen Amt löste der Putsch zunächst große Besorgnis über die zukünftigen deutsch-togoischen Beziehungen aus. Sie löste sich allerdings schnell auf, als klar wurde, dass Grunitzky den eingeschlagenen prowestlichen Kurs beibehalten würde. Bezeichnenderweise führten Grunitzkys erste Auslandsreisen zunächst nach Frankreich, dann nach Deutschland, denn, in den Worten des Diplomaten Jansen: »Staatspräsident Grunitzky, der die Ermordung seines Vetters Olympio verurteilt und sich für das Amt des Präsidenten nur zur Verfügung gestellt hat, um ein Abgleiten der Regierung nach links zu verhindern, bedarf einer gewissen außenpolitischen Anerkennung zur Stützung seiner Position im Innern.«

1967 wurden Eyadéma und seine Kamarilla schließlich Grunitzkys überdrüssig und verdrängten ihn aus dem Amt des Präsidenten. Eyadéma ernannte sich zum Staatspräsidenten und gründete die Partei Rassemblement du Peuple Togolais (RPT), während gleichzeitig alle anderen Parteien verboten wurden. Zur Sicherung seiner Macht versuchte Eyadéma, die RPT als gesamttogoische, nationale Sammlungsbewegung zu etablieren, quasi als Versöhnungsangebot an die ehemaligen AnhängerInnen Olympios und die WählerInnen anderer Parteien, die seine Herrschaft jedoch mehrheitlich ablehnten. Neben der politischen fehlte Eyadéma nämlich auch die soziale Legitimation, denn als Angehöriger der Kabyie-Ethnie (12 Prozent der Bevölkerung) verdrängten er und die neue Regierung in kurzer Zeit die Ewe-Angehörigen (45 Prozent der Bevölkerung) aus den hohen Ämtern der Administration und Verwaltung. Damit verprellte er auch bislang unpolitische Ewe-Angehörige.

Um den Widerstand gegen die Herrschaft Eyadémas abzumildern, bemühte sich seine Regierung um gute Beziehungen zur Bundesrepublik. Denn die meisten der früheren Olympio-AnhängerInnen wünschten aufgrund dessen Mitgliedschaft im Deutsch-Togo-Bund und des allgemein positiven Deutschlandbilds eine

stärkere Bindung. Verstärkt wurde diese Haltung durch die seit 1960 laufenden Entwicklungsprojekte. Im Auswärtigen Amt hatte der Staatsstreich Eyadémas für ablehnende Reaktionen gesorgt, so dass die diplomatischen Beziehungen deutlich abkühlten und die staatlichen und privaten Investitionen in der Folge zurückgingen.

Charakterliche Ähnlichkeiten

► In die Bresche sprang zu Beginn der 1970er Jahre die CSU unter dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß. Er hatte einige Jahre zuvor Eyadéma auf einer gemeinsamen Großwildjagd in Togo kennengelernt und war mit ihm auch privat befreundet – nicht zuletzt aufgrund ihrer charakterlichen Ähnlichkeiten, ihrem Antikommunismus und dem Hang zur kolonialen Nostalgie. Die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung und Eyadéma initiierten 1977 die Gründung der »Eyadéma-Stiftung« und des bayerischen Gegenstücks »Bayerisch-Togoische Gesellschaft«. Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung formulierte das Ziel folgendermaßen: »Mit der für das Projekt Eyadéma-Stiftung entwickelten Konzeption soll versucht werden, die togoische Sammlungsbewegung im Sinne westlicher, antikommunistischer Demokratievorstellungen zu beeinflussen.«

Franz Josef Strauß und Gnassingbé Eyadéma waren eng befreundet

In Form von Projekten in der politischen Erwachsenenbildung, Seminaren, Projekten zur Ausbildung von RichterInnen und VerwaltungsbeamtInnen sowie materieller Unterstützung durch medizinisches Gerät und anderen Gütern gelang es der Hanns-Seidel-Stiftung und Strauß, hohes Ansehen unter der togoischen Bevölkerung zu erwerben. Obwohl dieser Versuch einer »Neben-Außenpolitik« der CSU vom Auswärtigen Amt kritisiert wurde, erkannte man dort bald die Vorteile, die eine Identifikation mit Strauß und Deutschland in Togo mit sich bringen würde: Nicht zuletzt war die Eyadéma-Regierung nach wie vor Garant gegen einen kommunistischen Umsturz in Togo, ein Umstand, der immer noch von höchster außenpolitischer Priorität war.

Ende der 1980er Jahre verschlechterte sich die Lage in Togo allerdings dramatisch. Ein mutmaßlich von der ghanaischen Regierung unterstütztes Kommando hatte 1986 versucht, Eyadéma zu ermorden, was seine Angst vor einem kommunistischen Staatsstreich extrem verstärkte. Die Staatsverschuldung explodierte aufgrund der weitverbreiteten Korruption und fehlender Investitionen. Grassierende Arbeitslosigkeit und Massenproteste waren die Folge. Trotz vieler Toter bei den Protesten reagierte Eyadéma aus Sorge um seine Stellung zunächst nicht mit einer weiteren Eskalation, sondern ließ 1991 erstmals wieder andere Parteien zu, während seine Macht durch die Ernennung eines Ministerpräsidenten geschwächt werden sollte.

1992 sollte eine neue Verfassung einen Übergang zu demokratischen Strukturen ermöglichen. Sie scheiterte jedoch, als Eyadéma – wohl aus Verfolgungswahn – die repressive Politik wieder verschärfte und seine autoritäre Regierung nun vollständig auf das Militär stützte. Dieser »zweite Putsch« führte 1994 zu einem Abbruch der diplomatischen Kontakte der EU mit Togo (mit Ausnahme von Frankreich). Dieser radikale Schritt war nicht zuletzt deshalb möglich, weil der Kalte Krieg zu Ende und Togo als westlicher Verbündeter schlicht nicht mehr von Bedeutung war. Da Eyadéma während der gesamten 1990er Jahre innenpolitisch ohne Basis in der Bevölkerung und außenpolitisch isoliert war, stimmte er 2002 schließlich der verfassungsgemäß vorgeschriebenen Abhaltung von Wahlen zu, woraufhin sich die Beziehungen zur EU wieder verbesserten.

Die Wahlen im Juni 2003 waren allerdings von massiven Einschüchterungen der Opposition und ihrer Kandidaten seitens der Regierung gekennzeichnet. Der aussichtsreichste Gegenkandidat Eyadémas war der Arzt und Sohn von Sylvanus Olympio, Gilchrist Olympio. Er trat für die Union des Forces de Changement (UFC) an, einem überparteilichen Sammelbecken verschiedenster Oppositionsparteien. Gilchrist Olympio wurde allerdings nicht zur Wahl zugelassen, da man ihm vorhielt, keinen Wohnsitz in Togo zu haben – er war nach einem Attentatsversuch 1992 ins französische Exil gegangen. Eyadéma ging als Wahlsieger hervor und führte die Regierung drei weitere Jahre, bis er am 5. Februar 2005 an einem Herzanfall verstarb.

Noch am selben Tag wurde sein Sohn Faure Essozimna Gnassingbé zum Präsidenten ernannt, was einen klaren Bruch der Verfassung von 1992 darstellte, die den Präsidenten der Nationalversammlung als kommissarischen Verwalter der Amtsgeschäfte vorgesehen hatte. Da sich dieser zu der Zeit in Frankreich aufhielt, schloss die togoische Armee kurzerhand die Grenzen und setzte Faure Essozimna in das Amt ein. Nach Protesten durch die EU und die UN trat er allerdings nach wenigen Wochen wieder zurück, um sich dann im April 2005 durch von Einschüchterungen, gefälschten Stimmabgaben und einem ausufernden Eyadéma-Personenkult geprägten Wahlen legitimieren zu lassen.

Fünfzig Jahre sind genug

► 2010, als die nächste Wahl anstand, kam es zum Eklat in der von Gilchrist Olympio geführten UFC, da sich dieser der Regierung andiente, um im Gegenzug für sich und andere moderate UFC-Anhänger Posten in den Ministerien und anderen Ämtern zu erhalten. Vom Großteil der UFC-Mitglieder wurde das als Verrat gewertet, die Bewegung zerfiel daraufhin relativ schnell. Jean-Pierre Fabre, der 2010 Präsidentschaftskandidat der UFC war, gründete daraufhin die überparteiliche, aber sozialdemokratisch ausgerichtete Alliance Nationale pour le Changement (ANC). Sie stellt bis heute die wichtigste und stärkste, wenn auch nicht einzige, Oppositionsbewegung gegen die Regierung dar.

Unter der Forderung »50 ans – Ça suffit!« (»50 Jahre – Das reicht!«) haben seit August 2017 hunderttausende Menschen in Togo gegen die Regierung, die mittlerweile den Anschein einer Erbmonarchie hat, demonstriert. Bei den Protesten gab es bisher 17 Tote, ihr Ausgang ist unklar. Gewiss ist nur eines: Der deutsche Kolonialismus und die deutsche Einflussnahme nach 1945 haben nicht nur nichts zu demokratischen Verhältnissen in Togo beigetragen. Durch die anhaltende Kollaboration mit den autoritären Herrschern verhinderte Deutschland sogar, dass demokratische Kräfte je eine Chance bekamen. Es wird höchste Zeit, dass sich dies ändert.

► **Stefan Seefelder** ist Historiker und befasste sich in seiner Masterarbeit an der FU Berlin mit der Rezeption der deutschen Kolonialherrschaft in den postkolonialen deutsch-togoischen Beziehungen.



Foto: Hossam el-Hamalawy

Der Arabische Frühling hatte eine Vorgeschichte: Protest gegen Mubarak und Polizeigewalt im Juni 2010 (Kairo).

Seven Years After – was bleibt vom Arabischen Frühling?

Zu Jahresbeginn 2011 geschah in arabischen Ländern Unerwartetes: In Tunesien vertrieb eine soziale Bewegung den autoritären Präsidenten Ben Ali von der Macht. Einen Monat später musste Mubarak in Ägypten zurücktreten. Doch schon ein Jahr später war große Ernüchterung eingekehrt. In Syrien ging das Assad-Regime brutal gegen Oppositionelle vor, was einen langen Krieg zur Folge hatte. In Libyen wurde die Herrschaft des Gaddafi-Regimes durch die von Rackets ersetzt. In allen arabischen Ländern waren islamistische Strömungen auf dem Vormarsch. Heute herrscht sowohl in konservativen wie in linken Kreisen nahezu Konsens darüber, dass der Arabische Frühling nur neue Barbarei hervorgebracht habe.

Mit einer gemeinsamen Veranstaltung am 22. März in Berlin wollten die Redaktionen von iz3w und Jungle World eine differenzierte Bilanz ziehen. Beide Redaktionen und ihre AutorInnen haben die emanzipatorischen Bestrebungen in arabischen Ländern von Beginn an publizistisch unterstützt, denn der Arabische Frühling war ein notwendiger politischer Aufbruch. Die Intentionen vieler ProtagonistInnen waren Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit, nicht Islamisierung und Krieg. Sieben Jahre später fragen wir uns: Was bleibt vom Arabischen Frühling? Wie hat er sich auf die Lage von Frauen ausgewirkt? Wie sieht es heute in Tunesien und Ägypten aus? Und wie soll es weitergehen? Die Antworten unserer AutorInnen beruhen auf ihren Statements im März.

Zu nett für den Machtkampf

Die arabische Demokratiebewegung hat doppelt verloren

von **Jörn Schulz**

► Die Revolutionsromantik widmet sich dem heroischen Kampf: brennende Barrikaden, fliegende Fahnen, wehendes Haar im Wind der Geschichte. Man weiß, was danach kam, aber der postrevolutionäre Katzenjammer wird gerne verdrängt. Im Frankreich des Jahres 1786, in der Sowjetunion des Jahres 1924 dürfte die Stimmung ähnlich gedrückt gewesen sein wie derzeit in der arabischen Welt sieben Jahre nach den Revolten.

Revolutionen »scheitern« fast immer, ihr Ergebnis ist nur selten das, wofür die RevolutionärInnen kämpften. Dennoch sind sie der Motor der Geschichte. So wenig wie der europäische Adel freiwillig seiner Macht und Güter entsagt hätte, wären die arabischen Autokraten abgetreten. Gerade ihr »Scheitern« beweist daher die Notwendigkeit der arabischen Revolten. In Ägypten herrscht wieder eine Militärdiktatur, während die Assad-Dynastie in Syrien einen auch für sie selbst ruinösen Bürgerkrieg der Reform vorzieht.

Die Gründe des »Scheiterns« sind für jede Revolution und Revolte spezifisch. Sie zu analysieren, weist nicht automatisch den Weg zum Sieg in der nächsten Etappe, hilft aber, die Bedingungen zu verstehen, unter denen der Kampf fortgesetzt werden kann. Dafür ist es sinnvoll, umgekehrt an die Sache heranzugehen und wie 2011 noch einmal darüber zu staunen, wie schnell eine unbewaffnete und kaum organisierte Massenbewegung so viele hochgerüstete, unangreifbar erscheinende Regimes derart in Bedrängnis bringen konnte. Dieser »Yes, we can«-Moment wird überdauern.

Die arabischen Revolten waren eine nachholende bürgerliche Revolution. Die Hauptparole »Hurriyya« (Freiheit) stand für den Willen der Untertanen, BürgerInnen zu werden. Damit verbunden war die Forderung nach einem Sozialstaat. Die soziale Basis war breit: Jugendliche, Frauen, Teile der Mittelschichten, nicht zuletzt auch ArbeiterInnen – in Ägypten wurde auf dem Tahrir-Platz noch während der Revolte ein unabhängiger Gewerkschaftsverband gegründet. Aber es fehlten auch bedeutende Schichten, vor allem eine, die man in einer bürgerlichen Revolution erwartet: die Bourgeoisie. Ein »objektives Interesse« am Sturz der alten Regimes könnte ihr unterstellt werden, denn der Staatskapitalismus und sein Klientelsystem schränken die unternehmerische Freiheit ein. Die arabische Bourgeoisie aber hat sich mit diesem System arrangiert, das ihr Extraprofite beschert.

Überdies stand dem Teil der Mittelschicht, der die Demokratiebewegung unterstützte, eine etablierte reaktionäre Fraktion gegenüber: die islamistische Bewegung. Weite Teile der arabischen Gesellschaften, die bäuerliche Bevölkerung und die Tätigen im informellen

Sektor, beteiligten sich kaum an den Auseinandersetzungen. Nicht zuletzt fehlte es an internationaler Unterstützung und Solidarität, sowohl seitens der an vermeintlicher Stabilität und guten Geschäften interessierten westlichen Staaten als auch seitens der Linken, die die Revolten teils ignorierte, teils zur CIA-Verschwörung erklärte.

In der revolutionären Dynamik der ersten Wochen hat die arabische Demokratiebewegung ihren gesellschaftlichen Einfluss überschätzt. Vor allem aber wollte sie nicht an die Macht. Sie griff nicht zu den Waffen, gründete aber auch keine Parteien. Man wollte Gesellschaft und Politik ändern, aber nicht ‚Kalif anstelle des Kalifen werden'. Das ist sympathisch, doch war die Demokratiebewegung, ohne es zu wollen, eine Avantgarde, die den reaktionären Teilen der Gesellschaft zu weit voraus war. Dies öffnete der doppelten Konterrevolution Tür und Tor. Denn die IslamistInnen und die Kräfte des Ancien Régime kennen im Kampf um die Macht keine Gewissensqualen.

Beiden gelang es fast überall, die Demokratiebewegung seit 2012 zu marginalisieren. In Tunesien herrscht eine prekäre Balance. Ägypten aber kehrt unter dem Militärherrscher Al-Sisi mehr und mehr zum Ancien Régime zurück. In Syrien, Jemen und Libyen eskalierte der Machtkampf zum Bürgerkrieg. Hier sind die IslamistInnen ganz in ihrem Element. Zudem können sie auf die Unterstützung der Regionalmächte zurückgreifen, die ein Interesse an der Konfessionalisierung der Konflikte haben (für die Schiiten ist es der Iran, für die Sunniten sind es die Türkei und die Golfmonarchien). Die islamistische Bewegung hat weiterhin eine starke soziale Basis und bildet eine bedeutende Fraktion in den Bürgerkriegen. Aber einen der »islamischen Revolution« im Iran vergleichbaren Erfolg konnte sie nicht verzeichnen.

Die Machtfrage bleibt daher offen. In den Bürgerkriegsstaaten wird sie militärisch entschieden, und da alle Kriegsparteien auf ausländische Unterstützung zählen können, wird es zu einem Friedensschluss wegen Erschöpfung der Ressourcen wohl so schnell nicht kommen. In Syrien haben umfangreiche konfessionelle und ethnische »Säuberungen« begonnen, offenbar aufgrund einer Vereinbarung Irans, Assads und Russlands mit der Türkei, die eine informelle Aufteilung des Landes durch Zwangsumsiedlungen absichern soll. Den Regionalmächten geht es dabei nicht allein um die Erweiterung ihrer Machtgebiete. Vor allem für den Iran, aber auch für die Golfmonarchien sind die Interventionen eine Warnung an die eigene Bevölkerung: Wer im Ausland so verbissen um ein paar Quadratkilometer Wüste kämpft, wird kein Verbrechen scheuen, um daheim an der Macht zu bleiben.

Der »Yes, we can«-Moment vom Frühjahr 2011 wird überdauern

Die Angst vor dem Bürgerkrieg ist das derzeit wohl stärkste Hindernis für eine Fortsetzung der Proteste. Aber wie lange? In Ägypten, dem wegen der Bevölkerungszahl und seines kulturellen Einflusses eine Schlüsselrolle zukommt, ist die Lage desaströser denn je. Das Regime hängt finanziell am Tropf der Golfmonarchien und erweist sich als unfähig, die Lösung der drängendsten Probleme des Landes auch nur anzugehen. Irgendwann wird der Zorn wieder über die Angst siegen. Im Iran dauerte es nach den Massenprotesten 2009 mehr als acht Jahre, doch Ende 2017 begann eine neue Protestbewegung.

► **Jörn Schulz** ist Redakteur der Jungle World.

Pharaonen stürzen

Was hat der Arabische Frühling für Frauen bewirkt?

von **Hannah Wettig**

► Als die Menschen Anfang 2011 in arabischen Ländern auf die Straße gingen, um für Demokratie zu demonstrieren und ihre korrupten Diktatoren zu stürzen, gehörten mehr Rechte für Frauen nicht zu ihren Forderungen. Selbst namhafte Feministinnen wiegelten ab: Für die Gleichstellung der Frauen werde man sich später einsetzen. Tatsächlich erwirkten sie nach den Diktatorenstürzen in Tunesien und Libyen hohe Quoten für Frauen auf den Wahllisten.

Aber zunächst veränderte sich auch ohne jede Forderung etwas Grundsätzliches in der Gesellschaft – oder es hatte sich schon geändert: Die patriarchale Familie mit ihren Zwängen begann sich aufzulösen. Die Befehlsmacht der Väter wurde nicht mehr akzeptiert. Junge Frauen schlichen sich gegen das Veto der Eltern aus dem Haus und begegneten auf den Revolutionsplätzen ihren Brüdern, die sie euphorisch begrüßten, statt sie nach Hause zu schicken.

Das Infragestellen von Autoritäten und Hierarchien ist eine Voraussetzung von Revolutionen. Dies entsteht zumeist in einer spezifischen Situation: etwa wenn ein geburtenstarker Jahrgang ein deutlich höheres Bildungsniveau als die vorangegangene Generation hat. Warum sollte man sich von den Alten etwas sagen lassen, wenn man es besser weiß?

In der jungen Generation, die 2011 auf die Barrikaden ging, waren auch die Frauen deutlich besser ausgebildet als ihre Väter – und als ihre Mütter sowieso. In den meisten arabischen Ländern gibt es zwar noch einen Gender Gap bei der Grundschulbildung, denn noch immer gibt es in den unteren Schichten Mädchen, die früh aus der Schule genommen werden. Aber bei höheren Schulabschlüssen und beim Universitätsbesuch ziehen Mädchen und Jungen gleich. Und wie überall auf der Welt bekommen die besser ausgebildeten Frauen weniger Kinder. Das Heiratsalter ist gestiegen und Frauen streben eigene berufliche Karrieren an.

Die Emanzipation der Frauen schreitet mit großen Schritten voran

Eine entscheidende gesellschaftliche Veränderung bereits vor den Revolutionen war auch der Rückgang der Vetternehen – in einer Region, wo rund 60 Prozent aller Ehen zwischen Cousin und

Cousine geschlossen werden. Dadurch begannen sich die weitverzweigten Großfamilien, die sich in manchen Gegenden als »Stämme« bezeichnen, aufzulösen. Junge Menschen sahen nicht mehr ein, dass sie die politischen Ansichten der Familienpatriarchen teilen sollen. Und sie stellten in Frage, ob ihre Länder überhaupt von solchen Familien regiert werden sollten. »Hör auf mich zu belehren, lass uns diskutieren«, riefen die Demonstrierenden beispielsweise in Ägypten. Vielfach war zu hören: »Wir müssen nicht nur den Pharao stürzen, sondern auch die vielen kleinen Pharaonen in den Familien.«

Bezeichnend für die arabischen Revolutionen waren die Ablehnung jeglicher Führerschaft und der Aufbau basisdemokratischer, oft anarchischer Strukturen. Es wurde überall diskutiert. Jede/r konnte dazukommen, sich auf den Revolutionsplätzen niederlassen, in die syrischen Lokalkomitees kommen. Dass sich dabei kaum tragfähige Strukturen bildeten und keine herausragenden SprecherInnen der Bewegung hervortraten – und wo sie es taten, sie diese Rolle selbst ablehnten – mag zum Scheitern der meisten Revolutionen beigetragen haben. Diese Organisationsform zeigte aber umso mehr, welche tiefen Umbrüche in den arabischen Gesellschaften stattgefunden hatten und wie satt die Menschen die Bevormundung durch die »alten Männer« hatten.

Dieser Prozess ist unumkehrbar. Auch wenn die Reaktion in Form von Islamismus und autokratischer Herrschaft etwa in Ägypten Zuspruch bei den verunsicherten konservativen Kräften gewinnt,



»Die vielen kleinen Pharaonen in den Familien stürzen« – Demo gegen Muslimbrüder 2013 in Kairo. Foto: Daily Beast

Zurück in bleiernen Zeiten

In Ägypten geht Stabilität vor Menschenrechte und Demokratie

von **Juliane Schumacher**

► Wäre das Internet nicht, könnte man glauben, die Revolution in Ägypten habe es nie gegeben. Hunderttausende hatten Anfang 2011 im ganzen Land protestiert, bis Präsident Hosni Mubarak zurücktrat. Heute sitzt ein neuer starker Mann im Präsidentenpalast, und er tut alles, um die Erinnerung an den Aufstand aus dem Gedächtnis der Bevölkerung zu verbannen – zumindest in der Form, wie ihn jene miterlebt haben, die damals für »Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit« auf der Straße waren.

Der Tahrir-Platz, damals Zentrum und Symbol der Proteste, wurde saniert. Sein Inneres ist nun gepflastert und trägt eine riesige ägyptische Flagge, die kleine verbliebene Rasenfläche darf nicht betreten werden. Die Staatssicherheit arbeitet wie zuvor, Folter ist an der Tagesordnung, immer wieder kommt es zu Todesfällen im Polizeigewahrsam. Die Medien sind auf Linie, mindestens 112 Mal wurde 2017 die Todesstrafe vollstreckt. Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch schätzen die Zahl der politischen Gefangenen auf mindestens 40.000. Hinzu kommen zahllose »Verschwundene« – meist junge Männer oder Frauen aus armen Vierteln, die willkürlich verhaftet werden und Monate oder Jahre später wieder auftauchen, tot oder in einem der vielen neuen Gefängnisse. Viele bleiben trotz Nachforschungen von FreundInnen und Familie dauerhaft verschollen.

Mit Abdel Fatah Al-Sisi steht wieder ein General an der Spitze des Staates, wie all die Jahre, seit sich 1952 das Militär an die Macht putschte. Die einzige zivile Ausnahme, Mohamed Mursi von den Muslimbrüdern, der 2012 bei den Wahlen nach der Revolution gewählt wurde und ein Jahr regierte, sitzt seit dem Putsch von Al-Sisi im Gefängnis. Auch die internationale Konstellation folgt bekannten Mustern: Die Militärregierung erhält Milliarden von den USA, zu den Menschenrechtsverletzungen schweigen die EU und die USA gleichermaßen. Stabilität hat höchste Priorität, und die scheint Al-Sisi, wenn auch mit harter Hand, zu garantieren.

Nur Wenige treten heute offen als AnhängerInnen der Revolution von 2011 auf

Den Wunsch nach stabilen Verhältnissen gibt es nicht nur bei den Verbündeten aus dem Ausland. Die turbulenten Monate nach der Revolution und unter Mursi haben viele ÄgypterInnen verunsichert. Dass sowohl Libyen als auch Syrien und Jemen in grausame Bürgerkriege abglitten, hat für Angst gesorgt und dafür, dass ein großer Teil der Bevölkerung Al-Sisis Putsch und Präsidentschaft unterstützt haben: Besser das bekannte Übel eines Militärregimes als das unkalkulierbare Risiko eines Bürgerkrieges.

Dieses Kalkül stützt Al-Sisi bis heute. Ende März wurde er wiedergewählt. Alle Gegenkandidaten wurden im Vorfeld verhaftet oder zogen nach Drohungen die Kandidatur zurück. Die 97 Prozent Zustimmung, die die Regierung verkündete, sind sicherlich geschönt. Die niedrige Wahlbeteiligung von rund 40 Prozent zeigt, dass die überbordende Zustimmung, die Al-Sisi in den ersten Monaten hatte, vorbei ist. Dennoch hält ein großer Teil der Bevölkerung an ihm fest, mangels Alternative oder aus Angst vor Schlimmerem.

so hat die Veränderung der Lebensentwürfe längst stattgefunden. Die alten Patriarchen können ihre Macht nur noch durch brutalen Zwang aufrechterhalten. Die Emanzipation der Frauen schreitet mit großen Schritten voran – auch dort, wo ansonsten jede politische Emanzipation unterdrückt wird. Teils erkämpfen erstarkte Frauenbewegungen neue Rechte, teils reagieren Herrscher, wie in Saudi-Arabien, auf die längst veränderten Verhältnisse.

2017 gab es eine ganze Welle von Gesetzesänderungen in der Region, die Frauen zu Gute kommen. In Jordanien und Libanon wurde das sogenannte »Heirate-Deinen-Vergewaltiger«-Gesetz abgeschafft. Diese strafrechtliche Regelung sieht in vielen islamischen Ländern Straffreiheit vor, wenn ein Vergewaltiger sein Opfer heiratet. In beiden Ländern protestierte eine breite Bewegung monatelang für mehr Frauenrechte. Im Libanon soll nun auch ein Gesetz gegen sexuelle Belästigung erkämpft werden. Saudi-Arabien machte Ende September Schlagzeilen, als König Salman erklärte, Frauen das Autofahren zu erlauben. Gleichzeitig erließ der König ein Verbot sexueller Belästigung. Beides waren Forderungen der wachsenden Frauenbewegung.

Besonders spektakulär sind die Gesetzesänderungen in Tunesien – dem Kernland der arabischen Revolution. Mitte September verabschiedete das tunesische Parlament ein Gesetz, das es Frauen erlaubt, Nicht-Muslime zu heiraten. Ein weiteres Gesetz sieht gleiche Anteile für Töchter und Söhne bei der Erbschaft vor. Beides ist revolutionär in seinem Angriff auf Religion und Patriarchat. In der tunesischen Verfassung ist zwar der Islam keine Quelle der Gesetzgebung mehr. Aber mit dem neuen Erbschaftsrecht wird nun erstmals einer eindeutigen Koranstelle widersprochen. Das ist keine fortschrittliche Interpretation der Religion mehr, wie sie die alten »säkularen« Herrscher à la Bourguiba vornahmen, das ist erstmals wirklich säkulares Staatshandeln.

Dass Frauen nun Nicht-Muslime heiraten dürfen, unterminiert die Vorstellung der expansiven Umma, in der Religion patrilinear an die Kinder weitergegeben wird. Mit beiden Gesetzen wird der Mann seiner Ernährerrolle enthoben. Die Frau, die erbt und auch außerhalb der Gemeinschaft heiraten kann, ist vollends für sich selbst verantwortlich. Nebenbei sind damit in Tunesien die Menschenrechte verwirklicht: Frauen und Nicht-Muslime sind erstmals gleichberechtigte BürgerInnen. Das ist in der gesamten Region einzigartig.

► **Hannah Wettig** ist Journalistin mit Schwerpunkt auf arabischen Ländern.



Kulminationspunkt der Revolte: der Tahrirplatz im Februar 2011 Foto: Wikimedia

Der Präsident konnte nahtlos an die ideologischen Muster anknüpfen, die die Herrschaft des Regimes über Jahrzehnte gefestigt haben: die Angst vor Veränderungen in den konservativ geprägten Teilen der Gesellschaft, die Angst vor islamistischem Terrorismus, einem strategisch eingesetzten Antisemitismus, einem starken Nationalismus. Letzterem zufolge wird das Land immer wieder durch »ausländische Kräfte« bedroht, so dass dessen Sicherheit nur das Militär garantieren kann.

Es war daher eine fatale Fehlentscheidung der jungen Revolutionsbewegung von 2011, dass sie eben auf diesen Feldern versucht hat zu punkten, indem sie statt auf einen neuen Internationalismus auf einen »alternativen Nationalismus« setzte und das Militär zumindest anfangs als Verbündeten suchte. Beides hatte zum Ziel, breitere Teile der Bevölkerung einzubinden, führte aber nur dazu, dass die Revolution sang- und klanglos im Regime Al-Sisis aufgehen konnte.

Die zweite große Schwäche war institutioneller Natur: Anders als in Tunesien mit seinen starken Gewerkschaften gab es keine Strukturen, auf die die Revolutionsbewegung zurückgreifen konnte und die ihr Funktionieren dauerhaft verstetigen konnten. Die alternativen Medien reichten nie weit in die Bevölkerung hinein, es fehlte an Infrastruktur, an Ressourcen, an Organisations- und Informationsstrukturen. Die junge Revolutionsbewegung war von ihrem eigenen Erfolg überrumpelt, und ehe sie neue Strukturen schaffen konnte, waren die alten so erstarkt, dass gegen sie nicht anzukommen war.

Heute ist von der Revolutionsbewegung wenig übrig: Viele der bekannten ProtagonistInnen sind im Exil, viele im Gefängnis, andere haben sich zurückgezogen oder kämpfen ihre eigenen kleinen Kämpfe. Sie tun dies wie vor 2011 eher klandestin: im Versuch, unterhalb des Radars der Staatssicherheit zu bleiben. Es gibt nur wenige, die weiter offen als AnhängerInnen der Revolution von 2011 auftreten – etwa die Gruppe, die Anfang des Jahres das »Projekt 858« öffentlich gemacht hat, ein frei zugängliches »Archiv des Widerstandes«, das unzählige Videos und Fotos der Revolution enthält. Der Kampf geht heute nicht mehr darum, politische Veränderungen zu bewirken, sondern allein darum, die Erinnerung wach zu halten, dass solche möglich sind.

► **Juliane Schumacher** ist Freie Autorin und lebt in Berlin.



Protest in Paris gegen die Ermordung von Chokri Belaid (2013), Foto: Michel Stoupak

Zwei vor, einer zurück

Warum die Lage in Tunesien nicht ganz so verheerend ist

von **Bernd Beier**

► Oft als einzigem Land des Arabischen Frühlings wird Tunesien eine Erfolgsgeschichte bescheinigt. Die Proteste wurden nicht erstickt wie in Bahrein, es herrscht kein Bürgerkrieg, der Autoritarismus wurde nicht recycelt wie in Ägypten und ein Demokratisierungsprozess fand statt. Das liegt an einigen Besonderheiten des Landes.

Historisch hat ein »modernistischer« Reformprozess früh in Tunesien Fuß gefasst. 1846 wurde die Sklaverei abgeschafft. Als erstes arabisches Land hatte Tunesien seit 1861 eine Verfassung. Der Unabhängigkeitskampf war kein opferreicher antikolonialer Krieg. Er wurde stark von der Gewerkschaftsbewegung beeinflusst, die wiederum eng mit der Bewegung für Frauenemanzipation verbunden war. Kurz nach der Unabhängigkeit 1956 wurde das Personenstandsgesetz erlassen: Ein Unikum in der arabischen Welt, das mit der Abschaffung der Polygamie und überwiegender rechtlicher Gleichstellung zumindest eine partielle Emanzipation der Frauen kodifizierte. Die Wirtschaft des Landes fußt nicht auf dem Export von Rohstoffen. Tunesien ist somit kein Rentierstaat, in dem die staatliche Beschlagnahme des Ölsektors politischen Autoritarismus begünstigen konnte. Und das Militär hatte auch unter dem 2011 gestürzten autokratischen Präsidenten Ben Ali nie große politische Bedeutung.

All diese Faktoren spielen eine Rolle, will man die spezifische Verlaufsform der Auseinandersetzungen nach 2011 erklären. Der mächtige Gewerkschaftsdachverband UGTT drohte mit einem Generalstreik, als Ben Ali im Januar 2011 das Land in Richtung Saudi-Arabien verließ. Sit-ins von Jugendlichen in Tunis sorgten dafür, dass Minister des Ancien Régime zurücktraten, danach eine Übergangsregierung zur Organisation von Wahlen installiert und schließlich die Staatspartei RCD aufgelöst wurde.

Im November 2011 gewann die islamistische Partei Ennahda, die aus der politischen Familie der Muslimbrüder stammt und der Repression unter Ben Ali am stärksten ausgesetzt war, mit knapp 40 Prozent der Stimmen die Wahlen. Sie bildete mit der sozialdemokratischen Ettakatol und dem Congrès pour la République (CPR) des ehemaligen Menschenrechtlers Moncef Marzouki, der dann als Übergangspräsident fungierte, eine Übergangsregierung, die sogenannte Troika. Gemäß einer Übereinkunft der elf wichtigsten Parteien sollte eine Verfassungsgebende Versammlung eine neue Verfassung schreiben, dann sollten Neuwahlen stattfinden.

Stattdessen kam es zu einem Power Play der IslamistInnen, die die Übergangsregierung dominierten. Gestürmte Kunstausstellungen, Repressalien gegen Feministinnen, JournalistInnen, RapperInnen sowie Kampagnen gegen die UGTT wurden ergänzt durch Versuche der IslamistInnen, Medien und die staatlichen Institutionen zu übernehmen. Die Absicht Ennahdas, die Scharia und statt der Gleichheit der Frauen deren »Komplementarität« in der Familie in den Verfassungsentwurf zu schreiben, scheiterte an einer großen Protestdemonstration. Der erstarkenden salafistisch-jihadistischen Bewegung, die sich seit 2011 insbesondere in der Partei Ansar al-Sharia formierte und bewaffnete Gruppen bildete, ließ Ennahda freie Hand.

2013 eskalierte die Situation. Im Februar wurde der linke antiislamistische Politiker Chokri Belaid von IslamistInnen erschossen. Dagegen folgten Massendemonstrationen, die Ennahda für den Mord politisch verantwortlich machten, und ein eintägiger Generalstreik. Im Juli wurde der linke Abgeordnete Mohammed Brahmi ermordet, ebenfalls ein scharfer Kritiker der IslamistInnen. Die Folge waren noch größere Proteste mit der Forderung nach einem Rücktritt der Übergangsregierung. Ein Nationaler Dialog wurde installiert, um einen institutionellen Weg zu finden, um die Troika aus dem Amt zu befördern.

Verschärft wird die politische Instabilität durch die desaströse Wirtschaftslage

Im Januar 2014 trat die zäh ausgehandelte Verfassung in Kraft, eine kompromisslerische Mischung aus bürgerlich-liberalen und islamischen Elementen mit einem semipräsidentiellen Regierungssystem. Eine Technokratenregierung übernahm die Staatsgeschäfte und organisierte Neuwahlen. Diese gewann im Oktober 2014 die eher säkulare Partei Nida Tounès. Sie hatte sich 2012 als Sammelbecken von Linken, GewerkschafterInnen und AnhängerInnen des Ancien Régime gegen die IslamistInnen gegründet. Kurz darauf wurde ihr Gründer Béji Caid Essebsi zum Präsidenten gewählt.

Seither teilen sich Nida Tounès und Ennahda, die sich zuvor bekämpft hatten, die Macht. Das hat schwerwiegende politische Folgen. Das Parlament ist entmachtet, die Wahlkommission geschwächt, ein Verfassungsgericht ist noch nicht entstanden, die Justizreform wird angefochten. Im Namen des Antiterrorismus – seit 2015 gab es Dutzende Tote bei jihadistischen Anschlägen – entwickelt der Polizeiapparat wieder autoritäre Züge, die Klagen wegen Folter in Polizeihaft häufen sich. Zudem verbreitet sich Nostalgie nach der ‚guten alten Zeit' unter Ben Ali.

Verschärft wird die politische Instabilität durch die desaströse Wirtschaftslage. Tausende Jugendliche haben sich auf den Weg nach Europa gemacht, viele sind dabei im Mittelmeer ertrunken. Ein Brain Drain qualifizierter Arbeitskräfte wird beklagt. Zudem ist Tunesien das Land, aus dem die meisten Jihadisten stammen, die sich dem Islamischen Staat angeschlossen haben und die nun teils zurückkehren.

Kein Zweifel: Im Vergleich mit Libyen, Syrien, Jemen oder Ägypten ist die Lage in Tunesien Gold. Gemessen an den Hoffnungen, die den Aufstand von 2010/11 prägten, ist sie jedoch verheerend.

► **Bernd Beier** ist Redakteur der Jungle World.

Anarchismus weltweit

Die Utopie von der herrschaftsfreien Gesellschaft, von der Anarchie hat kaum jemand so überzeugend formuliert wie der italienische Anarchist Errico Malatesta: »Unser Ideal ist nicht eines, dessen Erfolg vom isoliert betrachteten Individuum abhängt. Es geht darum, die Lebensweise der Gesellschaft insgesamt zu verwandeln, darum, unter den Menschen Beziehungen zu schaffen, die auf Liebe und Solidarität beruhen; darum, die vollkommene materielle, sittliche und intellektuelle Entwicklung nicht etwa für einzelne Individuen oder Angehörige einer Klasse oder bestimmten politischen Partei, sondern der gesamten Menschheit zu erreichen – und das ist ein Ziel, das nicht mit Gewalt erzwungen werden kann, vielmehr muss es sich aus dem aufgeklärten Bewusstsein eines jeden von uns ergeben und kann nur durch freiwillige Zustimmung aller erreicht werden.«

Mit diesen Vorstellungen von der freien Assoziation der Menschen wandten sich Malatesta und andere AnarchistInnen nicht nur gegen das Ausbeutungsverhältnis des Kapitalismus und gegen den Autoritarismus der feudalen, bürgerlichen und faschistischen Staaten. Ihre Kritik galt ebenso den parteikommunistischen Vorstellungen von der »Diktatur des Proletariats« und dem faulen Frieden der Sozialdemokratie mit dem Kapital. Damit stießen sie einst auf viel Zuspruch: In den Jahrzehnten vor und nach 1900 war der anarchistische Flügel der ArbeiterInnenbewegung enorm stark; und zwar nicht nur in Hochburgen wie Spanien oder Russland, sondern auch in den USA und in Lateinamerika.

Warum wurde aus dem starken libertären Flügel der Linken eine recht bedeutungslose Unterströmung? Anarchismus wird kaum mit dem emanzipativen Anliegen der Abschaffung von Herrschaft assoziiert, sondern mit Chaos, Gewalt und unreifem Denken. Bis heute gibt es selbst in weiten Teilen der Linken viel Unwissen und teils vehemente Vorbehalte. Auch nach einer gewissen Blütezeit in Folge der Neuen Linken ab 1968 ist es in Westeuropa und Nordamerika wieder recht still geworden um den Anarchismus, abgesehen von wiederum strittigen Ausnahmen wie Occupy.

Lebendiger sind anarchistische Szenen heute in Lateinamerika, in asiatischen Ländern, in Osteuropa oder in Südafrika. Unser Themenschwerpunkt porträtiert einige von ihnen, allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Denn ein Merkmal von sozialen Bewegungen und Initiativen, die anarchistische Ideale im Alltag verwirklichen, ist oftmals, dass sie sich nicht explizit als anarchistisch bezeichnen. Der Begriff ist vielerorts negativ besetzt, die Angst vor der Repression der Staatsmacht tut ihr Übriges.

Einen weiteren Grund für die relative Unsichtbarkeit anarchististischer AktivistInnen benennt das Kollektiv Rai Ko Ris aus Kathmandu in Nepal: »AnarchistInnen schreckten historisch oft zurück, wenn es darum ging, sozialen Bewegungen eine bestimmte Richtung zu geben. AnarchistInnen fürchten sich sehr davor, eine ‚Führungsrolle' einzunehmen. Manchmal scheint es so, dass AnarchistInnen die Massen nicht erreichen, weil sie davor Angst haben, sich auch nur die Frage zu stellen, wie das eigentlich gehen kann. Die detaillierten marxistisch-leninistischen Zukunftsmodelle sind für viele Menschen oft greifbarer.« Letzteres ist denn auch der Grund dafür, warum sowohl in Nepal als auch in Indien zumeist maoistische und marxistisch-leninistische Gruppierungen den Kampf der Armen gegen die Großgrundbesitzer anführen. Paradox, denn »Land and Freedom« ist immer eine der wichtigsten anarchistischen Forderungen gewesen.

Es gibt einiges, was am heutigen Anarchismus irritieren kann. Etwa sein beständiges Schielen auf bessere Zeiten in der Vergangenheit, seine Selbstbezüglichkeit und seine dürftigen Theoriedebatten. Das Reflektionsniveau etwa der Kritischen Theorie hat kein einziges anarchistisches Theoriewerk je auch nur annähernd erreicht.

Umso mehr überzeugt die Praxis derjenigen, die sich als anarchistisch verorten. In ihren politischen Projekten versuchen sie zumindest, den Anspruch umzusetzen, egalitär zu leben und zu handeln. Ziemlich oft klappt das sogar ganz gut, jedenfalls gemessen an dem, was sonst in den Gesellschaften vorherrscht.

Der große Vorzug des Anarchismus bleibt vor allem seine umfassende Herrschaftskritik. Gleich ob es um Patriarchat, Kapitalismus, Autoritarismus, Elitenherrschaft, Rassismus oder Militarismus geht: Anarchismus als lebendiges Konzept hilft bei der Kritik daran, aber auch bei der Realisierung gesellschaftlicher Alternativen. Ohne dieses libertäre Element tendiert auch jede linke Strömung dazu, die Freiheit der einzelnen Menschen zu beschneiden.

die redaktion

PS: Wir bedanken uns beim ukrainischen Künstler und Anarchisten David Chichkan für das Titelmotiv. Im Februar 2017 wurde seine Ausstellung »Verpasste Möglichkeiten« in Kiew von Neonazis gestürmt. In Jungle World 46/2017 erschien ein spannendes Interview mit ihm, das online nachzulesen ist.



Foto: rioprarua

Herrschaftsgottnochmal!

Zur Ideengeschichte des Anarchismus

Der Anarchismus stand immer im Schatten von zwei konkurrierenden Strömungen der globalen Linken: Kommunismus und Sozialdemokratie. Bis heute herrscht selbst in der Linken viel Unwissen über anarchistische Strömungen. Grund genug für einen Streifzug durch deren Ideengeschichte und für die Frage: Was ist eigentlich Anarchismus?

von **Philippe Kellermann**

► Grundsätzlich strebt Anarchismus nach gesellschaftlichen Zuständen, in denen sowohl Gleichheit als auch individuelle Freiheit verwirklicht sind. Mit dem Liberalismus teilt er dabei den Fokus auf die Individuen und dessen Misstrauen gegenüber abstrakten Vorstellungen vom »Allgemeinwohl«. Ebenso verabscheut er paternalistische Konzepte der Erziehung, durch die Menschen zu ihrem Glück genötigt werden sollen. Zugleich aber wendet er sich scharf gegen den Liberalismus, indem er in seinen Hauptströmungen das Privateigentum an Produktionsmitteln ablehnt und dieses als eine der Ursachen von Herrschaft denunziert. Zudem lehnt er Staat und Regierung in jeder Form ab – sei es auch nur als liberaler Nachtwächterstaat.

In seiner Gegnerschaft zu Staat und Kapital berührt sich der Anarchismus dort mit dem Marxismus, wo dieser an Marx' Orientierung an einem »Verein freier Menschen« festhält. Nichtsdestotrotz existierten auch schon zur Lebenszeit von Marx deutliche Differenzen zwischen ihm und anarchistischen Ideen. Der wesentliche Unterschied bestand darin, dass der Anarchismus eine umfassendere Vorstellung davon hatte, was als Revolution zu verstehen sei. Nicht nur, dass sich die Revolution auf sämtliche Lebensbereiche erstrecken müsse, sondern auch, dass eine solche Revolutionierung nur dann erfolgreich vollzogen werden könne, wenn sie sich soweit wie möglich herrschenden Organisationsformen und autoritären Verhaltensweisen verweigert.

In diesem Sinn besitzt das sogenannte Jurazirkular von 1871 den Stellenwert einer Gründungsurkunde anarchistischer Politik. Darin proklamieren die abgespaltenen antiautoritären Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA, 1864-1877): »Die künftige Gesellschaft soll nichts anderes sein, als die universelle Anwendung der Organisation, welche die Internationale sich gegeben haben wird. Wir müssen also Sorge tragen, diese Organisation so weit wie möglich unserem Ideal anzunähern. Wie könnte eine egalitäre und freie Gesellschaft aus einer autoritären Organisation hervorgehen? Das ist unmöglich.«

Letzten Endes sind also nicht Staat und Kapital, sondern die Autorität – auch verstanden als Instanzen, Institutionen oder andere Organisationszusammenhänge, die politische und ökonomische Herrschaft nach sich ziehen – das Angriffsziel der AnarchistInnen. Mit dieser Gegnerschaft korrespondiert die Vorstellung der Etablierung von Organisationsformen, die sich auf den Willen der einzelnen Menschen gründen, welche ihr Leben selbst – und zugleich solidarisch mit anderen – bestimmen.

> Anarchistisches Denken geht von einer ständigen Korrumpierbarkeit des Menschen aus

Anarchismus ist immer mehr als ein Denkgebäude oder eine politische Bewegung gewesen, denn er stellt ebenfalls die Frage nach der Lebensführung. Es geht also sowohl darum, Verhältnisse und soziale Beziehungen zu fördern, in denen das solidarisch-gleichberechtigte Miteinander ermöglicht wird. Zugleich gilt es, Bedingungen zu schaffen, die es keinem Einzelnen, Gruppen oder Mehrheiten möglich machen, einen eigenen Vorteil auf Kosten der jeweils anderen Menschen zu erzielen. Weit vom idealistischen Glauben entfernt, dass der Mensch einfach »gut« sei, lebt im anarchistischen Denken vielmehr der Gedanke einer stetig möglichen Korrumpierbarkeit des Menschen, sobald er die Möglichkeit zur Herrschaftsausübung erhält.



Graffiti in Rio de Janeiro — Foto: rioprarua

Vom kollektivistischen Anarchismus ...

► Den Ausgangspunkt bildet dabei die theoretische Grundlage, die zur Zeit der IAA meist mit dem Namen Michael Bakunin, einem der wortmächtigsten Repräsentanten des Anarchismus, verbunden war. Sie wird häufig als kollektivistischer Anarchismus bezeichnet und ist eine Basis, auf die sich die meisten nachfolgenden anarchistischen Strömungen bezogen haben. Dieser Kollektivismus insistiert auf den Zusammenhang von Freiheit und Gleichheit. Man kann nur unter gleichermaßen freien Menschen selbst frei sein. Das Ziel ist die Verwirklichung und das Erkämpfen solchermaßen freier gesellschaftlicher Verbindungen für alle Menschen. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, sich bewusst gegen eine solche Freiheit zu entscheiden, sofern dabei nicht die Unfreiheit anderer erzwungen wird.

> Anders als im Marxismus besteht keine Vorstellung eines revolutionären Subjekts

Anders als im Marxismus existierte keine Vorstellung eines vorbestimmten revolutionären Subjekts, auch wenn sich die IAA auf die entstehende Arbeiterbewegung bezog. Die angestrebte Organisationsform zielt darauf ab, dass sich die Einzelnen selbst organisieren – aus diesem Kontext stammt das oben zitierte Jurazirkular. Man lehnte leitende Instanzen ab und betrachtete Basiseinheiten als souveräne Träger in einem föderalen Gesamtgebilde.

Ebenso abgelehnt wurde die Beteiligung an allen Formen herrschender Politik und damit auch jegliche Ansätze, die als Perspektive die Übernahme eines Machtapparates proklamierten, egal ob diese Übernahme parlamentarisch oder revolutionär geschehen sollte. Stattdessen ging es um den Aufbau einer breiten sozialistischen Gegenkultur in Form von Assoziationen, die zugleich als Kampfgebilde gegen das herrschende System handeln sollten. Der revolutionäre Akt selbst wurde oftmals mit der Idee eines revolutionären Generalstreiks oder einem Volksaufstand in Verbindung gebracht.

... zum kommunistischen ...

► Neben diesem kollektivistischen Anarchismus etabliert sich ab Ende der 1870er Jahre der sogenannte kommunistische Anarchismus, welcher vor allem mit Peter Kropotkin in Verbindung gebracht wird. Oft wird der wesentliche Unterschied im Bereich der ökonomischen Zukunftsvorstellung verortet. Während der kollektivistische Anarchismus zwar vergesellschaftete Eigentumsformen vorgesehen habe, würde er doch Formen eines Entlohnungssystems aufrechterhalten. Demgegenüber wende sich der kommunistische Anarchismus gegen jegliche Entlohnung und stelle das Motto »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen« in den Mittelpunkt. Inwieweit diese Darstellung sämtlichen Konzeptionen gerecht wird, die als kollektivistisch gelten, ist fraglich. Oftmals ging es im kollektivistischen Anarchismus vielmehr darum, den jeweiligen Gruppen die Regelung der Verteilung selbst zu überlassen, während der kommunistische Anarchismus hier zu einer strikteren Lösung tendierte: Der Verteilung nach Bedürfnissen. Abweichende Regelungen wurden als un-anarchistisch abqualifiziert.

Wenngleich man diese Problematik nicht unterschätzen sollte, sind andere Punkte im Rahmen des kommunistischen Anarchismus wirkmächtiger geworden: Lag innerhalb der IAA der Fokus noch auf dem Aufbau föderaler Organisationsgebilde, setzte sich dann die Vorstellung durch, dass es nicht die (entstehenden) Gewerkschaften oder ArbeiterInnenvereine seien, sondern vielmehr sogenannte Affinitätsgruppen, in denen AnarchistInnen vornehmlich agieren sollten. Diese kleinen Gruppierungen beruhten auf gemeinsam geteilten Ideen und waren oft als kurzfristige Zusammenschlüsse gedacht, die sich einer konkreten Aufgabe widmeten. Damit wurde die Organisationskonzeption des Jurazirkulars aufgegriffen, die sich aufgrund ihrer Größe als weitaus effektiver herausstellte. Auch gegenwärtige anarchistische Zusammenschlüsse wie »CrimethInc« oder das »Unsichtbare Komitee« stehen in der Tradition dieser Organisationsvorstellungen.

Mit Blick auf die ArbeiterInnenbewegung stellte sich zudem die Frage nach der Verbindung von unmittelbaren Tageskämpfen mit der Forderung nach einem revolutionären Umbruch. Zur Zeit der IAA standen diese beiden Aspekte gleichberechtigt nebeneinander. Bald wurde ihre Zusammenführung jedoch schwieriger, da sich die

ArbeiterInnenbewegung auch unter dem Einfluss der internationalen Sozialdemokratie deutlicher auf eine Politik der Wahlen und Forderungen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit fokussierte, andererseits aber auch ein deutliches Kampfpotential für revolutionäre Kämpfe erwarten ließ.

Hierauf antworteten insurrektionalistische Ansätze. Diese vertraten die Auffassung, dass eine revolutionäre Situation und eine sich damit ausbreitende Massenbewegung durch das Vorgehen anarchistischer Kampfgruppen und deren Aktionen ausgelöst werden könnten. Vor diesem historischen Hintergrund etablierte sich das Konzept der »Propaganda durch die Tat«. Ursprünglich ging es dabei darum, durch vorbildliche Aktionen den Massen Mut zu machen, diese mitzureißen und zu radikalisieren. Sie umfasste zunächst ein breites Spektrum an Vorgehensweisen, verengte sich aber bald auf das gewalttätige Vorgehen gegen bestimmte Herrschaftsträger, was zur Zeit der IAA noch keine Rolle spielte.

Eine wichtige Rolle für den Anarchismus spielen Kommunen und Siedlungsprojekte

Es sind diese Attentate, die zum Bild des Anarchisten als Bombenleger beitrugen. Dabei bildete agitatorisch betrachtet die Verteidigungsrede der AnarchistInnen vor Gericht das Pendant zur sozialdemokratischen Parlamentsrede. Vielfach verloren die Militanten in diesem Kontext jedoch den Kontakt zu den Massen, was dazu führte, dass wiederum die rein gewerkschaftliche Organisierung erstarkte. Diese erschöpfte sich jedoch nicht alleine in einer begrenzten Interessenpolitik, wie das Aufkommen des revolutionären Syndikalismus seit den 1890er Jahren (siehe Seite 22) aufzeigt, der wiederum an Vorstellungen der IAA-Zeit anknüpfte.

... oder zum individualistischen Anarchismus

► Etwa zur selben Zeit entstand ein Flügel des Anarchismus, der gemeinhin als individualistischer Anarchismus bezeichnet wird. Dieser lässt sich durch seinen Fokus auf den Einzelnen beschreiben, der tendenziell die soziale Dimension des Anarchismus vernachlässigt. Frei sein bedeutet hier in erster Linie, frei für sich selbst zu sein. Das gemeinsame Handeln mit Anderen wird vornehmlich als einschränkend gedacht. Das kann soweit gehen, dass Anarchismus auf ein egoistisches Ausleben der eigenen Bedürfnisse reduziert wird.

In diesem Zusammenhang kam auch die Vorstellung von Anarchismus als Lifestyle auf. Nicht zufällig gab es hier Verbindungen zur Bohème. Neu war dabei jedoch nicht die Frage der Lebensführung, sondern vielmehr der alleinige Fokus darauf. Der Anarchismus beinhaltete stets ein starkes kulturrevolutionäres Moment. Die heute in anarchistischen Kreisen diskutierten Auseinandersetzungen zwischen einem vermeintlich klassischem und einem Lifestyle-Anarchismus sind jedenfalls kein Post-Achtundsechziger-Phänomen, sie wurden schon vor über hundert Jahren geführt.

Der zweite große Strang des individualistischen Anarchismus zeichnete sich dadurch aus, dass er – im Rückgriff auf Max Stirner und Pierre Proudhon – das Privateigentum verteidigte und nur dessen Monopolisierung verhindern wollte. Grundlage hierfür bildete die anarchistische Kritik am Staatssozialismus, die zu einer Kritik am sozialistischen Anarchismus ausgeweitet wurde. Das Privateigentum und die mit ihm gesetzte Autonomie galten dabei als Bollwerke gegen die Zumutungen der Staatlichkeit. Diese mit dem Namen Benjamin Tucker verbundene Richtung, die vor allem ein US-amerikanisches Phänomen war, war für die Mehrzahl der AnarchistInnen nicht akzeptabel. Nicht zuletzt, weil sie auch den Aufbau eines Staates in Kauf nahm, wenn er durch den freiwilligen Vertrag der gleichberechtigten KleineigentümerInnen zustande kam. Aber auch dieser, an heutige anarcho-kapitalistische Positionen im Anschluss an Murray Rothbard erinnernde Ansatz führte fortschrittliche Kämpfe. So engagierte sich Tucker schon Ende des 19. Jahrhunderts für eine freie Sexualität, was explizit auch Homosexualität miteinschloss.

Eine wichtige Rolle spielten seit der Jahrhundertwende auch Kommunengründungen und Siedlungsprojekte. Deren BefürworterInnen verteidigten diese als unmittelbare Umsetzung anarchistischer Ideale, was andere zur Nachahmung inspirieren könnte. Ihre GegnerInnen bestritten diese Möglichkeit, gelingende Projekte angesichts des Weiterbestehens von Staat und Kapital aufzubauen. Zudem würden sich die Leute in den alternativen Projekten von den alltäglichen Kämpfen zurückziehen.

Im Rahmen dieses Aussteigertums artikulierte sich auch eine Revolutionsvorstellung, die nicht auf direkte Konfrontation, sondern auf ein Unterwandern des Status Quo durch gegenkulturelle oder anarchistische Inseln setzte. Hier ist historisch vor allem der Name Gustav Landauers und sein »Sozialistischer Bund« zu nennen, der nicht zufällig seit den 1970er Jahren eine immer größere Beliebtheit genießt. Auch diese Vorstellungen können als eine spezifische Umsetzung des Jurazirkulars sowie eines Ansatzes der Direkten Aktion verstanden werden.

Into the wild?

► Außerdem taucht Ende des 19. Jahrhunderts eine Art Vorläufer des gegenwärtigen Anarcho-Primitivismus auf, wie ihn John Zerzan heute in den USA vertritt, der sich der modernen Welt entgegenstellt (so in der Kommune von Henri Zisly und Emile Gravelle in Paris, ebenfalls in den 1890er Jahren). Wurde dieser damals fast von allen AnarchistInnen kritisiert, so finden ähnliche Ansätze durchaus wieder Anklang. Angesichts der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der Frage nach Ressourcenverteilung haben sie neue Dimensionen hinzugewonnen. Kritik daran gibt es jedoch weiterhin.

Schließlich ist an einen teilweise religiös inspirierten Anarchismus zu denken, der vor allem um die Jahrhundertwende mit dem Wirken Leo Tolstois verbunden ist. In diesem Zusammenhang entstand ein explizit gewaltfreier Anarchismus, der zunehmenden Zuspruch erhielt. Er begründet sich nicht ausschließlich ethisch oder idealistisch, sondern betrachtet sich auch in (revolutions-)strategischer Hinsicht als eine effektive, aussichtsreiche Handlungsform. Fragen über die Möglichkeiten einer gewaltfreien revolutionären Strategie spielten schon in den 1920er Jahren eine Rolle. Sie gewannen mit dem Aufkommen alternativer Bewegungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg an Relevanz, wie dies in Deutschland vor allem im Umfeld der Zeitschrift Graswurzelrevolution diskutiert wird.

Überblickt man diese kurze Geschichte des Anarchismus, so wird deutlich, dass viele seiner Fragestellungen und Handlungsansätze bis heute aktuell sind. Und viele Fragen, die heute als neu erachtet werden, diskutieren AnarchistInnen schon seit über hundert Jahren.

► **Philippe Kellermann** lebt und arbeitet in Berlin.



Foto: Wikimedia

Ella Baker – eine libertäre SNCC-Aktivistin

Black Anarchism

Libertäre Strömungen in der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung

Der Protest von AfroamerikanerInnen gegen den allgegenwärtigen Rassismus in den USA hat viele Facetten. Zwischen Martin Luther King und den Black Panthers kämpften auch antiautoritäre Gruppen gegen die White Supremacy. Einige AktivistInnen wie Lorenzo Kom'boa Ervin vertreten sogar explizit einen »Schwarzen Anarchismus«.

von **Helene Thaa**

► Niemand steht so sehr für die Civil-Rights-Bewegung in den USA wie Martin Luther King mit seiner Southern Christian Leadership Conference (SCLC). Dagegen ist die vor allem Anfang der 1960er Jahre aktive Gruppe Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) in Europa weitaus weniger bekannt. Als Ansammlung verschiedener autonom agierender Gruppen, vor allem aus mehrheitlich afroamerikanischen Colleges in den Südstaaten, koordinierte die Graswurzelbewegung des SNCC direkte Aktionen. Damit setzte sie dem Modell einer Bewegung mit hierarchischen Entscheidungsprozessen und Führerpersönlichkeiten eine Form der Organisation von breiteren Massen entgegen. Die Sit-Ins im Süden, mit denen gewaltfrei die rassistische Segregation in Geschäften bekämpft wurde, mobilisierten Millionen AfroamerikanerInnen.

Dieses gruppenzentrierte, kommunitaristische und egalitäre Modell gilt als Vorreiter der antiautoritären Protestformen der neuen linken Bewegungen ab 1968. Die Arbeit des SNCC bewirkte zudem in der damals sehr kleinen anarchistischen Bewegung in den USA eine größere Aufmerksamkeit gegenüber rassistischer Unterdrückung. Sie stellt ein eindrucksvolles Beispiel für eine inklusive Basisdemokratie dar, die Veränderungen von unten bewirkte.[1]

Mit massenhaftem gewaltlosem Protest gelang es dem SNCC, den Staat zu Reformen zu zwingen. Als größten Erfolg dieser »emanzipativen Kämpfe« sieht der anarchistische Autor Lou Marin das Bürger- und das Wahlrechtsgesetz von 1964 und 1965. Beide erklärten die Segregation für illegal und sicherten AfroamerikanerInnen das Wahlrecht.[2] Ab dem Sommer 1964 verlegte sich der Fokus der Bewegung auf die Registrierung von WählerInnen vor allem in Mississippi, wo, wie überall in den Südstaaten, weiterhin durch Gesetze und Gewalt versucht wurde, AfroamerikanerInnen von Wahlen auszuschließen.

Basisdemokratie versus Zentralismus

► In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre setzten sich im SNCC immer stärker autoritäre Tendenzen durch. Auch in der Bürgerrechtsbewegung insgesamt gewannen militantere, nationalistische Gruppen an Gewicht. Das äußerte sich im SNCC unter anderem im Ausschluss weißer AktivistInnen aus der Organisation. Zudem spitzte sich die bereits früh einsetzende Entwicklung zu, durch Festangestellte den Protest zu professionalisieren und zu institutionalisieren. Die Field Secretaries und Community Organizers, die durchs Land reisten, um Proteste vor Ort zu unterstützen, wurden mehr und mehr heroisiert und zu Autoritäten in der Bewegung. 1966 wurde das Coordinating Commitee folgerichtig zum Zentralkomitee umbenannt und es wurde immer mehr dessen Disziplin anstatt basisdemokratischer Prinzipien betont.

Die Krise des SNCC ging unter anderem mit der Kritik an seinen Taktiken und seinem Verhältnis zu Nationalismus und Staatlichkeit einher. Gerade in den Südstaaten hatten Mitglieder des rassistischen Ku Klux Klans oft öffentliche Ämter besetzt oder waren Polizisten. Mit gewaltfreien Aktionen wollte das frühe SNCC die zentralstaatlichen Gewalten gegen die einzelnen Staaten zum Eingreifen zwingen.



Oft genug griffen aber die Bundesbehörden nicht ein und gingen auch selbst repressiv gegen die Bewegung vor.

Doch letztlich setzte sich nicht eine libertäre Kritik der Staatlichkeit durch, sondern Separatismus und Nationalismus dominierten. »Dem gestiegenen Bewusstsein für die Kritik der US-amerikanischen Bundesregierung entspricht auf Seiten der schwarzen NationalistInnen die naive Idealisierung der neuen Nationalstaaten Afrikas und ihrer autoritären Führungspersonen«, kommentiert dies Lou Marin. Es gebe »einen inhärenten Zusammenhang zwischen zunehmender Militanz, zunehmender Rigidität des schwarzen Nationalismus und Separatismus, zunehmendem Antifeminismus der militanten Männer im SNCC und einem aufkommenden Antisemitismus, der die Zusammenarbeit mit jüdischen UnterstützerInnen der Bürgerrechtsbewegung in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ersetzte«. Marin kritisiert die linke Fixierung auf die radikalen bewaffneten Kämpfe etwa der Black Panther Party, über die die frühen Erfolge des SNCC vergessen würden.

Anarchist People of Color

► Doch nicht nur von BeobachterInnen, auch von AktivistInnen selbst gab es Kritik an der zunehmenden Hierarchisierung der Bewegung zu dieser Zeit. Später wandten sich einige AktivistInnen, wie Lorenzo Kom'boa Ervin oder Ashanti Alston, eigenen Angaben zufolge im Gefängnis mehr und mehr anarchistischen Strömungen zu. Zugleich kritisieren sie aber auch die anarchistische Bewegung der 1990er und der frühen 2000er Jahre: Sie sei blind für rassistische Unterdrückung in der US-amerikanischen Gesellschaft und vor allem von jungen, Lifestyle-orientierten Mittelklassekids getragen. Außer der historischen Ausnahme Lucy Parsons seien deshalb nur wenige People of Color in anarchistischen Gruppen aktiv, wie etwa bei den Protesten in Seattle 1999 gegen die Welthandelsorganisation.[3]

Ervin berichtet davon, in der anarchistischen Bewegung auf Unverständnis bis hin zu Rassismus gestoßen zu sein. Darum plädiert er für einen dezidierten »Black Anarchism«, der den Fokus auf Strategien für afroamerikanische Communities legt, die von Rassismus und Deindustrialisierung betroffen sind. Seit den 1990ern gibt es einige anarchistische Projekte, die sich auf den Kampf gegen White Supremacy fokussieren, beispielsweise die APOC-Konferenz 2003 (Anarchist People of Color).

Anmerkungen

1 Siehe dazu Andrew Cornell: Unruly Equality. U.S. Anarchism in the 20th Century. Oakland 2016, S. 238f.

2 Lou Marin: Student Nonviolent Coordinating Committee. Ein Lehrstück. Vorwort zu: Clayborne Carson: Zeiten des Kampfes. Das Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) und das Erwachen des afro-amerikanischen Widerstands in den sechziger Jahren. www.graswurzel.net/verlag/carson1.shtml

3 Gabriel Kuhn (Hg.): ‚Neuer Anarchismus' in den USA. Seattle und die Folgen. Münster 2008, S. 94f.

► **Helene Thaa** studiert Soziologie an der Universität Freiburg.

»Warum ich Anarchist bin«

Ein afroamerikanischer Aktivist über seine politische Entwicklung

von **Lorenzo Kom'boa Ervin**

► Die anarchistische Bewegung in den USA ist zum allergrößten Teil weiß, und ihre AnhängerInnen entstammen der Mittelklasse. Außerdem ist sie zum Großteil pazifistisch. Es stellt sich also die Frage: Warum bin ich ein Teil dieser Bewegung, wenn nichts davon für mich gilt?

Der Grund ist, dass ich eine Vision habe, die über die heutige anarchistische Bewegung in Nordamerika weit hinausgeht. Ich habe die Vision einer Bewegung, die Hunderttausende, vielleicht Millionen von Schwarzen, Latinos/Latinas und andere nicht-weiße ArbeiterInnen vereinen wird. Dies wird keine Bewegung sein, der sich schwarze ArbeiterInnen und andere Unterdrückte einfach »anschließen« werden, sondern es wird eine unabhängige Bewegung sein, eine Bewegung mit ihrer eigenen sozialen Perspektive, kulturellen Bestimmung und politischen Ausrichtung. Sie wird im Herzen anarchistisch sein, und zwar so anarchistisch, wie es keine europäische soziale oder kulturelle Bewegung je war.

Die ArbeiterInnen, die diese Bewegung konstituieren werden, werden wie ich glauben, dass der Anarchismus der demokratischste, effektivste und radikalste Weg ist, unsere Freiheit zu erreichen – doch sie werden gleichzeitig davon überzeugt sein, dass wir zunächst der Freiheit bedürfen, diesen Weg selbst zu konzipieren, ob das nun von weißen nordamerikanischen AnarchistInnen verstanden oder »gutgeheißen« wird oder nicht. Unsere Freiheit muss von uns selbst erkämpft werden, niemand kann das an unserer Stelle tun. (Auch wenn uns andere in unserem Kampf helfen können.)

Fehler der Black Panther Party

► In den 1960ern war ich Teil einer Reihe von revolutionären schwarzen Bewegungen, inklusive der Black Panther Party, für deren Scheitern ich vor allem den autoritären Führungsstil von Huey P. Newton, Bobby Seale und anderen Angehörigen des Zentralkomitees verantwortlich mache. Dies sollen keine persönlichen Schuldzuweisungen sein, doch es muss betont werden, dass viele Fehler gemacht wurden, dass die Führung der Partei zu weit von den lokalen Gruppen entfernt war und dass sich eine Befehls- und Zwangsstruktur entwickelt hatte, die von denjenigen, die in Führungspositionen saßen, bestimmt wurde.

Gleichzeitig wurden viele Probleme durch die marxistisch-leninistische Ausrichtung der Organisation geschaffen. Es gab wenig innerparteiliche Demokratie, und wenn es zu Konflikten kam, waren es die Anführer, welche die entsprechenden Entscheidungen trafen – die Leute an der Basis hatten wenig zu sagen. Schließlich kam es immer häufiger zu internen Säuberungen, und viele gute Leute

wurden einfach deshalb aus der Partei ausgeschlossen, weil sie nicht mit der Meinung der Führung übereinstimmten. Letztere konzentrierte so viel Macht auf sich, dass die Partei als Massenbewegung schließlich mehr oder weniger zu existieren aufhörte, während die Anführer sich nach Oakland, Kalifornien, zurückzogen.

Natürlich sind viele Fehler, die gemacht wurden, der Tatsache zuzuschreiben, dass die Black Panther Party eine junge Organisation war, die sich erbarmungslosen Angriffen von Seiten des Staates ausgesetzt sah. Wenn die Partei jedoch besser und demokratischer organisiert gewesen wäre, hätte sie diesen Angriffen vielleicht standgehalten.

Meine Kritik darf nicht als leichtfertig oder gehässig missverstanden werden. Ich liebte die Black Panther Party. Und niemand – weder ich noch sonst irgendwer, und egal, wie viel Kritik angebracht sein mag – kann der Partei die enorm wichtige Rolle nehmen, die sie für die schwarze Befreiungsbewegung der 60er Jahre gespielt hat. Trotzdem müssen wir alle Aspekte der Organisation und ihrer Geschichte betrachten, um die Fehler, die begangen wurden, nicht zu wiederholen.



Wahlrechtskampagne des SNCC Foto: onevote snnc.org

Ich denke, dass die kurze Zeit, die ich in der Partei verbracht habe, sehr wichtig war, da sie mir die Grenzen, ja das Versagen, autoritärer Führungsstrukturen in einer revolutionären Bewegung zeigte. Das Problem waren nicht die individuellen Persönlichkeiten derjenigen, die Führungspositionen innehatten – das Problem war, dass es einen Widerspruch gab zwischen ihren Interessen und den Interessen der Leute an der Basis.

Die frühe Phase des Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC) war etwas Besonderes. Keine Phase der schwarzen Befreiungsbewegung – vorher oder nachher – kann mit ihr verglichen werden. Die meisten der SNCC-AktivistInnen entstammten der Mittelklasse und waren College-Intellektuelle. Dazu kam eine kleine Anzahl von AktivistInnen an der Basis, die der ArbeiterInnenklasse entstammten. Trotzdem wurde eine Arbeitsweise entwickelt, die sehr antiautoritär und in der Bürgerrechtsbewegung einzigartig war. Anstatt RepräsentantInnen einer Zentralorganisation in alle möglichen Orte zu schicken, um dort die lokalen Kämpfe zu führen – so wie Dr. Martin Luther King Jr. und sein SCLC es taten –, schickte das SNCC einfache AgitatorInnen, die direkt mit den Menschen der betroffenen Gemeinden zusammenarbeiteten, um eine lokale Kontrolle der Kämpfe zu entwickeln und zu sichern.

Das SNCC glaubte an die Fähigkeit der Menschen der Basis, ihre Ziele selbst zu formulieren und die Wege selbst zu finden, entlang derer sie diese Ziele erreichen wollten. Seine Angehörigen wandten sich gegen die Vorstellung, dass diese Menschen Befehle oder Führung von anderen benötigten. So gab es auch innerhalb des SNCC keine mächtigen AnführerInnen. Es gab Personen, die mit einer gewissen Entscheidungsgewalt ausgestattet waren, doch mussten sie sich stets den Ausschüssen der Basis gegenüber verantworten, was ansonsten innerhalb keiner der Organisationen, welche die Bürgerrechtsbewegung konstituierten, der Fall war.

Die meisten PolitologInnen und HistorikerInnen weigern sich bis heute, die Effektivität des SNCC in der Bürgerrechtsbewegung anzuerkennen, doch viele der erfolgreichsten Kämpfe der Bewegung wurden von ihm initiiert und gewonnen, etwa der Großteil der Wahlrechtskämpfe. Ich lernte im SNCC eine Menge über interne Demokratie und darüber, wie das Überleben bzw. die Moral einer Organisation von deren Stärke abhängt. Alle Menschen, die im SNCC organisiert waren, konnten in die Entscheidungsprozesse der Organisation eingreifen und fühlten sich damit als Teil eines historischen Moments, der für immer ihre Leben verändern sollte.

Zu meiner ersten richtigen Einführung in den Anarchismus kam es 1969 [im Gefängnis]. Dort traf ich Martin Sostre. Sostre erklärte mir, wie ich im Gefängnis überleben würde, er gab mir zu verstehen, wie wichtig es ist, für die demokratischen Rechte der Gefangenen einzutreten und versuchte, mir den Anarchismus begreiflich zu machen. Trotz des enormen Respekts, den ich Sostre entgegenbrachte, hatte dieser Einführungskurs in den Anarchismus keine unmittelbaren Auswirkungen, schlicht deshalb, weil ich damals seine theoretischen Konzepte nicht verstand.

Die Revolution ist Schwarz

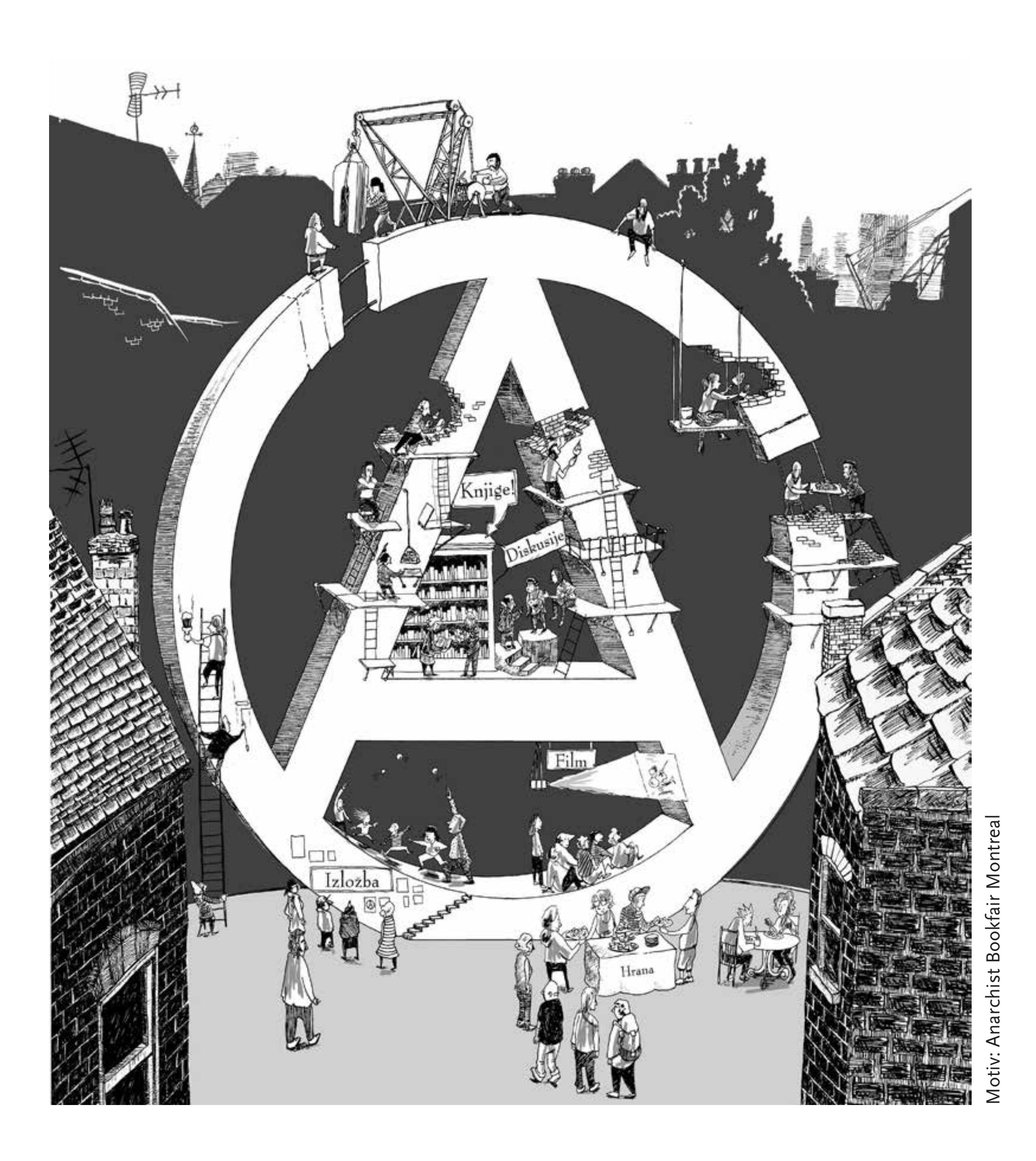
► Erst 1973, nach bereits dreijähriger Haft, beschäftigte ich mich wieder mit anarchistischen Ideen. Während der späten 1970er Jahre wurde ich vom Anarchist Black Cross in England adoptiert, ebenso wie von einer holländischen anarchistischen Gruppe namens HAPOTOC (Help A Prisoner Oppose Torture Organizing Committee), die auch eine internationale Unterstützungskampagne organisierte.

Ich begann, eine Reihe von Artikeln für die anarchistische Presse zu schreiben und trat der Social Revolutionary Anarchist Federation, der IWW (Industrial Workers of the World, Anm. d. Red.) und einer Reihe anderer anarchistischer Gruppen bei. Bald jedoch war meine anfängliche Begeisterung verflogen. Das Unvermögen der anarchistischen Bewegung, White Supremacy zu bekämpfen, ebenso wie der Mangel an einer effektiven Politik des Klassenkampfes, frustrierten mich zusehends. Dies motivierte mich 1979, den Text »Anarchism and the Black Revolution« zu schreiben. Es ging mir darum, den erwähnten Fragen eine stärkere Präsenz in der anarchistischen Bewegung zu schaffen. Trotzdem wandte ich mich bald enttäuscht von der anarchistischen Bewegung ab.

Es sollte bis 1992 dauern, bis ich mit der anarchistischen Bewegung wieder Kontakt aufnahm. Der Rest ist, wie es so schön heißt, Geschichte, und seither bin ich mit mehr Eifer denn je bei der Sache. Ich sehe, dass es heute Menschen in der Bewegung gibt, welche die Mechanismen der White Supremacy verstehen.

Warum bin ich also Anarchist? Weil es eines alternativen revolutionären Prozesses bedarf. Es gibt einen besseren Weg. Wenden wir uns ihm zu!

► **Lorenzo Kom'boa Ervin** wurde 1947 geboren und lebt heute als Anarchist of Color in Nashville / Tennessee. Sein Beitrag ist ein redaktionell gekürzter Auszug aus: Lorenzo Kom'boa Ervin: »Warum ich Anarchist bin / Woran ich glaube«, erschienen in: Gabriel Kuhn (Hg.): ‚Neuer Anarchismus' in den USA. Seattle und die Folgen. Münster 2008, S. 112-119.



Motiv: Anarchist Bookfair Montreal

Transnational ist besser

Stand und Perspektiven des Syndikalismus

Im Mai hat sich eine neue Internationale (anarcho-)syndikalistischer Organisationen gebildet. Die Gründung fällt in eine Zeit relativen Aufschwungs alternativer Gewerkschaften. Für einen umfassenden Aufbruch braucht die antiautoritäre Linke jedoch neue Visionen, die eine Breitenwirkung entfalten können.

von **Holger Marcks**

► Der Syndikalismus erlebt ein kleines Revival. Wie der Historiker Marcel van der Linden unlängst feststellte, setzen Gewerkschaften horizontalen und revolutionären Typs derzeit »vorsichtige« Akzente. Als ein Beispiel erfolgreicher Organisierung nennt er die FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) in Berlin. Diese Lokalorganisation hat sich in den letzten zehn Jahren zu einer florierenden Basisgewerkschaft mit über 500 Mitgliedern entwickelt. Sie knüpft damit an den Mitgliederstand ihrer Vorläuferorganisation, der Berliner FAUD, vor ihrem Gang in den Untergrund 1933 an. Mediale Aufmerksamkeit haben ihr etwa der Tarifkampf prekärer KinoarbeiterInnen im Berliner Babylon Mitte, der Arbeitskampf rumänischer Bauarbeiter rund um die »Mall of Shame« oder die Organisierung von Essensausliefernden im Rahmen der DeliverUnion-Kampagne eingebracht. Auch andernorts in Deutschland wachsen syndikalistische Pflänzchen, etwa in Form der Gefangenengewerkschaft GG/BO oder der alternativen Hochschulgewerkschaft unter_bau in Frankfurt.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in anderen Ländern: Die polnische IP ist eine wichtige Kraft der Kämpfe bei Amazon und treibt auch die internationale Vernetzung beim Konzern voran. Die SAC in Schweden und die CNT in Frankreich organisieren schon lange erfolgreich Reinigungskräfte, die stark migrantisch zusammengesetzt sind. In den USA entfalten die IWW bemerkenswerte Aktivitäten in der Gefängnisindustrie und im Fast-Food-Bereich. Die UVW in England hat sich vor allem auf migrantische ArbeiterInnen spezialisiert und mit dem Insourcing der Reinigungskräfte an einer Lon-

doner Universität neulich einen geradezu historischen Erfolg erzielt. In Spanien wiederum war der Syndikalismus – abgesehen von der Franco-Ära – niemals richtig weg. Dort gibt es nicht nur die CNT mit ihren für deutsche Verhältnisse immer noch beeindruckenden 10.000 Mitgliedern, sondern auch die CGT, die ebenfalls aus der historischen CNT der Spanischen Revolution erwachsen ist. Mit ihren rund 80.000 Mitgliedern ist sie die drittgrößte Gewerkschaft des Landes. Dazu kommen zahlreiche Basisgewerkschaften in Spanien (etwa SAT), Frankreich (SUD) oder Italien (Cobas), die mit dem Syndikalismus zumindest verwandt sind.

Nationale Gewerkschaften sind so anachronistisch wie eine saarländische Fußballnationalmannschaft

Jetzt hat sich ein Teil der syndikalistischen Organisationen Mitte Mai zu einer neuen Internationale zusammengeschlossen. Die im italienischen Parma ins Leben gerufene InternationaleArbeiterInnen-Konföderation (IAK) vereinigt zunächst die CNT (Spanien), USI (Italien), FAU (Deutschland), FORA (Argentinien), ESE (Griechenland), IWW (Nordamerika) und IP (Polen). Wie sich andere syndikalistische Organisationen dazu verhalten werden, bleibt abzuwarten. Zurückhaltung wäre verständlich, hat der jüngere Syndikalismus auf der internationalen Bühne doch ein Trauerspiel dargeboten. Die einst Millionen Mitglieder starke IAA (Internationale Arbeiter-Assoziation) von 1922 war schon länger in der Bedeutungslosigkeit versunken. Mikroskopisch kleine Landessektionen verursachten zuletzt mit sektiererischen Possen interne Kleinkriege, so dass die relativ großen Sektionen genervt das Feld räumten. Mit der IAK versuchen diese nun einen Neuanfang.

Warum die soundsovielte Internationale?

► Die Geschichte beginnt bei der Ersten Internationale (1864–1877), in deren Schoß der Anarchismus als Massenbewegung entstand. Die frühen AnarchistInnen verteidigten dort die Organisationsform föderaler Arbeiterassoziationen (Gewerkschaften) gegen das von Karl Marx lancierte Modell zentralistischer Parteien. Diese Organisationsfrage war zugleich eine der revolutionären Strategien. Während die MarxistInnen auf die Eroberung der staatlichen Macht abzielten, wollten die AnarchistInnen den Staat aufgehoben sehen, durch einen »universellen Zusammenschluss freier landwirtschaftlicher und industrielle Vereinigungen«. Dieses Konzept setzte also auf revolutionäre Gewerkschaften und wurde später bekannt als Syndikalismus. Nicht nur führte der Konflikt zu Spaltung und Niedergang der Internationale, er begründete auch unterschiedliche nationale Traditionen in der Arbeiterbewegung. In den romanischsprachigen Ländern etwa prägte der Syndikalismus die Bewegung maßgeblich. Der Marxismus fasste hier häufig erst nach der Oktoberrevolution von 1917 Fuß.

Der Konflikt zwischen »mittelmeerischem Denken« und »deutscher Ideologie« (Albert Camus) führte denn auch zu nationalistischen Querelen innerhalb der Arbeiterbewegung. Bereits 1870/71, anlässlich des Deutsch-Französischen Kriegs, hatten Marx und Friedrich Engels zum Ausdruck gebracht, dass sie einen Sieg Preußens gutheißen würden, weil dies ein Übergewicht der deutschen über die französische Arbeiterbewegung bringen würde. Derlei Chauvinismus setzte sich auch in der (sozialistischen) Zweiten Internationale (1889–1914) fort, wo sich die SyndikalistInnen der französischen CGT mit marxistischen Organisationen zusammengeschlossen hatten. Letztere arbeiteten dort erneut schulmeisterlich an der Hegemonialisierung des Parteienmodells. Dies schuf bis 1914 derart tiefe Gräben, dass ein gemeinsames Handeln in der Stunde des Krieges unmöglich war.

Als besonders strittig erwies sich die Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft. Marx' Vorstellung vom parteipolitischen Primat reduzierte die Gewerkschaften, von Engels noch als »eigentliche Arbeiterbewegung« bezeichnet, auf betriebliche Belange und entpolitisierte sie so. Der Syndikalismus hingegen sah in ihnen die natürliche »Partei der Arbeit« (Émile Pouget), die den Kampf um alltägliche Verbesserungen und revolutionäre Veränderungen zugleich organisieren sollte. Die bolschewistische Oktoberrevolution verbreitete das parteipolitische Primat weiter. In der (kommunistischen) Dritten Internationale (1919–1943) galten die Gewerkschaften als »Transmissionsriemen« marxistischer Parteien, die wiederum dem Einfluss Moskaus unterlagen. Dieser weiteren Instrumentalisierung der Gewerkschaften versuchten die SyndikalistInnen wieder eine Internationale entgegenzusetzen. Die 1922 in Berlin gegründete IAA gab sich nicht zufällig denselben Namen wie die Erste Internationale.

Jedoch fanden sich die IAA-Organisationen von autoritären Entwicklungen umgeben, die sie in die Defensive drängten. Der Spanische Bürgerkrieg ab 1936 band schließlich alle Kapazitäten, die Niederlage der anarchistischen CNT 1939 ließ sie in der Bedeutungslosigkeit versinken. Zwar gab es mit deren Wiedergründung 1976 einen Hoffnungsschimmer, doch war die IAA spätestens mit dem Ausscheiden der SAC in den 1950ern vollends marginalisiert. In ihrer Verzweiflung nahm sie zunehmend Kleinstsektionen auf, die fern von jeder gewerkschaftlichen Praxis waren. Für eine Bewegung, deren Theorie eigentlich »das Resultat einer langen Praxis [war], die durch die Verhältnisse geschaffen wurde« (Victor Griffuelhes), konnte das nur Gift sein. Dogmatische Positionen hielten zunehmend Einzug, die mit den Realitäten und pragmatischen Bedürfnissen größerer Organisationen schwer vereinbar waren. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis sich die IAA zerlegte.

Weg vom methodologischen Nationalismus

► Die Bilanz des Arbeiter-Internationalismus ist nicht gerade rosig. Die Internationalen waren oft Kampfplätze von ideologischen Hoheitsansprüchen, in denen man sich mehr belagerte als einander half. Das gilt auch für Beziehungen innerhalb des Anarchismus. Gerade das Drama der IAA zeigt, was falsch laufen kann im Internationalismus. Waren die frühen AnarchistInnen noch für einen Pluralismus von Taktiken eingetreten, machte sich in der jüngsten IAA selbst ein verkappter Zentralismus breit. Sie untersagte den Sektionen zunehmend dieses oder jenes. So wurde ein Korsett angeblich notwendiger Prinzipien geschaffen. Die neue IAK muss sich daran messen lassen, ob sie ihren Sektionen wieder das Vertrauen gibt, in der Praxis experimentieren zu können, um erneut »Schule der Revolution« (Pouget) zu sein. Wie Camus einst herausstelle, war es ja einst die Stärke des Syndikalismus, dass er sich an konkreten Möglichkeiten und nicht abstrakten Notwendigkeiten orientierte.

Grundsätzlicher stellt sich aber die Frage, inwiefern eine internationale Praxis überhaupt durchschlagen kann. Auch in der ruhmreichen Ersten Internationale waren die Kämpfe vor allem lokale.



Die Hängematte ist besser: Alternativen aus den Verhältnissen des Kapitalismus heraus entwickeln Foto: Fédération Anarchiste

Internationale Aktivitäten waren vorwiegend defensiver Art, etwa wenn Repressionen finanzielle Hilfe oder Zuflucht im Exil nötig machten. Daneben ermöglichten Netzwerke zwar wichtige Erfahrungsvermittlung, doch wurde dies auch konterkariert durch Fraktionsbildungen, bei denen man sich nicht mehr zuhörte. Ähnliches gilt für die Folge-IAA, deren internationale Aktivitäten vor allem im Abwehrkampf gegen den Faschismus stattfanden. Zwar hatte sie zuletzt einige Soli-Aktionen bei Arbeitskämpfen von Schwestergewerkschaften aufzuweisen, doch waren diese meist symbolischer Art. Auch ein Blick auf die heutige Sozialistische Internationale (SI) oder den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) zeigt, dass sich ihre Mitglieder zwar aufeinander beziehen, aber auf internationaler Ebene kaum gemeinsam handeln. Kann eine syndikalistische Internationale also mehr als ein Wasserkopf sein, mit dem man sich zwar die internationalistische Gesinnung beweist, der praktisch aber wenig bringt?

Die Frage mag verwundern, sind doch heute internationale Arbeitskämpfe nötiger und möglicher denn je. Die Erste Internationale hatte jedenfalls kaum Gelegenheit, entlang der globalen Konzerne und Produktionsketten zu operieren, die den Gegenwartskapitalismus ausmachen. Und doch sind solche Kämpfe eine Rarität. Mehr noch: Trotz der berüchtigten Funktionsweise des Kapitals, die Arbeiterschaften verschiedener ‚Standorte' gegeneinander auszuspielen, setzen die Gewerkschaften dem nicht nur nichts entgegen, sondern stabilisieren diese Konkurrenz sogar. Bereits Ende der 1980er hatten die Ökonomen Lars Calmfors und John Driffill dargelegt, dass landesweite Gewerkschaften zwar durch koordinierte Verhandlungen die Binnenkonkurrenz der Arbeiterschaft überwinden konnten, die darin bestand, dass man den eigenen Betrieb im Produktwettbewerb nicht schaden und damit seinen Arbeitsplatz riskieren wollte. Doch mit den landesweiten Gewerkschaften war die Konkurrenz nun auf die internationale Ebene verschoben worden, weil diese nun den volkswirtschaftlichen Wettbewerb berücksichtigen und aus Angst vor Massenentlassungen Zurückhaltung üben würde. Die Gewerkschaften, so das niederschmetternde Urteil, simulierten so die Machtlosigkeit einer unorganisierten Arbeiterschaft.

> Ein Transnationalismus wäre die angemessene Form für eine Arbeiterbewegung

Offenbar ist die Arbeiterbewegung in einem »methodologischen Nationalismus« (nach Ulrich Beck) gefangen, der sie das Denken in nationalen Kategorien reproduzieren lässt. Die Vermutung liegt nahe, dass dies in ihren Organisationsformen begründet liegt, die den Nationalstaat weiter als Entität politischer Vergesellschaftung nutzen. Strukturen wirken ja immer handlungsleitend und kanalisieren Interaktionsprozesse; und zugleich befördern sie eine bestimmte Organisationsräson und Identität. Mehrere Internationalen haben das gezeigt: Allem internationalistischen Getöse zum Trotz verliefen ihre Konfliktlinien und Handlungsgrenzen entlang nationaler Einkerbungen. Hingegen ist bezeichnend, dass internationale Arbeitskämpfe noch am ehesten von Gewerkschaften geführt wurden, die von Grund auf länderübergreifend verfasst waren, wie etwa die alte Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF). Solche Strukturen vermitteln nicht einfach zwischen nationalen Entitäten (daher: Internationalismus), sie bewegen sich über ihnen. Es liegt auf der Hand, dass ein solcher Transnationalismus die angemessene Form für eine Arbeiterbewegung wäre, die über die nationale Handlungsebene auch wirklich hinaus will.

Die IAK hat den richtigen Riecher, wenn sie beabsichtigt, länderübergreifende Branchengewerkschaften aufzubauen. Solchen Strukturen, die simultanes Organizing, koordinierte Kämpfe und einheitliche Kollektivverträge in transnationalen Unternehmen ermöglichen, sind überfällig. Jedoch kann es sein, dass ihre internationale, das heißt methodologisch-nationalistische Konstitution bereits Pfadabhängigkeiten geschaffen hat, die den Aufbau transnationaler Strukturen erschweren. Womöglich hat sie eine Gelegenheit verpasst, als sie sich nicht unmittelbar als Transnationale konstituierte. Es bleibt der Fantasie überlassen, welch Signal eine mutige Erneuerung bedeutet hätte, bei der die nationalen Gewerkschaften in einer neuartigen Organisation aufgegangen wären. Zumindest innerhalb der EU, eines wirtschaftlich-administrativ verflochtenen Nationenkomplexes, sind nationale Gewerkschaften (und auch Parteien) so anachronistisch wie eine saarländische Fußballnationalmannschaft. Nicht auszuschließen, dass der Syndikalismus, hätte er solch eine Vorreiterrolle in der Modernisierung der Arbeiterbewegung eingenommen, einen

Quantensprung vollzogen hätte – so wie einst die Erste Internationale von null auf hundert schnellte.

Syndikalismus und antiautoritäre Linke

► Der Syndikalismus ist mehr als nur eine Spielart des Anarchismus. Ohne ihn wären anarchistische Ideen längst vergessen. Es waren die (proto-)syndikalistischen Ansätze in der Ersten Internationale, die den Anarchismus zu einer bedeutenden Bewegung machten, und es waren die verschiedenen syndikalistischen Wellen, auf denen er ritt, als er Massen bewegte oder gar Revolutionen machte. Als wichtigste Tradition des »Massenanarchismus« (Lucien van der Walt & Michael Schmidt) war er es, mit dem antiautoritäre Kräfte überhaupt Zugriff auf soziale Kämpfe erhielten. Nach dem Zerfall der Ersten Internationale in den 1870er Jahren ging der Anarchismus erst einmal weg vom gewerkschaftlichen Ansatz und praktizierte mit der »Propaganda der Tat« eine militante Strategie und lose Organisationsweisen – sich gesellschaftlich damit isolierend. Erst mit der Rückbesinnung auf die Erste Internationale und dem dann explizit gewordenen Syndikalismus gelang es, angefangen im Frankreich der 1890er Jahre, wieder zu einer treibenden Kraft zu werden. Syndikalistische Massenorganisationen gab es von da an bis in die 1930er Jahre. Und wenn es heute überhaupt noch nennenswerte anarchistische Organisationen gibt, dann sind sie in der Regel syndikalistisch.

Nehmen wir als Beispiel Deutschland. Trotz aller Parolen, der Anarchismus sei nicht totzukriegen, ist er seit dem Zweiten Weltkrieg eben doch gesellschaftlich recht fruchtlos. Daran kann weder das geschichtsklitternde Aufblähen der antiautoritären Achtundsechziger etwas ändern noch die Ausdehnung des Anarchismus-Begriffs auf informelle Lebensformen. Der Neo-Anarchismus ist, wie die radikale Linke insgesamt, seit Jahrzehnten eine jugendkulturelle Veranstaltung bildungsbürgerlicher Abkömmlinge, die in Nischen überlebt und kaum praktischen Bezug zur (arbeitenden) Masse hat. Das galt und gilt teilweise auch für die FAU, die ab ihrer Gründung 1977 trotz gewerkschaftlichen Etiketts eher neo-anarchistisch geprägt war. Subkulturelles Gehabe, informelle Organisationsformen und die Verweigerung jeglicher Praxen, bei denen man mit dem »System« interagieren muss, ließen sie kaum Gewerkschaftsarbeit entfalten. Entsprechend bestand sie aus typischen kleinen Szenegruppen. Erst Ende der 2000er Jahre setzte ein Wandel ein, angefangen in Berlin, als man sich auf den syndikalistischen Kern besann. Ein Bruch mit Szenepraxen, der Aufbau formalerer Strukturen und die Bereitschaft, mit den institutionellen Realitäten umzugehen (etwa durch Pressearbeit, Tarifpolitik, Gerichtsprozesse), ermöglichten dann zunehmend echte Kämpfe und stetiges Wachstum.

Indes versuchen weitere Teile der Linken nachzuholen, was die FAU vor zehn Jahren begonnen hat: eine »neue Klassenpolitik«, wie eine aktuelle Debatte lautet. Unzufrieden mit mangelnder Resonanz- und Anschlussfähigkeit werden Organisationsformen diskutiert, die einen Weg aus der Echokammer weisen können, etwa MieterInnen- oder Stadtteilorganisationen. Zugleich lässt sich seit einigen Jahren eine internationale Trendverschiebung in der linken Theoriebildung feststellen, bei der MarxistInnen zunehmend horizontale Organisationsformen anpreisen, die als »reale Utopien« (Erik Olin Wright) soziale Transformation erlauben. Die Linke vollzieht damit unbewusst – auch wenn es verdeckt oder gar verdrängt wird (wie im Falle von Antonio Negri und Michael Hardt) – eine Syndikalisierung. Denn der Ansatz, die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufzubauen, durch Organisationsformen, die Staat und Kapital von unten aushebeln können, ist genau das, was Anarchismus und Syndikalismus ursprünglich vom Marxismus abgrenzte – schon in der Ersten Internationale, die sich an der Organisationsfrage spaltete.

Entgegen des Vorurteils, der Syndikalismus sei unzulänglich, weil er nur auf Betriebe fokussiere und um kommunalistische Strukturen ergänzt werden müsse, schloss er in seiner Hochphase durchaus solche Strukturen ein, etwa Mieter- und Erwerbslosenhilfe, Konsumgenossenschaften sowie Bildungs- und Kulturvereine. Insofern deutete er tatsächlich ein umfassendes Modell gesellschaftlicher Reorganisation an. Es wäre Aufgabe eines modernen Syndikalismus, dieses Modell deutlicher auszuprägen. Dabei könnte gerade die Kombination von Interessen- und Selbstverwaltungsstrukturen das ausgestalten, was in der späten FAUD als »konstruktiver Sozialismus« eingefordert wurde: eine Strategie, die nicht auf radikalen Ordnungsbruch abzielt, sondern den Aufbau sozialer Beziehungen, welche die staatlichen und kapitalistischen Strukturen überschreiben. Derartige Transformationspolitik wäre eine glaubwürdige Vision für die antiautoritäre Linke in einer Zeit, wo revolutionärer Eifer als destruktiv oder blauäugig gilt, zugleich aber die Unzufriedenheit mit etablierter Reformpolitik omnipräsent ist. Sie stünde für ein revolutionäres Taktgefühl, das zwischen utopischen Ansprüchen und Lebensrealitäten vermitteln kann.



Foto: Groupe NOVEA

Neu: Sie organisieren sich vertikal

Die FAU Berlin hat mit der Gründung einer Wirtschaftsföderation von Kollektivbetrieben, welche die Gewerkschaftsföderation ergänzt, einen ersten Schritt getan. Der nächste könnte sein, dies zu einer Konföderation auszubauen, die eine Mietergewerkschaft und ein Mietshäusersyndikat einschließt (nebst Konsum- und Ämterorganisationen). Mietergewerkschaften sind ohnehin eine historisch überfällige Struktur, die eine Arbeitergewerkschaft überhaupt erst komplettieren würde. Denn was nutzen höhere Löhne, wenn gleichzeitig die Miete steigt? Gleichzeitig würden sie helfen, jene ArbeiterInnen sozialräumlich anzubinden, die über betriebliches Organizing nicht zu erreichen sind (etwa Hausfrauen, Freelancer, Erwerbslose) – und so zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit beitragen.

Eine solche synergetische Perspektive, die an den Verhältnissen des Kapitalismus ansetzt und Alternativen aus ihnen heraus entwickelt – womit sich ja auch MarxistInnen identifizieren dürften –, hat denn auch das Potential, die soziale Basis herzustellen, die für transnationale Kämpfe nötig ist. Denn auch und gerade transnationale Organisationsstrukturen brauchen eine Menge Mitglieder. Und die lassen sich nur lokal gewinnen.

► **Holger Marcks** lebt in Berlin und Frankfurt am Main. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt, außerdem Mitglied der FAU Berlin sowie von unter_bau.

Das versteckte A

Ein Diskussionsbeitrag über die Anarchie und ihre Grenzen

Der Anarchismus war unverzichtbarer Bestandteil vieler emanzipatorischer Bewegungen und Revolutionen. Trotzdem führt er heute ein Schattendasein. Woran liegt das? Wo sind anarchistische Ansätze heute am ehesten zu finden? Weshalb sind sie ein Versprechen für die Zukunft?

von **der Arbeitsgruppe des Themenschwerpunktes**

► Mit »Gott und der Staat« standen zwei äußerst mächtige Gegner im Visier des anarchistischen Revolutionärs Michail Bakunin. Entgegen der vorherrschenden Gottesfurcht folgerte Bakunin in diesem Buch etwas ganz neues aus dem biblischen Sündenfall, als der Mensch vom Baum der Erkenntnis aß: »Der Mensch hat sich befreit.« Und auch der Staat als Machtinstrument der herrschenden Verhältnisse sei zu überwinden, zugunsten der freiwilligen Assoziation der Einzelnen, also generalisierten demokratischen Verhältnissen. Diese zwei machtvollen Gegner waren den Anarch@s immer noch nicht genug: Auch die (Lohn-)Arbeit gehöre angesichts ihrer Fremdbestimmung schlichtweg abgeschafft. Sie sei ein »verderbliches Dogma«, wie der libertäre Sozialist Paul Lafargue in »Das Recht auf Faulheit« schrieb.

All das steht im Einklang mit der anarchistischen Grundidee: Die Minimierung der Herrschaft von Menschen über Menschen. Denn Herrschaft meint die unbedingte, sogar gewaltsame Durchsetzung des Einzelinteresses und ist damit unvereinbar mit der Gleichheit unter den Menschen. Erreichbar ist die Eroberung der Freiheit jedes Einzelnen nur im gesellschaftlichen Prozess.

Anarchismus als Anti-Bewegung

► Der Anarchismus ist das großartigste Angebot, das die Linke der Gesellschaft jemals unterbreitet hat. Seine Utopie, die herrschaftsfreie Gesellschaft, ist ein Antidot gegen alles Autoritäre. Libertäre Strömungen bieten unverzichtbare Alternativen zur Gewalt und zur Klassenherrschaft des bürgerlichen Staates, der Freiheit für Alle nur behauptet, aber nicht bietet. Und sie sind ein Gegengewicht zu jenen staats- und parteizentrierten Linken, die die Freiheit des Individuums jederzeit bereitwillig verraten, wenn es um die Macht geht. Deshalb wird dem Anarchismus selbst in der Linken wenig Beachtung zuteil – von den StalinistInnen wird er abgelinkt und liquidiert, von den Bürgerlichen geächtet und verfolgt. Oft werden Anarch@s nicht einmal zur Kenntnis genommen, und wenn, dann als »ChaotInnen« abqualifiziert.

Woran liegt es, dass der Anarchismus marginal bleibt? Der heutige triste Zustand der anarchistischen Bewegung kann nicht einfach den anderen in die Schuhe geschoben werden. Wo ist Kritik und Selbstkritik geboten? Worin liegen die vielen Fallstricke, in denen sich auch die Anarch@s dauernd verfangen und dabei das herrschende Elend reproduzieren? Sei es auf der alltäglichen Ebene, wo immer wieder unreflektierte patriarchale Verhaltensmuster gelebt werden, oder wenn über persönliche Grenzen hinweg so viel Engagement investiert wird, dass die Leute reihenweise ausbrennen.

Auch auf die »größeren« gesamtgesellschaftlichen Fragen bietet der Anarchismus nur wenig Antworten: Etwa wie zu wirtschaften sei, um die gesamte Weltbevölkerung zum verdienten Wohlstand zu führen, wie die Umwelt zu sanieren ist, wie kriminelle Wirtschaftsorganisationen zerschlagen und rechte Milieus kontrolliert und zivilisiert werden können.

Vielleicht erlebt der Anarchismus deshalb einen gewissen Niedergang, weil er wie alle (Anti-)Bewegungen irgendwann regrediert und Platz für etwas Neues und Umfassenderes schaffen muss. Die KommunistInnen legten ihr Projekt von vorne herein theoriefester und organisierter an, schon deshalb ist es langlebiger. Sicher, es gibt einige Klassiker anarchistischer Theoriebildung, aber schon sie waren im Vergleich zum (späten) Marx immer etwas unterkomplex, wenn sie Macht und Herrschaft in »den Herrschenden« personalisierten.

Nie zum Zuge kommen

► Philippe Kellermann hat (siehe Seite 16ff.) in diesem Themenschwerpunkt die beständige Korrumpierbarkeit des Menschen angesprochen. Ausführlicher schreibt der Kulturtheoretiker Klaus Theweleit in seinem Buch »Das Lachen der Täter« darüber: »‚Herrschaft' unterdrückt, einerseits; andererseits stabilisiert sie. […] Gesellschaftliche Vakuen haben keinen Bestand. Sie werden gefüllt. Immer. Das ist eine Grundregel, beinahe ‚ein Gesetz'. Aufgrund dieses Gesetzes kann ‚Anarchie' nicht funktionieren, ‚Herrschaftslosigkeit'. Denn wo ein gesellschaftlicher Leerraum, ein ‚Vakuum', nicht mit vernünftigen Umgangsformen gefüllt wird […], strömen [alle] ein, deren körperliche Zustände danach rufen, Herrschaft auszuüben, hier mal kräftig durchzuziehen und aufzuräumen, ‚Ordnung' zu schaffen.«

Anarchismus ‚funktioniert' also auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht, weil er entstehende Machtvakuen nicht füllen will. Gleichzeitig ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft wohl kaum durch Herrschaft erreichbar. Wo also anfangen, um dorthin zu gelangen? Dabei kommt die größte Krux des Anarchismus ins Spiel: Die internalisierte Kopplung von Herrschaft an Macht. Oftmals werden diese Begriffe gleichgesetzt und Macht damit umstandslos negativ belegt. Natürlich kann Macht – im Sinne von *Macht über* jemanden – fatale Folgen für die Freiheit der Einzelnen haben. Doch gleichzeitig enthält Macht auch eine konstitutive Komponente, die Individuen »ermächtigt«, zu handeln und zu verändern, also wirkmächtig und letztlich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene auch ordnungsstiftend zu sein.

Doch wie kann ein gesellschaftlicher Konsens über Grundlagen des Zusammenlebens hergestellt werden, ohne zu herrschen und Menschen außerhalb des Konsenses in ihrer Freiheit einzuschränken? Die Beantwortung der Frage ist verzwickt, besonders dann, wenn Macht weiterhin mit Herrschaft vermischt wird. Oft wird Macht einfach per se abgelehnt (»Keine Macht für niemand«). Doch damit



Wo ist das versteckte A? Recherche in den Philippinen Foto: Gabriel Kuhn

wird Ohnmacht proklamiert und Handlungspotenzial sowohl auf persönlicher als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene verschenkt. Allenfalls in einer umfassenden Diktatur sind manche Menschen machtlos. Die meisten verfügen zu jedem Zeitpunkt über Macht. Damit geht die Verantwortung einher, die eigene Position zu reflektieren und dem Missbrauch der Macht vorzubeugen. Mit der Ablehnung von Handlungsmacht bleibt wenig übrig, was denjenigen, die repressiv Macht ausüben, entgegen gesetzt werden kann.

Selbst in der Linken wird dem Anarchismus wenig Beachtung zuteil

Vielleicht haben sich deswegen viele AnarchistInnen in Projekte und Nischen zurückgezogen. Das ging bis zum gegenkulturellen Aussteigertum etwa der 1980er Jahre, welches vielen als einzige Möglichkeit erschien, um relativ herrschaftsfrei zu leben. Mit der Abschottung von der »feindlichen Außenwelt« wird jedoch die Möglichkeit verspielt, eine gesellschaftliche Basis aufzubauen. Am Ende bleibt es bei Landkommunen, Hausprojekten, Autonomen Zentren und Infoläden, die einigen Leuten ihre Selbstverwirklichung ermöglichen, aber auf die breitere Gesellschaft oft abschreckend wirken. In der Argumentationslogik gilt der Aufbau von Parallelstrukturen als Teil der großen Utopie, an der man im Hier und Jetzt schon arbeitet. Das kann durchaus Sinn ergeben. In Landstrichen, wo sonst rechte Gruppen die Jugendkultur dominieren, haben linke Autonome Jugendzentren einen entsprechenden gesellschaftlichen Katalysatoreffekt. Aber solche Konzepte passen eben nicht überall.

Das libertäre Element

► Jedenfalls ist das libertäre Element ein essentieller Bestandteil allen fortschrittlichen und emanzipativen Engagements, und es ist anschlussfähig an emanzipatorische soziale Bewegungen. Wenn es schon nicht durch seine Theorie besticht, so ist es zumindest in der Praxis äußerst wirksam – in der 1968er-Bewegung, in der Arbeiterbewegung oder im Feminismus. Das libertäre Element ist ein Indikator für die Basiskompetenz zur Freiheit, die es anzustreben gilt.

Und immerhin scheint ein weit verbreitetes Bewusstsein dafür zu bestehen, dass eine allgemeine Herrschaftskritik geübt werden muss. Dass zum Beispiel Sexismus und Rassismus im Hier und Jetzt bekämpft werden müssen und dass es nötig ist, im privaten und öffentlichen Raum Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse aufzudecken und auf deren Beseitigung hin zu arbeiten. Basisdemokratische Strukturen sind inzwischen an allen möglichen Orten anzutreffen, nicht nur auf dem ewigen Plenum. Gerade mit dem Diskurs um Geschlechtergerechtigkeit wächst die Sensibilisierung für die Notwendigkeit eines herrschaftsfreien Genderverhältnisses. Das ist keine alleinige Errungenschaft des Anarchismus, aber zumindest des libertären Elements in der betreffenden Auseinandersetzung, artikuliert von einer wachsenden Frauenbewegung.

Mit den prekärer werdenden Zuständen in der Arbeitswelt rücken anarchosyndikalistische Ansätze wieder stärker in den Fokus. Das sieht man in den Branchen, in denen befristete Beschäftigung vorherrscht und in denen viele migrantische Arbeitskräfte ausgebeutet werden, wie in der Gastronomie oder bei Fahrradkurieren. Spannend ist dabei auch der weit vernetzte Versuch, Amazon transnational zu bestreiken. Die große Aufgabe ist es, diese verschiedenen Kämpfe zu verbinden und viele Menschen zu bewegen, ein gesamtgesellschaftliches Projekt aufzuziehen: Ein gutes Leben in größtmöglicher Freiheit für alle.

► Die **Arbeitsgruppe dieses Themenschwerpunktes** besteht aus einigen Menschen des **iz3w** und der **Anarchistischen Gruppe Freiburg**.

»Du stehst dem Staat ganz allein gegenüber«

Interview mit Anarchist Black Cross über Anarchismus in Weißrussland

Das Anarchist Black Cross (ABC) ist eine Solidaritätsorganisation für inhaftierte AnarchistInnen und andere politische Gefangene. Daneben leistet es Rechtshilfe und klärt über Sicherheit in der politischen Arbeit auf. Wann das ABC genau entstand, ist umstritten. Klar ist aber der Anlass: die Russische Revolution von 1905. Damals wurden viele AnarchistInnen verhaftet, bekamen aber von den bestehenden Hilfsorganisationen wie dem Politischen Roten Kreuz oft wenig bis keine Unterstützung. In Analogie dazu nannte es sich zunächst das Anarchistische Rote Kreuz, änderte allerdings nach der Revolution von 1917 seinen Namen in Anarchistisches Schwarzes Kreuz, um Verwechslungen mit dem Internationalen Roten Kreuz zu vermeiden. Von Beginn an war das ABC international aufgestellt: So unterstützten britische und russische AnarchistInnen ihre in Russland inhaftierten GenossInnen. Heute gibt es ABC-Ortsgruppen auf allen Kontinenten, so auch in Weißrussland.

Wie sieht eure Arbeit beim ABC aus und was sind eure Ziele?

► Die Arbeit des Anarchist Black Cross (ABC) in Belarus ist vielfältig. Wie die meisten es sich wahrscheinlich denken können, machen wir ganz klassisch Solidaritätsarbeit für Menschen, die von Repression betroffen sind. Das heißt, wir stellen finanzielle Hilfe für Gerichtskosten und Strafen zur Verfügung. Darüber hinaus beschäftigen wir uns damit, wie Repressionen aussehen können und funktionieren. Das fängt an bei Psychoterror und geht bis zu blanker Gewalt gegen AktivistInnen. Wir versuchen deshalb, so breit wie möglich zu arbeiten – soweit es uns eben innerhalb der derzeitigen politischen Lage möglich ist. Wir versuchen, innerhalb der Bewegung eine Sicherheitskultur zu etablieren, die sich Repression widersetzt oder die zumindest deren Ausmaße reduziert. So bieten wir schon seit einer Weile Sicherheitstrainings für AktivistInnen an. Wir stellen außerdem Printmaterial für den Kampf gegen Repression her. Auf unserer Website versuchen wir staatliche Maßnahmen gegen AnarchistInnen zu dokumentieren. Wir versuchen Leute zu ermutigen, uns direkt anzuschreiben, wenn sie von Repressionen betroffen sind.

»Diktatur trifft den Kern einer Gesellschaft«

Vielleicht muss man dazu sagen, dass unsere Gruppe nicht offen ist. Wegen der ständigen Repression gegen AnarchistInnen hierzulande müssen wir anonym bleiben. Niemand verkündet öffentlich seine Mitgliedschaft im ABC. Workshops und Vorträge, die wir halten, werden nicht als Events des ABC veranstaltet, auch wenn einige vielleicht ahnen können, dass sie von uns sind.

Weißrussland wird auch »die letzte Diktatur Europas« genannt. Wie manifestiert sich das? Und glaubt ihr, dass ein baldiges Ende dieser Diktatur in Sicht ist?

► Nun ja, eine Diktatur manifestiert sich in dem Versuch, jeden Aspekt deines Lebens zu kontrollieren. Deine Wünsche gehören nicht dir, es wird vielmehr von oben herab entschieden, was du zu wollen hast. Sie manifestiert sich in dem Druck auf Angestellte des öffentlichen Dienstes, die Staatszeitungen zu abonnieren oder an staatlich organisierten Versammlungen teilzunehmen. Sie übt Druck auf Studierende und ArbeiterInnen aus, wählen zu gehen, um nicht aus ihrem Wohnheim geworfen oder am Arbeitsplatz kontrolliert zu werden. Es ist nahezu unmöglich, eine Veranstaltung auf der Straße ohne staatliche Genehmigung durchzuführen. Eine Diktatur trifft den Kern einer Gesellschaft: Sie zerstört zwischenmenschliche Verbindungen, versucht dich vom Rest der Gesellschaft zu isolieren und minimiert so die Möglichkeit, dich zu organisieren oder auch nur den Status Quo zu hinterfragen. In einer Diktatur stehst du dem Staat ganz allein gegenüber. Es gibt das Sprichwort: »Wir hoffen auf das Beste und sind auf das Schlimmste gefasst.« Und so hoffen wir, dass die Diktatur vielleicht in ein paar Tagen schon vorbei ist, aber bereiten uns darauf vor, dass sie noch eine lange Zeit bleiben wird.

Letztes Jahr berichteten westliche Medien, dass die weißrussischen Behörden ihre Strategie geändert hätten: AktivistInnen und Oppositionelle werden immer nur für ein paar Tage am Stück in Gewahrsam genommen, dafür aber mehrere Male hintereinander. So haben Menschenrechtsorganisationen und westliche Regierungen es schwerer, die Verhaftungen zu skandalisieren. Für die Betroffenen jedoch kann es sehr einschüchternd sein. Kann man von einem Anstieg staatlicher Repression in den letzten Jahren sprechen?

► Diese wiederholten Ingewahrsamnahmen sind eigentlich nichts Neues. Das hat schon 2004/2005 angefangen. Ein Genosse aus einer weißrussischen Kleinstadt hat uns erzählt, dass er mehrere Male für 15 Tage in Haft war, einfach nur, weil er der lokalen Polizei als Aktivist bekannt war. So gesehen hat sich die Strategie der weißrussischen Polizei nicht geändert. Die Absurdität der Kurzzeit-Ingewahrsamnahmen erregt jedoch mehr Aufmerksamkeit seit es durch das Internet leichter geworden ist, Informationen darüber zu verbreiten. Was sich aber geändert hat, ist die Intensität, mit der die Polizei gegen AnarchistInnen vorgeht. Eine ganze Zeit lang gingen neben den AnarchistInnen viele verschiedene protestierende Gruppen auf die Straßen. Doch mittlerweile sind sie fast die Einzigen, die noch protestieren, weil die Polizei über die Jahre liberale und auch nationalistische Gruppen zerschlagen hat.

»Kleine Initiativen sind in Anbetracht der heftigen Repression schon ein Erfolg«

Letztes Jahr wurde der 25. März, der sogenannte Freiheitstag, zu einem Protest gegen das geplante Arbeitslosensteuergesetz umgewidmet. Dieses Jahr hatte der Tag nichts mit sozialen Protesten zu tun. Trotzdem



Letztes Jahr ging die Regierung massiv gegen die Proteste vor Foto: svaboda.org

wurden AnarchistInnen von der Polizei aufgesucht. Ihnen wurde angedroht, sie der Teilnahme an diesen Feierlichkeiten, die einen ganz klar nationalistischen Hintergrund haben, zu beschuldigen. Gerade in Kleinstädten macht die Polizei da keinen Unterschied zwischen AnarchistInnen und anderen protestierenden Gruppen.

Seit einem Jahr gibt es vermehrt willkürliche Razzien, bei denen unter anderem elektronische Geräte beschlagnahmt werden. Zwar führen sie meist nicht zu gerichtlicher Verfolgung. Trotzdem beeinflusst diese Taktik den Alltag der Betroffenen stark.

Nach den Protesten im März 2017 gegen das sogenannte Arbeitslosensteuergesetz [1] wurde zunächst niemand wegen Gewalt gegen PolizistInnen angezeigt. Ein knappes halbes Jahr nach den Protesten wurde eine Person verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Sie gehört zu dem Teil der einfachen weißrussischen Bevölkerung, der sich solidarisch mit den von Repression betroffenen AnarchistInnen bei den Protesten gezeigt hatte.

Seit letztem Jahr ist die Zahl der Repressionen angestiegen. Die Polizei versucht mehr Kontrolle über die AnarchistInnen auszuüben, um auf lange Sicht proaktiv gegen Proteste vorgehen zu können.

Nun mal etwas Positives – gibt es zurzeit anarchistische Projekte, die besonders aufregend sind?

► Seit über zehn Jahren gibt es hier Food Not Bombs, eine der wenigen anarchistischen Initiativen, die fortbestehen konnten und die es irgendwie schaffen, die Repressionen der Polizei abzuwehren. Und dann haben vor ein paar Jahren einige Menschen die »Free University« gegründet – eine Bildungsinitiative von AnarchistInnen für Leute, die sich für politische und soziale Themen interessieren. Einmal in der Woche öffnet die anarchistische Bibliothek, in der Bücher über Anarchismus ausgeliehen werden können, die kaum in Buchläden verkauft werden.

Nicht vergessen darf man auch die Gruppen, die sich mit dem Really Really Free Market-Konzept, also Umsonstläden, beschäftigen und damit jedes Mal hunderte von Menschen mit den verschiedensten Hintergründen zusammenbringen.

Das sind zwar kleine Initiativen, aber in Anbetracht der heftigen Repression schon ein Erfolg.

Wie können unsere LeserInnen die anarchistische Bewegung in Weißrussland und eure Arbeit für das ABC unterstützen?

Das ABC Belarus ist natürlich immer auf Spenden angewiesen. Weißrussland ist kein reiches Land, ein Monatsgehalt beträgt nur etwa 200 bis 450 Euro. Deshalb sind wir sehr abhängig von Unterstützung aus dem Ausland.

Abgesehen davon könnt ihr immer vorbeikommen und eine Weile bleiben. Die anarchistische Bewegung in Weißrussland braucht enthusiastische AktivistInnen. Aber wundert Euch nicht, wenn ihr nach ein paar Monaten des Landes verwiesen werdet.

Der Kampf gegen die Diktatur ist nicht nur ein Kampf gegen Lukashenko, sondern auch dafür, dass das Gleiche nicht auch in anderen Ländern passiert. Liberale Länder sind oft näher an autoritärer Herrschaft als sie denken. Von seinen Nachbarn zu lernen, kann der erste Schritt sein, dieser vorzubeugen.

Anmerkung

1 Nach dem »Dekret zur Vorbeugung der sozialen Anhängigkeit« vom April 2015 sollten Arbeitslose gezwungen werden, Abgaben an den Staat zu leisten, der tief in einer Wirtschaftskrise steckt. 2017 sollte das Gesetz in Kraft treten, wurde aber aufgrund massiver Proteste ausgesetzt. Im Januar 2018 wurde ein ähnliches Dekret verabschiedet. Zwar müssen Menschen, die weniger als 183 Tage im Jahr arbeiten, nicht mehr die im vorherigen Dekret festgelegten 240 US-Dollar abgeben, jedoch sollen sie für vom Staat subventionierte Leistungen aufkommen.

► *Das Interview führte und übersetzte aus dem Englischen die Anarchistische Gruppe Freiburg.*

Teilen, nicht herrschen

Anarchismus im anti- und postkolonialen Indien

Der Graswurzel-Anarchismus beruft sich bis heute auf Gandhi. Dieser hatte im antikolonialen Kampf nicht nur gewaltfreie Massenkampagnen initiiert, sondern auch anarchistische Modelle des Zusammenlebens. Was darüber hinaus kaum bekannt ist: In Indien existierte eine große Bandbreite anarchistischer Strömungen, und einige davon sind heute noch aktiv.

von **Lou Marin**

► Für Indien können im gesamten 20. Jahrhundert zwei Strömungen des Anarchismus unterschieden werden: Erstens ein Anarchismus europäischer und modernistischer Herkunft, der vor allem während der Phase der »Propaganda der Tat« und der illegalistischen Attentate bedeutend war. Diese Attentate wurden von nationalistisch ebenso wie libertär beeinflussten antikolonialen Revolutionären durchgeführt. Zweitens entstand in Indien ein mehr oder weniger autochthoner und indigener Anarchismus. Er war eher antimodernistisch und gewaltfrei ausgerichtet und wurde von Mohandas Karamchand Gandhi und seinen NachfolgerInnen geprägt.[1]

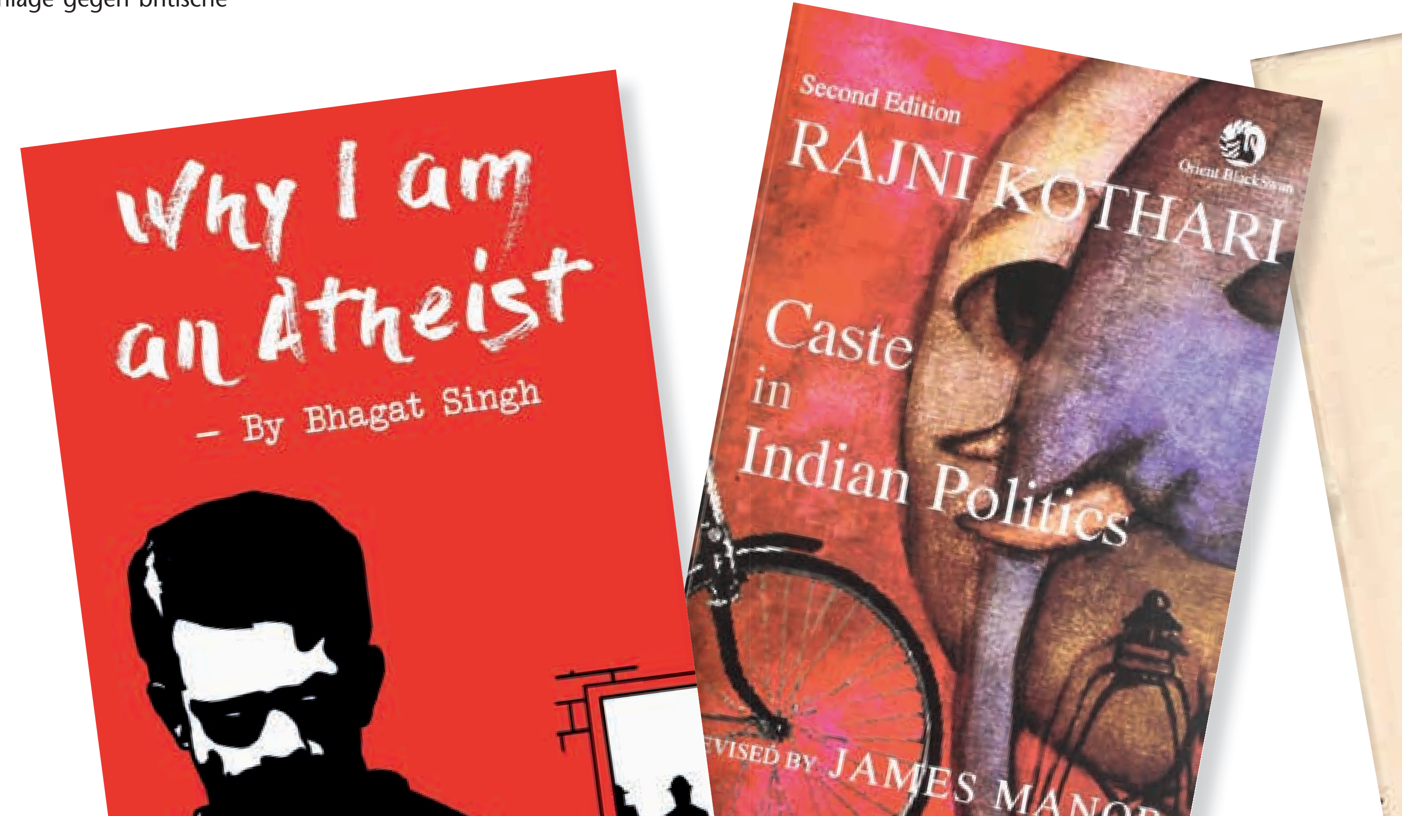
1905 hatte die britische Kolonialmacht willkürlich die Region Bengalen zweigeteilt, nach der bewährten Strategie des »teile und herrsche«. Dies führte zu einer illegalistischen (das hieß oft, aber nicht nur: Attentats-)Aktivität indischer StudentInnen aus den oberen Klassen, die ursprünglich zur Ausbildung für höhere Verwaltungsberufe nach London geschickt worden waren. Bekannt wurde dafür zunächst Aurobindo Ghose, der durch den Widerstand gegen die Teilung Bengalens politisiert worden war.[2] In London – und fast zeitgleich auch in Paris und Kalifornien – führte eine frühe Generation junger indischer AnarchistInnen Anschläge gegen britische Offiziere und Politiker durch, wie etwa das Attentat auf William Curzon-Wyllie 1909 in London. Der dabei gefasste Attentäter Abhinava Bharat wurde erhängt.

Bharat war ein Schüler von V.D. Savarkar, welchem die Flucht nach Paris gelang. Savarkar wurde später zum Mitbegründer eines faschistischen Hindunationalismus. Doch andere dieser Illegalisten, vor allem die Gruppe »Ghadar« (Revolte) in Berkeley mit Aktivisten wie Santok Singh und Har Dayal, blieben durchgängig von anarchistischen Theoretikern wie Michail Bakunin beeinflusst. Sie nahmen in den USA schon früh Kontakte zu den International Workers of the World (IWW) auf; dabei handelte es sich um eine anarchistisch orientierte Gewerkschaft prekärer ArbeiterInnen. Die Verbindungen des Netzwerks »Ghadar« weiteten sich nach Indien aus, besonders in die Region des Punjabs und die Stadt Lahore.

Propagandisten der Tat

► Im Punjab prägte der junge Atheist Bhagat Singh das letzte Kapitel dieser indischen Ausformung der »Propaganda der Tat«. 1928 schrieb er in einer Zeitung der dissidenten Strömung der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) mit Namen »Kirti« (Arbeiter) eine erste skizzenhafte Darstellung der anarchistischen Geschichte für indische LeserInnen. Darin rühmte er das Bombenattentat von Auguste Vaillant auf das Pariser Parlament im Jahre 1893.

Im Dezember 1928 wollten Bhagat Singh und seine Gruppe den britischen Polizeichef in Lahore töten, aber sie verwechselten das Opfer und brachten stattdessen seinen Assistenten um. Im April 1929 kopierten Singh und ein Genosse ihr Vorbild Vaillant und warfen zwei Bomben in das



indische Kolonialparlament in Delhi, was zu einigen Verletzten, aber keinen Toten führte. Singh wurde am Tatort verhaftet und im März 1931 durch den Strang hingerichtet. Weil er in seiner Gefängniszeit vor allem Lenin, Trotzki, Marx und Engels las und eine marxistisch-leninistische Schrift verfasste, in der er plötzlich den anarchistischen Individualismus kritisierte, der eine wichtige ideologische Quelle der anarchistischen Attentatspolitik gewesen war, wurde er posthum von der CPI vereinnahmt.

Eine Brücke zwischen beiden anarchistischen Traditionen schlägt der beeindruckende Lebenslauf des M.P.T. Acharya. Auch er begann seine politische Sozialisierung in Europa: in London, Paris und Berlin. 1919 wurde er in Folge der Oktoberrevolution überzeugter Parteikommunist und von Lenin von Moskau über Kabul nach Taschkent geschickt, wo er asiatische KommunistInnen organisieren sollte. Innerhalb der Kommunistischen Internationale bestand Acharya jedoch darauf, dass dort auch die AnarchosyndikalistInnen aufgenommen werden sollten. Nach dem Scheitern seiner Bemühungen musste er 1922 nach Berlin flüchten. Inzwischen war er selbst zum Anarchosyndikalisten geworden.

Gandhi wollte eine dezentralisierte Republik föderierter Dörfer

Acharya blieb zunächst in Europa und schrieb zum Beispiel von 1930 bis 1932 Artikel in der Zeitschrift »Die Internationale«, herausgegeben von der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA), der anarchosyndikalistischen Internationale. Darin thematisierte er die antikolonialen Massenbewegungen in Indien im Anschluss an den Salzmarsch. Hier kritisierte er Gandhi aus anarchistischer Sicht, erkannte aber den revolutionären Charakter der Bewegung an. Nach 1935 kehrte Acharya nach Indien zurück und vollzog eine ideologische Kehrtwende hin zum Gandhianismus.

1940 übersetzte er das Hauptwerk des deutschen Anarchisten Rudolf Rocker, »Nationalismus und Kultur«, ins Hindustani und tat sich mit dem libertär-sozialistischen Verleger Lovtala zusammen. Beide waren stark beeindruckt von der dritten großen antikolonialen Massenkampagne Gandhis, der »Quit-India«-Bewegung 1942. Acharya wurde Sekretär des von Lovtala gegründeten Instituts für Soziologie und arbeitete bis zu seinem Tod 1954 als Journalist für die gandhianische Zeitschrift »Harijan«.[3]

Gandhis »aufgeklärte Anarchie«

► Eine sehr eigenständige autochthone anarchistische Strömung der antikolonialen und postkolonialen Bewegung in Indien wurde durch Gandhi selbst geprägt. Dass Gandhi sich mehrfach explizit als Anarchist bezeichnete, ist bis heute weitgehend unbekannt – oder es wird von einer ideologisch anders geprägten Linken, der das nicht ins Konzept passt, bewusst negiert. Zuerst geschah das in einer Aufsehen erregenden Rede zur Einweihung der ersten indischen Universität in Benares 1916. Dort verursachte Gandhi einen Skandal, und seine Rede wurde abgebrochen nach dem Statement: »Ich selbst bin Anarchist, aber von einer anderen Art« (wie die anarchistischen Terroristen).[4] Er wiederholte diese Selbstpositionierung unter anderem im Jahr 1939, als er anstelle eines kommenden indischen Nationalstaats sein antikoloniales Gesellschaftsziel als »aufgeklärte Anarchie« bezeichnete.

Bereits in seinen frühen Londoner Studienjahren zu Beginn des 20. Jahrhunderts besuchte er Peter Kropotkin in dessen Haus und las dessen 1902 erschienenes Buch »Mutual Aid« (Gegenseitige Hilfe). Außerdem war Gandhi stark beeinflusst von Henry David Thoreau und Leo Tolstoi, mit dem er auch einen Briefwechsel führte. Doch noch mehr als aus diesen westlichen Kontakten und Quellen formte er seine Überzeugungen aus indisch-indigenen philosophischen Traditionen. Daher rührte auch sein Rückgriff auf in der Bevölkerung verbreitete Begriffe wie »ahimsa« (Nicht-Gewalt) oder »satyagraha« (wörtlich: Festhalten an der Wahrheit; Begriff für gewaltfreie Aktion).[5] Innerhalb dieser Tradition bekämpfte er jedoch die alteingesessenen Werte des Patriarchats und der Kriegerkaste der Kshatriya, der zweithöchsten Kaste im Kastensystem.

In den gandhianischen Kommunen seiner Zeit, den Ashrams, vermischte er konzeptionell und praktisch Hindus aller Kasten ebenso wie Kastenlose, Muslime, Sikhs, Juden, Christen und »Adivasis« (ursprüngliche BewohnerInnen Indiens). Beteiligt waren auch viele Feministinnen, von Sonja Schlesin bis Sarojini Naidu. Praktisch vorgelebt wurden dort interkommunitäre Heiraten zwischen unterschiedlichen Kasten oder zwischen Muslims und Hindus, ebenso wie das gemeinsame Essen aller Hindu-Kasten mit Kastenlosen. Gandhi war mit diesen Gemeinschaftsexperimenten seiner Zeit weit voraus.

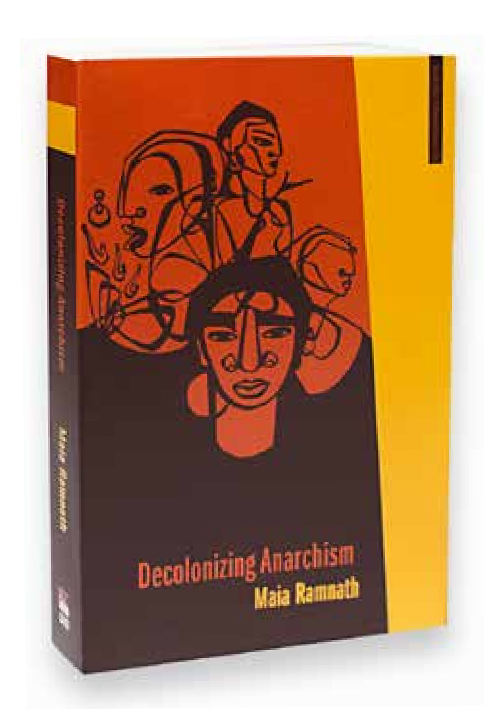
Es ist daher historisch irreführend, wenn die Schriftstellerin Arundhati Roy Gandhi Rassismus oder eine Verteidigung des Kastensystems vorwirft. Früher war Roy Befürworterin von Massenaktionen wie dem Salzmarsch innerhalb globalisie-



rungskritischer Sozialforen, jüngst wandte sie sich dem maoistischen Naxalismus und B.R. Ambedkar zu. In der Regel wird bei solchen Vorwürfen aus interessierten linken Kreisen die emanzipative Evolution der politischen Überzeugungen Gandhis negiert. Tendenzen zur Verteidigung des Kastenwesens mag es zu Gandhis südafrikanischer Zeit noch gegeben haben. Sie waren dem dortigen reformistischen Kampf für die Gleichstellung der indischen Minderheit innerhalb des Empire geschuldet. Diese Tendenzen weichten jedoch schon dort auf und kehrten sich im indischen antikolonialen Kampf von 1919 – 1947 geradezu um.[6]

Seit der Unabhängigkeit Indiens 1947 förderte Ministerpräsident Jawarhalal Nehru den Aufbau eines industriekapitalistischen Nationalstaats. Das stand im Gegensatz zu Gandhis Vorstellungen von einer dezentralisierten Republik föderierter Dörfer; zudem strebte Gandhi nie ein staatliches Amt an. Seither entwickelte sich eine große Bandbreite anarchistischer Interpretationen von Gandhis Denken. In Indien sind zu nennen Adi H. Doctor, Nirmal Kumar Bose, Ashis Nandy und andere. Auf internationaler anglophoner Ebene befassten sich etwa Geoffrey Oostergaard, Melville Currell, George Woodcock oder Peter Marshall damit.

Einer von Gandhis Nachfolgern, Vinobha Bhave, beeinflusste direkt André Bernard, einen bedeutenden gewaltfreien Anarchisten französischer Sprache und Kriegsdienstverweigerer des Algerienkrieges. Der wichtigste postkoloniale Aktivist und die prägende Person der Massenbewegung gegen die Diktaturtendenzen und den Notstand Indira Gandhis in den 1970er Jahren wurde der Gandhianer Jaya Prakash Narayan. Er propagierte eine »totale Revolution« und erreichte 1977 immerhin die Rücknahme des Notstands.[7]



Maoistisch oder libertär?

► In den 1980er Jahren trat in Indien eine neue Generation Intellektueller auf, die das Entwicklungsmodell kritisierten, das von der kapitalistischen und neokolonialen Ideologie des Westens propagiert wurde. Reproduziert wurde dieses aber auch vom Staatssozialismus der Sowjetunion, dem wichtigsten strategischen Bündnispartner Indiens. Die Kritiken daran wurden formuliert von Ashis Nandy, Partha Chatterjee und Ranajit Guha. Der libertäre Interpret Gandhis, Ashis Nandy, war gleichzeitig Mitbegründer der Postcolonial Studies, während Partha Chatterjee und Ranajit Guha ihre Subaltern Studies auf einen dissidenten Marxismus stützten, der die eigenständigen Entscheidungen der ArbeiterInnen sowie Bauern und Bäuerinnen in den anti- und postkolonialen Kämpfen betonte.[8]

Die anarchistischen AktivistInnen wurden in den letzten Jahrzehnten jedoch eher marginalisiert, und zwar durch maoistische Organisationen des bewaffneten Kampfes, die aus der Naxaliten-Bewegung der 1960er Jahre hervorgingen. Die bedeutendste dieser Organisationen war das Maoist Communist Centre (MCC), das sich ab 2004 CPI/Maoist nannte. Weil der Maoismus dem anarchistischen Aktivismus den direkten Weg zur Arbeiter- und Bauernbewegung versperrte, entstanden neue libertäre Tendenzen unerwarteter Weise eher aus den Initiativen für Menschenrechte. Diese standen in ständiger Diskussion mit den MaoistInnen, weil Letztere diese Initiativen weitgehend unterwanderten und dahingehend vereinnahmten, dass Menschenrechte nur für den Produktionsbereich gelten sollten.

Es war Kandalla Balagopal, der sich 1997 von diesen maoistisch gewordenen Menschenrechtsgruppen trennte und die People's Union for Democratic Rights (PUDR) gründete. Die PUDR kritisierte alle Menschenrechtsverletzungen, auch wenn sie von maoistischen Gruppen begangen wurden. Balagopal begann in dieser Zeit auch, Klassenanalysen mit Analysen zu Herrschaftsstrukturen wie Gender, Kasten und religiöser Gewalt zu verbinden. Letztere nennt sich in Indien »Kommunalismus« und führte regelmäßig zu religiösen Pogromen, oft gegen MuslimInnen, und war eine Strategie des Aufstiegs der heutigen hindunationalistischen Regierungspartei BJP.

Balagopal unterstützte außerdem Tendenzen für regionale Autonomien gegen die Zentralgewalt in Delhi. Gegenüber dem rechten Flügel der Bewegung für Menschenrechte kritisierte Balagopal wiederum die sehr verbreitete PIL-Strategie (Public Interest Litigation). Sie besteht aus dem Versuch, Klageverfahren über den staatlichen Justizapparat, der in Teilen noch als unabhängig wahrgenommen wurde, für emanzipative Ziele zu benutzen. Balagopal meinte jedoch, eine solche Strategie würde notwendig an den Interessen einer »Richter-Klasse« scheitern.

Balagopal gab sich innerhalb der Bewegung nicht mit der Behauptung zufrieden, es gebe »keine Menschenrechtsverletzungen mit einer ‚gerechten Persönlichkeit' an den Hebeln der Macht«. Seine Kritik galt nicht nur den Möchtegern-Diktatoren der Rechten, sondern auch den kleinen kommunistischen Diktatoren, »die heute über eine lokale Gemeinschaft herrschen und das nur als Vorspiel für ihren weiteren Machtaufstieg« auf nationaler Ebene begreifen. Jogin Sengupta, der ebenfalls aus den libertären Menschenrechtsgruppen kam, engagierte sich als Anarchist zusammen mit Exil-TibeterInnen gegen Chinas Unterdrückung der Aufstände in Tibet.

Aus den maoistischen Guerillagruppen stiegen immer wieder AktivistInnen aus, die eine freiheitlichere Perspektive einnahmen und sich an neuen sozialen und ökologischen Kämpfen beteiligten. Zwischen 1980 und 2000 war die SMD (Shramik Mukti Dal, Liga für Arbeiterbefreiung) ein solches Sammelbecken. Deren AktivistInnen Bharat Patankar und Gail Omvedt kämpften in ländlichen Gebieten des Bundesstaates Maharashtra gegen den Bau eines großen Staudammes, dessen Opfer vor allem Dalits waren. In ihr Widerstandskonzept integrierten sie alternative Formen der Landwirtschaft, ökologische Maßstäbe wie egalitäre Wasserverteilung und alternative Gesundheitsdienste. Im Manifest der SMD wird »eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung auf der Basis einer ausgeglichenen Ökologie« gefordert.

Die Bewegung gegen Großstaudämme umfasste auch die Bewegung zur Rettung der Narmada, die Narmada Bachao Andolan. Sie kämpfte von 1985 bis zur Einweihung des wichtigsten Großstaudamms 2017 gegen rund hundert Staudämme entlang des Flusses Narmada, der durch die Bundesstaaten Gujarat, Madhya

Pradesh und Maharashtra fließt. Mindestens 250.000 Menschen wurden dafür enteignet und umgesiedelt, zumeist Adivasis. Die Bewegung, die immerhin manchmal erreichte, dass die Höhe von Staumauern gesenkt wurde oder einzelne Dämme nicht gebaut wurden, ist von bekannten AktivistInnen und SchriftstellerInnen unterstützt worden, darunter Medha Patkar, Baba Amte, Vandana Shiva und Arundhati Roy.[9] Diese neuen sozialen und ökologischen Bewegungen bekamen auch Unterstützung von libertär orientierten Intellektuellen aus dem Wissenschaftsbereich, wie vom Netzwerk Lokayan (Dialog mit der Bevölkerung) um Rajni Kothari.

Das alles bedeutet nicht, dass diese sozialen Bewegungen im Ganzen anarchistisch orientiert gewesen wären. Gail Omvedt kritisierte etwa autoritäre Tendenzen innerhalb der Dalit-Bewegung. Diese beruft sich auf das Erbe ihres Gründers B.R. Ambedkar, der als Vater der Verfassung und erster Justizminister des unabhängigen Indien keineswegs libertär war.

Die kommende Anarchie

► Auch in den jüngsten Jahren des rasanten Aufstiegs der hindunationalistischen Partei BJP organisierten sich diese ökologischen und sozialen Bewegungen und Initiativen jenseits der marxistisch-leninistisch-maoistischen Parteien im indienweiten Verband der NAPM (National Alliance of People's Movements). Diese wiederum bildete Netzwerke mit der weltweiten Bewegung für eine andere Globalisierung und beteiligte sich an der von den Zapatistas initiierten People's Global Action. Aktiv war sie auch in den Prozessen um die weltweiten Sozialforen, von denen eines der wichtigsten 2004 in Mumbai stattfand.

Die Kritik galt auch den kleinen kommunistischen Möchtegern-Diktatoren

In Mumbai wurde der Mitorganisator Jai Sen vom Indian Institute for Critical Action: Centre in Movement bekannt als jemand, der das Konzept des »Open Space« als Form der Basisorganisierung anstelle von Parteien propagierte. Er verbreitete das Schlüsselwort vom »Networking« als horizontal zu knüpfende soziale Beziehungen unter AktivistInnen weltweit, auch durch Reisen und gegenseitige Besuche.

Die neueste Entwicklung war Anfang 2017 die Gründung einer Indian Anarchist Federation (IAF). Sie unterhält eine Seite auf Facebook sowie einen Blog unter dem Namen »The Coming Anarchy«. Sie publiziert außerdem eine Zeitung in Papierform, »Azadi« (Freiheit), die im Dezember 2017 eine Sonderausgabe zu »Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft« des indischen Anarchismus veröffentlichte, deren Hauptartikel den Titel »Acharya, Singh and Gandhi« trägt.[10] Die Föderation scheint offen zu sein für die verschiedenen Strömungen des Anarchismus und versucht besonders, Verbindungen zur neuen indischen Frauenbewegung herzustellen, die angesichts einer Gruppenvergewaltigung in einem Bus in Delhi im Dezember 2013 erstarkte.

In den ersten Monaten 2018 umfassten die auf der Website aufgeführten Aktivitäten der IAF zum Beispiel »Anarchist Reading Groups« in Bhopal und Delhi, die anarchistische Klassiker lesen, sowie antifaschistische Aktionen in Indien. Berichtet wurde von einer Solidaritätsdemo für hungerstreikende Gefangene in Kalikata (Calcutta) und vom Widerstand gegen ein Regierungsprojekt zur Erfassung biometrischer Daten, dessen Umsetzung für Millionen Menschen den Ausschluss von sozialen Dienstleistungen bedeutet. Für die Veranstaltungsreihe »Was ist Anarchosyndikalismus?« wurde von der IAF ein Genosse aus Australien eingeladen und tourte durch Indien. Überhaupt existieren viele internationale Kontakte, und Exil-InderInnen mit libertären Sympathien beteiligen sich an den Diskussionen.

Anmerkungen

1 Alle Informationen in diesem Text, soweit nicht anders angegeben, stammen aus: Maia Ramnath: Decolonizing Anarchism. An Antiauthoritarian History of India's Liberation Struggle. Oakland/Edinburgh 2011

2 In der zweiten Hälfte seines Lebens wandelte Aurobindo Ghose sich zum spirituell-autoritären Guru für westliche AussteigerInnen (Auroville).

3 »Kinder Gottes«; früher war dies ein aufwertender Name für »Unberührbare«. Später setzte sich dafür der von B.R. Ambedkar geprägte Begriff »Dalit/Paria« durch.

4 Die deutsche Übersetzung dieser Rede steht in: Graswurzelrevolution, Nr. 225, Januar 1998, graswurzel.net/225/gandhi.shtml

5 Zur indigenen Tradition bei Gandhi gibt es viele Studien, siehe vor allem: Michael Blume: Satyagraha. Wahrheit und Gewaltfreiheit, Yoga und Widerstand bei Gandhi. Gladenbach 1987

6 Siehe zur genaueren Auseinandersetzung mit der Gandhi-Kritik von A. Roy: »Arundhati Roys Angriff trifft den Falschen!«, in Graswurzelrevolution, Nr. 393, November 2014, graswurzel.net/393/roy.php . Noch ausführlicher zu diesen bereits sehr alten Vorwürfen siehe: B.R. Nanda: Gandhi and his Critics. Oxford University Press, Delhi u.a. 1985

7 Siehe Ajit Bhattacharjea: Jayaprakash Narayan. A Political Biography. Delhi 1978; oder Geoffrey Ostergaard/ Melville Currell: The Gentle Anarchists. Oxford 1971

8 Siehe Ranajit Guha (Hg.): Subaltern Studies. Writings on South Asian History and Society. Insges. 11 Bde., Delhi ab 1982

9 Zur Geschichte des Kampfes um die Narmada siehe: Ulrike Bürger: Staudamm oder Leben! Indien: Der Widerstand an der Narmada. Heidelberg 2011

10 Alle Ausgaben sind leicht zu finden unter https://libcom.org

---

► **Lou Marin** ist Mitglied des HerausgeberInnenkreises der »Graswurzelrevolution«. Er ist Autor und Übersetzer von Büchern über Ashis Nandy, Albert Camus, Simone Weil, Martin Buber, Rirette Maîtrejean sowie die gewaltfreie Massenbewegung in Syrien 2011 – 2013 und den libertären sudanesischen Koran-Interpreten Mahmud Taha.

»Widersetzen und dabei glücklich sein«

Interview mit der anarcha-feministischen Gruppe Mujeres Creando aus Bolivien

iz3w: *Wie ist die Gruppe entstanden?*

► 1992 wurde Mujeres Creando von drei Frauen in Bolivien gegründet. Nicht nur in Bolivien, sondern auch in anderen Ländern hatten zuvor viele NGOs die Rolle der Repräsentation der Frauen übernommen. Sie haben die Öffentlichkeit für sich beansprucht und sich als Erlöser präsentiert – im Namen der Frauen. Gerade für Frauen zeichneten sich damals unsichere Zeiten ab, denn die machthabenden Regierungen waren und sind in Korruptionsaktivitäten verwickelt. Wir haben uns als Anklage und Widerstand gegen das machistische, korrupte, gewaltvolle und homophobe soziale System zusammen getan. Eine feministische Bewegung muss auf dem Pfad des Widerstandes entstehen, ohne um Erlaubnis zu fragen oder unter irgendeiner Vormundschaft zu stehen. Deswegen arbeiten wir autonom, also unabhängig von politischen Parteien, Institutionen und NGOs.

> »Wir kämpfen frech, respektlos, hysterisch und sündig«

Wieso ist es wichtig, die Frauen in Bolivien zu unterstützten? Wie ist ihre aktuelle Situation?

► Wir stellen den positiven Wandel, den die Regierung propagiert, in Frage. Wie viele neue Arbeitsplätze gibt es für Frauen? Wie viele Feminizide[1] wurden seit der Einführung des Gesetzes 348 im Jahr 2013/2014, das Frauen vor Gewalt schützen soll, aufgeklärt? In einem korrupten System wie dem bolivianischen sind vor allem Frauen vermehrt Gewalt ausgesetzt und von Armut betroffen. Auch die Justiz ist in Korruption verwickelt. Jeden Tag gibt es mehr Fälle von Gewalt, von geschlagenen und getöteten Frauen, von Feminiziden. Die RichterInnen und AnwältInnen rechtfertigen das Nicht-Rechtfertigbare und dadurch werden die Täter am Ende zu Opfern.

Es gibt keine Arbeitsplätze für Frauen, keine Gesundheitsversorgung, keine würdigen Lebensbedingungen. Aber es werden sieben Millionen Dollar für den Bau eines Museums über das Leben und den politischen Werdegang des aktuellen Präsidenten Evo Morales ausgegeben.

Schwangere erhalten mittlerweile während der Schwangerschaft und bis zum zweiten Lebensjahr des Kindes ein Zusatzgehalt von ungefähr 190 Euro. Diese Regelung wurde eingeführt, um der hohen Kinder- und Müttersterblichkeitsrate entgegen zu steuern und wirkt auf den ersten Blick vielleicht progressiv. Allerdings wird es nicht pro Familie, sondern pro Mutter ausgezahlt, was heteronormative Rollenbilder verstärkt. Zudem ist es an Bedingungen geknüpft. Uns wird erzählt, wir sollten frühzeitige Schwangerschaften vermeiden. Gleichzeitig sind Schwangerschaftsabbrüche nur



Foto: mujerescreando.org

La Virgen de los Deseos, das kulturelle Café von Mujeres Creando in La Paz

aus gesundheitlichen Gründen möglich. Wir werden also nicht nur in das Korsett der Mutterschaft gezwängt, sondern uns werden eigene Entscheidungen über unsere Sexualität verweigert.

Die Gewalt gegen Frauen, die Objektivierung von Frauenkörpern, die Halsabschneiderei der Banken, die weiterhin Blasen der Illusion in Form von Mikrokrediten an Frauen verkaufen, die Korruption, Schulen ohne sexuelle Aufklärung, sexualisierte Übergriffe auf der Straße – all das können und wollen wir nicht länger hinnehmen.

Zusammengefasst sind viele bolivianische Frauen täglich mit Machismus, Klassismus, Gewalt, Sexismus und Armut konfrontiert. Wir leben in komplizierten Verhältnissen, denn wir leben unter einer Regierung, die sich mithilfe eines Verfassungsreferendums im Jahr 2016 eine vierte Amtszeit bescheren wollte. Deswegen kämpfen wir jetzt mehr denn je und leisten Widerstand. Wir haben die Lust, es unseren Gegnern zu vermasseln, nicht verloren. Nicht umsonst sagt eins unserer Graffiti: »Widersetzen und dabei glücklich sein«.

Was ist euer Verständnis von Anarchafeminismus?

► Man findet unsere Idee nicht auf dem Schreibtisch oder auf Papieren. Vielmehr sind wir auf der Straße und im Alltäglichen. Unsere Positionierung spiegelt sich nicht in Slogans des 8. März oder des 25. November wieder. Genauso wenig passen wir in Workshops zur Stärkung des Selbstbewusstseins oder in die UNO-Solidaritätskampagne zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit »HeForShe«, die es im März 2018 in Bolivien gab. Wir lassen uns in unserer Arbeit nicht durch Frauenrechte, Geschlechtergleichheit und dem Empowerment der Frau einschränken. Denn diese Diskurse wurzeln im Neoliberalismus, der überall auf der Welt versucht, den feministischen Kampf für sich einzunehmen und zu verdrehen.

Wir hinterfragen die Politik, die im Namen der Frauen betrieben wird. Wenn behauptet wird, dass sich die Situation von Frauen verändert oder sich die Regierung beispielsweise damit schmückt, dass es jetzt eine fünfzigprozentige Beteiligung von Frauen in der Politik gäbe. Auch das Gesetz 348, das Frauen vor sexualisierten Übergriffen schützen soll, stellt für uns lediglich ein weiteres bürokratisches Machtinstrument dar. Wir widersetzen uns diesem sozialen Imperativ, der uns vorschreibt, welche Rolle wir einnehmen sollen.

»Eine feministische Bewegung muss auf dem Pfad des Widerstandes entstehen«

Selbstverwaltung ist für uns essentiell. Wir wollen konkrete, unabhängige Politik betreiben. Die herrschende Politik hat sich unsere Kämpfe teilweise angeeignet und sie dabei sinnentleert. Wir wollen ihnen wieder Bedeutung verleihen! Arbeitsverhältnisse zwischen UnternehmerInnen und ArbeiterInnen sind Teil einer patriarchalen Struktur. Diese Beziehungen müssen wir dekonstruieren, weil sie uns spalten. Deswegen organisieren wir uns horizontal und aus dem Alltäglichen heraus und übernehmen verschiedene Aufgaben und Verantwortungen.

Wir sind eine sehr heterogene Gruppe, eine Allianz aus Frauen unterschiedlichen Alters aus verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Kontexten. Wir wollen weder nur in unseren eigenen vier Wänden agieren, noch uns »nur« als Gruppe von FreundInnen verstehen. Der Kampf besteht darin, sich zu treffen und zusammen zu arbeiten, um Rassismus und Klassismus aufzubrechen. Wir wollen, dass die sozialen Strukturen, die zwischen Verbotenem und Nicht-Verbotenem unterscheiden, Risse bekommen und kämpfen dabei frech, respektlos, hysterisch und sündig.

Wie arbeitet ihr? Welche Projekte habt ihr?

► Wir betreiben beispielsweise das Internetradio Radio Deseo. Es richtet sich an HörerInnen in Bolivien, aber auch international und geht dabei über die Grenzen des Akademischen hinaus. Dort gibt es Platz für Diskussionen zu politischen Themen, wie die Entwicklungen bei den jährlichen Zusammenkünften von Arbeiterinnen in La Paz und Santa Cruz. Aber auch anderen Frauenthemen wird Raum gegeben, wie beim Magazin »Liste der unverantwortlichen Eltern« zu Elternschaft und Schwangerschaftsabbruch.

Mujeres Creando versucht die Realität von Frauen im Alltäglichen sichtbar zu machen. Dazu gehören Aktionen auf der Straße wie Demos und Infostände. Mit Graffiti wollen wir unbequeme Präsenz im öffentlichen Raum und in diesem erdachten Sozialgefüge zeigen.

Wichtig ist vor allem, dass die Frauen sich organisieren und aus der Rolle der guten Mutter und der schönen Frau ausbrechen können. Die Virgenes, kulturelle Cafés in Santa Cruz und La Paz, sind wichtige Vernetzungsorte, an denen sich immer wieder neue Gruppen gründen. Von dort aus vertreten wir ganz offen unsere Positionen zu verschieden gegenwärtigen Themen. Wir bieten Beratungen zu Schwangerschaftsabbrüchen und Workshops für sexuelle Aufklärung an Schulen, in Stadtvierteln und Tageseinrichtungen für Kinder an. Momentan bilden wir zudem Trainerinnen für Selbstverteidigung aus, die überall in Bolivien Mädchen und Frauen beibringen sollen, ihr Leben zu verteidigen.

Gibt es Menschen, die euch einschüchtern wollen?

► Seit unserer Gründung kritisieren wir Rassismus, noch bevor die bolivianische Regierung ein Gesetz gegen Rassismus und alle Arten von Diskriminierung erließ. Homophobie fällt dabei aber scheinbar unter den Tisch, was wir kritisieren. Bei unseren Aktionen zu diesem Thema im Jahr 2016 erfuhren wir Repression von der Polizei und dem Abgeordneten der Regierungspartei MAS (Movimiento al Socialismo) Roberto Rojas, der Homosexuelle als »mental Kranke« bezeichnete.

Es ist schwer, mediale Präsenz zu erlangen, weil die Medien sehr regierungsnah sind. Etwas in Frage zu stellen ist nicht erlaubt. Der Journalismus in Bolivien wird nach Lust und Laune vom Regierungsapparat vorgegeben. Die autonome feministische Bewegung widersetzt sich dieser politischen Einschüchterung, indem sie auf andere Formen der Meinungsäußerung setzt. In unserer unregelmäßig erscheinende Zeitschrift »mujer pública« und anderen Materialien machen wir auf Themen wie Schwangerschaftsabbruch, familiäre Hilfe, Sexualität, Mutterschaft, Gewalt und Homophobie aufmerksam. Bei Radio Deseo machen wir Debatten sichtbar und sprechen mit Menschen aus verschiedenen sozialen Sektoren: Hausfrauen, Frauen, die von machistischer Gewalt betroffen sind, Frauen, die ohne Arbeitgeber arbeiten, Schriftstellerinnen, Sexarbeiterinnen, etc.

► *Mehr Infos zu Mujeres Creando und ihre politische Arbeit unter: http://mujerescreando.org/*

Anmerkungen

1 Feminizid oder Femizid beschreibt die Tötung von Menschen wegen ihrer (scheinbaren) Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht

---

► *Das Interview führte und übersetzte aus dem Spanischen Theresa Weck.*

Vom Barangay zum Infoladen

Der philippinische Anarchismus ist gut verankert

Die anarchistische Bewegung in den Philippinen ist eine der aktivsten des Globalen Südens. Libertäre Einflüsse haben dort eine lange Tradition. Nationalhelden wie Lapu-Lapu und Rizal gelten als anarchistisch geprägt und die Szene ist vielfältig. Im Vordergrund steht die Praxis.

von **Gabriel Kuhn**

► Zu meiner ersten Begegnung mit einem Anarchisten aus den Philippinen kam es im Jahr 2006 in einem Infoladen in Tokio. Jong Pairez war Absolvent einer philippinischen Kunsthochschule mit großem Interesse am Philosophen Gilles Deleuze. Für seinen Lebensunterhalt räumte er Regale in einem Supermarkt ein: Arbeitsmigration in Asien.

Wenige Wochen später kam ich am Flughafen Manilas an. Freunde von Jong holten mich ab und stellten ihre Projekte vor. Diese entsprachen einer weltweit erstaunlich einheitlichen anarchistischen Subkultur: Infoläden wurden aufgebaut, Blogs eingerichtet, Publikationen geplant und Konferenzen organisiert. Dazu gab es Food-Not-Bombs-Gruppen, die Essen verteilten, und eine rege Anarcho-Punk-Szene. Letztere betrieb gerade eine Anti-Repressionskampagne, die auch internationale Aufmerksamkeit erregte: Bei den »Sagada 9« handelte es sich um junge Punks, die nach einem Festival im Hochland Luzons als Verdächtige eines Guerillaangriffs festgenommen, gefoltert und angeklagt wurden. Es dauerte ein Jahr, bis sie wieder auf freien Fuß kamen.

Bekannte, die 2011 in die Philippinen reisten, initiierten für Cris, den Betreiber des Infoladens Etniko Bandido in Manila, eine Vortragsreise in Deutschland. Sie wurde unterstützt von der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) und anarchistischen Gruppen. Rückblickend fasst Cris seine Eindrücke so zusammen: »Die Privilegiertheit Europas lässt sich an den Themen ablesen, die in der radikalen Linken diskutiert werden: Zu Antifaschismus und Critical Whiteness gesellen sich intellektuelle Ausführungen zu Arbeitsverhältnissen oder Geschlechtsidentität. Armut und Hunger sowie der Kampf um grundlegende Bürgerrechte haben keine besondere Relevanz. Die Leute haben viel Zeit, sich theoretischen Auseinandersetzungen zu widmen. Für uns steht die Praxis im Vordergrund. Wir müssen uns immer die Frage stellen, welche Konsequenzen unsere Aktivitäten haben.«

Junger Punk-Rock und alte Nationalhelden

► International bekannt wurden anarchistische Einflüsse auf das politische Denken in den Philippinen – vor allem im Kontext der Unabhängigkeitsbewegung – durch Benedict Andersons Buch »Under Three Flags: Anarchism and the Anti-Colonial Imagination«. Anderson konzentriert sich dabei auf die Rolle historischer Freiheitskämpfer wie José Rizal und Isabelo de los Reyes. Für die gegenwärtige anarchistische Bewegung in den Philippinen sind freilich andere Themen bedeutender: neben Punk-Rock die »Bewegung der Bewegungen« der 2000er Jahre und die Abgrenzung zu den marxistischen Gruppierungen, die die Linke in den Philippinen lange Jahre prägten, allen voran die Kommunistische Partei und ihr militärischer Arm, die Neue Volksarmee. Von großer Bedeutung sind auch die philippinische Diaspora, das hohe Bildungsniveau und die Verwendung von Englisch als Lingua franca. Dabei gibt es starke internationale Einflüsse, vor allem aus den USA.

Auseinandersetzungen mit anarchistischen Institutionen des Globalen Nordens scheuen die philippinischen GenossInnen jedoch nicht. Als das Institute for Anarchist Studies (IAS) im Jahr 2007 dem Journalisten Noel Barcelona ein Stipendium verlieh, um über den Anarchismus in den Philippinen zu schreiben, protestierten sie. Barcelona sei ein autoritärer Linker. Das IAS war peinlich berührt.

> »Die Menschen sind auf der Suche nach unabhängigen politischen Kräften«

Bas Umali ist gewissermaßen das theoretische Sprachrohr der philippinischen AnarchistInnen. Sein 2007 erschienener Text »Archipelagic Confederation: Advancing Genuine Citizens' Politics through Free Assemblies and Independent Structures« ruft zur Aushöhlung des philippinischen Nationalstaates auf. Dieser soll durch eine Konföderation autonomer Gemeinden ersetzt werden. Der Text wurde von Robert Graham in den dritten Band seiner umfangreichen Anthologie »Anarchism: A Documentary History of Libertarian Ideas« aufgenommen.

Umali bezieht sich sehr positiv auf die barangay, die traditionellen Dorfgemeinschaften der Inseln, die heute die Philippinen bilden. Er beschreibt diese als unabhängig, demokratisch und naturverbunden. Dies erinnert stark an die Romantisierung vorindustrieller Gesellschaften, wie sie im sogenannten Anarcho-Primitivismus der 1990er Jahre populär wurde. Es passt also ins Bild, dass es in jüngeren Jahren eine Zusammenarbeit zwischen philippinischen AnarchistInnen und der Deep Green Resistance gab: einem umstrittenen Netzwerk radikaler Öko-AktivistInnen rund um »Endgame«-Autor Derrick Jensen. Umali stören Vorwürfe der Romantisierung nicht: »Indigene Gesellschaften sind nicht perfekt, aber weit weniger zerstörerisch als Staaten, Konzerne und Kirchen, die Macht zentralisieren und für Kriege, Ausbeutung, Umweltzerstörung, Hunger und Armut verantwortlich sind. Indigene Gesellschaften sind höher entwickelt als moderne, weil sie nachhaltiger sind.« So ist der philippinische Nationalheld Lapu-Lapu, der Anfang des 16. Jahrhunderts den ersten dokumentierten Aufstand gegen die spanischen Kolonialherren anführte, auch bei AnarchistInnen äußerst beliebt.

Manila ist das Zentrum der anarchistischen Bewegung in den Philippinen, diese ist aber keineswegs auf die Hauptstadt beschränkt. Anarchistische Kollektive gibt es auch in Davao, Cebu, Lucena und anderen Städten. Im Rahmen des Local Autonomous Network



Die bunte Welt der Schwarzen Blöcke

Foto: itsgoingdown.org

(LAN) stehen sie in regem Austausch miteinander. Eines der bemerkenswertesten Projekte der letzten Jahre ist die Mobile Anarchist School: ein Fahrradanhänger voller Bildungsmaterialien, mit dem AnarchistInnen durch Armenviertel ziehen. Dort installieren sie auch Solaranlagen. Die Verbindung sozialer und ökologischer Themen sind AnarchistInnen in den Philippinen sehr wichtig. Sie engagieren sich in Kampagnen wie 350.org, die sich gegen die Anwendung fossiler Brennstoffe richtet und alternative Energiequellen fördert.

Nachdem die beiden Taifune Yolanda 2013 und Vinta 2017 schwere Schäden verursacht hatten, organisierten AnarchistInnen von LAN Kinderbetreuung sowie die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten in die betroffenen Gebiete. Eine Tätigkeit, die an eines der einflussreichsten anarchistischen Projekte der letzten 20 Jahre erinnert: Nach den vom Hurrikan Katrina 2005 ausgelösten Überschwemmungen war das basisdemokratisch organisierte Common Ground Relief viele Monate lang das wichtigste Solidaritätsprojekt in New Orleans.

Viele Projekte und nicht so viele Frauen

► Zur gegenwärtigen Lage der anarchistischen Bewegung in den Philippinen sagt Infoladenbetreiber Cris: »Wir sind wenige und unser Einfluss ist beschränkt. Aber es gibt immer mehr Menschen, die nicht nur mit den Herrschenden unzufrieden sind, sondern auch den Glauben an die ‚progressive' Opposition verloren haben. Die Menschen sind desillusioniert und auf der Suche nach unabhängigen politischen Kräften. Das macht auch unsere Arbeit für sie interessant.«

Ein Artikel auf CNN Philippines vom September 2017 bestätigt dies. Unter dem Titel »The Anarchists Making a Difference in Philippine Society« werden fünf Anarchisten, darunter Bas Umali, porträtiert. Dies durchaus wohlwollend. Die Autorin des Artikels, Portia Ladrido, gelangt zu dem Schluss: »Die Anarchisten mögen unterschiedliche Ideologien vertreten, aber sie teilen einige grundlegende Prinzipien: die Fähigkeit der Menschen, sich selbst zu organisieren; die Verantwortung des Individuums, zum kollektiven Wohlergehen beizutragen; die Bereitschaft, all jenen Hilfe und Solidarität zukommen zu lassen, die sie nötig haben.«

Dass der Artikel nur Männer porträtiert, ist kein Zufall. Wie in vielen anderen Ländern ist das anarchistische Milieu in den Philippinen stark männlich geprägt. Dies wird auch intern problematisiert. 2016 gab Etniko Bandido sein erstes Buch heraus. Der Titel: »Anarcha-Feminists in the Philippines«. Das Buch zeichnet die Geschichte des Feminismus in den Philippinen nach und stellt »die gegenwärtige anarchafeministische Bewegung« vor.

Die anarchistische Bewegung in den Philippinen ist heute eine der aktivsten in den Ländern des Globalen Südens. Sie entspricht – in Form wie Inhalt – in vielerlei Hinsicht anderen anarchistischen Bewegungen, auch des Globalen Nordens. Gleichzeitig gibt es lokale Charakteristika und Auslegungen. Damit spiegelt die Bewegung auch die Verfasstheit (sub)kultureller Räume in der globalisierten Welt wider. Die anarchistische Bewegung der Philippinen wird dabei nicht nur von anderen beeinflusst, sie beeinflusst auch andere. Ihre Bedeutung reicht weit über die Grenzen des Landes hinaus.

► **Gabriel Kuhn** ist Autor und Übersetzer. Seine letzte Buchveröffentlichung ist »Anarchismus und Revolution. Gespräche und Aufsätze« (Unrast 2017).

Anarchismus ohne Ende



Graffiti in Rio de Janeiro Foto: rioprarua



Blogs, Zeitschriften, Bücher

World Wild Web

► **anarchismus.at:** Sammlung von Texten, Bildern, Musik und Kultur zum Anarchismus mit vielen weiteren Verweisen.

► **libcom.org:** Englischsprachiges Portal mit internationalen Nachrichten und historischen Texten rund um den libertären Kommunismus.

► **The Anarchist Library:** Umfangreiche englische Textsammlung, nach AutorInnen oder Schlagworten sortiert. Die Sammlung enthält neben neuen Publikationen auch historische Originaltexte. *theanarchistlibrary.org*

► **Perulibertario:** Gut gemachter spanischsprachiger Blog mit Beiträgen über aktuelle und historische anarchistische Organisierung in Peru. Videos und Audios geben Einblicke in Perus libertäre Linke. *https://perulibertario.wordpress.com*

► **Zabalaza Anarchist Communist Front:** Nachrichten über anarchistischen Aktivismus und Arbeitskämpfe nicht nur in Südafrika von der Plattform Zabalaza aus Johannesburg. Die Organisation betreibt auch einen eigenen Verlag.
zabalaza.net

► **ARadio:** Anarchistisches Radioprojekt aus Berlin mit Interviews, Veranstaltungsmitschnitten und anderen Beiträgen sowie dem monatlichen »libertären Podcast«.
aradio.blogsport.de

Zeitschriften

► **Ne Znam:** Die seit 2015 zwei Mal im Jahr erscheinende deutschsprachige Zeitschrift verbindet kommentierte historische Dokumente mit aktuellen Aufsätzen und Rezensionen zu anarchistischen Themen.

► **Gai Dào:** Die Monatszeitung der strömungsübergreifenden Föderation deutschsprachiger AnarchistInnen berichtet über Theorie und Praxis des Anarchismus auf lokaler und insbesondere internationaler Ebene.

► **Direkte Aktion:** Die hauptsächlich online erscheinende Gewerkschaftszeitung der anarchosyndikalistischen Freien ArbeiterInnen Union schreibt über und für den revolutionären Klassenkampf.

► **graswurzelrevolution:** Die anarchopazifistische GWR ist die auflagenstärkste libertäre Zeitschrift im deutschsprachigen Raum.

► **Phase2:** Die Ausgabe Nr. 50 der Zeitschrift Phase 2 versammelt unter dem Titel »Staatenlos durch die Nacht« zahlreiche gehaltvolle Beiträge zu Anarchismus und seiner Kritik.

Bücher

► **Von Jakarta bis Johannesburg:** Das Buch versammelt Interviews mit anarchistischen AktivistInnen aus rund 50 verschiedenen Ländern. Kaum redaktionell bearbeitet, aber sorgfältig ausgewählt bieten sie einen ungefilterten Einblick in die Vielfalt anarchistischer Bewegungen und Projekte auf der ganzen Welt.
► *Sebastian Kalicha und Gabriel Kuhn (Hg.): Von Jakarta bis Johannesburg. Anarchismus weltweit. Unrast-Verlag 2010. 400 Seiten, 19,80 Euro.*

► **Gelebtes Leben:** Die Autobiografie von Emma Goldman bietet einen spannenden Einblick in die Realitäten und Kämpfe von AnarchistInnen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Entlang ihres eigenen Lebens beschreibt Emma Goldman, wie anarchistische Gruppen zu dieser Zeit organisiert waren und welche Erlebnisse die Bewegung prägten.
► *Emma Goldmann: Gelebtes Leben. Edition Nautilus 2014. 928 Seiten, 29,90 Euro.*

Anarchismus Hoch 3: Der Redakteur der graswurzelrevolution, Bernd Drücke, zeichnet in rund 30 Interviews mit hauptsächlich deutschsprachigen anarchistischen AktivistInnen ein Bild der aktuellen libertären Bewegung. Dabei werden Vorstellungen von einer anarchistischen Gesellschaft genauso verhandelt wie konkrete anarchistische Aktion.
► *Bernd Drücke (Hg.): Anarchismus Hoch 3 – Utopie, Theorie, Praxis. Unrast-Verlag 2016. 252 Seiten, 16 Euro.*

► **Im Kampf gegen die Tyrannei:** Das Buch versammelt Originaltexte und Analysen zu zwei weitgehend unbekannten gewaltfreien Protestbewegungen im arabischsprachigen Raum: Die Anfänge der syrischen Revolutionsbewegung und den Aufstand gegen die islamische Militärdiktatur im Sudan 1983-1985. Besonders beleuchtet werden die Rolle von Frauen, die Selbstorganisierung in der syrischen Revolutionsbewegung und der islamische Anarchismus im Sudan.
► *Guillaume Gamblin, Pierre Sommermeyer, Lou Marin (Hg.): Im Kampf gegen die Tyrannei. Gewaltfrei-revolutionäre Massenbewegungen in arabischen und islamischen Gesellschaften. Verlag Graswurzelrevolution 2018. 144 Seiten, 13,90 Euro.*

► **Triple A – Anarchismus, Aktivismus, Allianzen:** Oskar Lubin argumentiert in seiner Streitschrift für eine Erneuerung anarchistischer Ideen und mehr Pragmatismus. In Anbetracht der Schwäche der Bewegung brauche es Bündnispolitik und aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen anstatt »anarchistischer Reinheit«.
► *Oskar Lubin: Triple A – Anarchismus, Aktivismus, Allianzen. Verlag Edition Assemblage 2013. 96 Seiten, 9,80 Euro.*

► **Anarcha-feministisches Buchprojekt**: Die anarchafeministischen Gruppen Lila Lautstark und about:fem möchten mit ihrem Buchprojekt im Verlag Edition Assemblage eine Einführung in den Anarchafeminismus geben und aktuelle Debatten und Projekte im deutschsprachigen Raum vorstellen. Dazu sammeln sie Texte, Gedichte, und Zeichnungen. Weitere Einreichungen sind willkommen.
► *aboutfem.blogsport.de/buchprojekt*

»Louise, wie ist dir das eingefallen?«

Interview mit Eva Geber über die Anarchistin Louise Michel

Louise Michel (1830 - 1905) war eine der Ikonen der Pariser Kommune 1871. Die unter den Beinamen »Rote Wölfin« und »Gute Louise« bekannte Anarchistin wurde nach der Niederschlagung der Kommune zur Verbannung nach Neukaledonien verurteilt. Dort lebte sie mehrere Jahre und suchte den Kontakt zur indigenen Gruppe der Kanak. Sie erlernte deren Sprache, unterstützte 1878 ihren Aufstand und vermittelte in zwei Schriften Mythen und Kultur der Kanak.

Die Autorin Eva Geber hat nun einen biographischen Roman über Louise Michel geschrieben. Sie erzählt in einem fiktiven Monolog das Leben der Anarchistin entlang historischer Tatsachen. Für das Kapitel über die Verbannung hat Eva Geber die Legenden der Indigenen, wie sie von Michel aufgeschrieben wurden, erstmals ins Deutsche übertragen.

► *Eva Geber: Louise Michel – Die Anarchistin und die Menschenfresser. Mit einem Vorwort von Ruth Klüger. Bahoe Books, Wien 2018. 330 Seiten, 24 Euro.*



iz3w: *Warum hast du über Louise Michel und nicht über eine andere der vielen bekannten Persönlichkeiten der Pariser Kommune geschrieben?*

Eva Geber: Ich schreibe meistens über Frauen, und Louise Michel ist eindeutig die herausragendste Frau in der Pariser Kommune. Es gab auch andere wichtige Aktivistinnen, wie beispielsweise ihre Freundin Nathalie Lemel. Aber Louise hatte eine zentrale Stellung. Zudem hat mich an ihr besonders ihre Zeit in Neukaledonien, ihr Umgang mit Fremden fasziniert. Außerdem ihre unerschrockene Offenheit, ihre Kompromisslosigkeit und die Unbeirrbarkeit ihres Weges: Zum Anarchismus kommt sie, weil Macht immer korrumpiert. Ihr Anarchismus zeigt eine Zivilgesellschaft von unten, eine, die den Weg findet, ein gutes Leben für alle zu erreichen. Und zwar undogmatisch.

In deinem Buch spielen die Großeltern von Louise Michel eine Rolle. Sie haben die Enkelin beispielsweise sehr darin unterstützt, selbst zu entscheiden, wen sie heiratet. Sie schienen wenig Respekt vor Autoritäten zu haben, was für die damalige Zeit ungewöhnlich war. In welchen Verhältnissen wuchs Louise Michel auf?

► Sie wurde 1830 als uneheliches Kind des Sohnes des Schlossherrn von Vroncourt und der Dienstmagd des Hauses geboren. Erzogen wurde sie von ihren Großeltern, die beide während der Französischen Revolution RevolutionärInnen gewesen waren. Dementsprechend genoss sie eine sehr liberale Erziehung. Sie publizierte bereits in ihrer Zeit in Vroncourt und wurde nach dem Tod ihres Großvaters 1850 Lehrerin.

Wie kam es dazu, dass sie eine so zentrale Stellung innerhalb der Pariser Kommune eingenommen hat?

► Sicherlich aufgrund ihres Wissens und ihrer Aufgeschlossenheit. Zudem hatte sie bereits Erfahrung in politischer Organisation und schon viel publiziert. Zu ihrer Bekanntheit trug sicherlich ihre Freundschaft mit Victor Hugo bei, mit dem sie bis zu dessen Tod einen Briefwechsel unterhielt. Auszüge daraus sind im Buch zu finden.

Warum hast du dich dazu entschieden, einen Roman über Louise Michel zu schreiben und keine klassische Biografie?

► Danke für die Frage! Diese Entscheidung hat dem Mandelbaum Verlag, wo ich bisher veröffentlicht habe, sehr missfallen. Sie hatten schon auf das Buch gewartet, jedoch verlegen sie keine Romane. Aber ich habe einfach gemerkt, dass ich das Buch nicht als Sachbuch schreiben, dass ich nicht auktorial von Louise Michel erzählen kann. Ich wollte nicht besserwisserisch über sie schreiben. Sie musste ihre Geschichte erzählen, auf ihre Art. Dabei blieben beispielweise auch ihre Verrücktheiten unkommentiert – was nicht heißt, dass ich keine Kritik an ihr habe. Man könnte es so sagen: Sie kritisiert die Kanak nicht, ich kritisiere Louise Michel nicht. Auch da nicht, wo ich ihr Verhalten nicht nachvollziehen kann. Es gibt durchaus Momente, in denen ich mich frage: »Wie kannst du nur?«

Kannst du Beispiele nennen?

► Sie liebte einen jungen Mann, Théophile Ferré, ebenfalls ein Kommunarde. Obwohl Ferré ihre Liebe nicht erwidert, tut Louise Michel später alles, um ihn zu retten – obwohl er etwas getan hat, was sie niemals gut heißen könnte: Er ließ Geiseln erschießen. Während der Kommune hatten die RevolutionärInnen den Erzbischof von Paris und andere als Geiseln genommen. Sie wollten sie gegen den inhaftierten Präsident der Kommune, Louis-Auguste Blanqui, austauschen. Als sich die Regierung weigerte, auch nur zu verhandeln, ließ Ferré 60 Geiseln erschießen – das ist eigentlich der absolut schwarze Fleck der Kommune.

Louise Michel hatte sich immer gegen Geiselerschießungen ausgesprochen und diese auf Seiten der Regierung angeprangert. Auch, als die RevolutionärInnen zu Beginn der Kommune von einem aufständischen Mob genötigt wurden, Generäle zu erschießen, verurteilte sie dies. Sie kann also diesen Akt nicht gut heißen. Dennoch behauptet sie später vor Gericht, dass sie und nicht Ferré den Schießbefehl gegeben habe und dass er so etwas nie getan hätte. Am Ende nützt diese Aussage nichts, da Louise Michel zum Zeitpunkt des Schießbefehles bereits im Gefängnis saß, ihn also gar nicht gegeben haben konnte. Zudem war der Befehl schriftlich und von Ferré unterschrieben. Das ist einer der wenigen Aspekte in ihrem Leben, bei dem ich mich frage: Louise, wie ist dir das eingefallen?

»Louise Michel ist eindeutig die herausragendste Frau in der Pariser Kommune«

► **Eva Geber** ist Publizistin und Grafikerin in Wien. *Das Interview führte Larissa Schober im Rahmen der Leipziger Buchmesse.*

»Die besten Jahre ihres Lebens«

Laudatio auf vier Generationen in der Aktion Dritte Welt

► Am 14. April feierten wir mit einer Geburtstagsgala das fünfzigjährige Bestehen der Aktion Dritte Welt (ADW), aus der wenig später das iz3w hervorging. Es war ein toller Tag, rund 60 ehemals Aktive und zahlreiche weitere Gäste feierten zusammen mit dem aktuellen Team bis tief in die Nacht. Es gab viele Highlights, etwa das politische Musikkabarett von Lisa Politt und Gunter Schmidt. Einen ganz besonderen Höhepunkt bildete aber die Laudatio auf die ADW und das iz3w. Vorgetragen wurde sie von zwei ehemaligen Aktiven, die aus eigenem Erleben wussten, wovon sie sprachen. Jörg Später war von Anfang der 1990er Jahre bis Mitte der 2000er einer der hauptamtlichen Redakteure. Andrea Schwendemann engagierte sich in den 2000er Jahren ehrenamtlich in der Redaktion. Beide waren regelmäßig bei den berühmt-berüchtigten Redaktionssitzungen am Mittwochabend und den ADW-Wochenenden dabei.



Fotos: Anand Aliprandi

von **Andrea Schwendemann** und **Jörg Später**

Andrea Schwendemann: Hey, stell dir vor, du bist auf einem 50. Geburtstag eingeladen, sollst eine Laudatio auf das Geburtstagskind halten, hast die Jubilarin aber schon eine Weile aus den Augen verloren. Du kanntest sie weder als Kind, noch als Teenie, hast sie einige Jahre als Erwachsene begleitet. Aber nützt ja nichts. Unser Job ist jetzt also eine Lobhudelei auf die große alte Dame Aktion Dritte Welt (ADW). Schon angesichts des unsinnlichen Namens ihrer Zeitschrift (iz3w) ist es fast ein Wunder, dass dieses politische Projekt so lange überlebt hat. Das geschah natürlich vor allem wegen der Menschen, die sich in den fünf Jahrzehnten haupt- und ehrenamtlich in der Redaktion engagiert haben. 500 sollen es gewesen sein. Grund genug, diese Geschichte »Paroli laufen« zu lassen. Ähnlichkeiten mit anwesenden Personen sind reiner Zufall, unfaire Übertreibungen dagegen volle Absicht.

Jörg Später: Die ADW war im Frühjahr 1968 durchaus eine Gegengründung zum SDS, zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund: Man darf die Dritte Welt nicht den kommunistischen Studenten überlassen, hat man sich gedacht. Manche meinen übrigens, die ADW entstamme aus einem eher sozialdemokratischen Elternhaus. Andere wiederum sprechen von einer volkswirtschaftlichen Clique, die an der Wiege das Kind schaukelte. Auch Juristen sollen herumgestanden haben. In jedem Fall also Bügelfalte und Schlips.

> »Superblamagen wie die Sympathie mit Mao führten kaum zu Erschütterungen«

A. S.: Na ja, das sind doch bürgerliche Kategorien und Alternativspießerklischees. Das Bemerkenswerte an der ADW von Beginn an war ja doch, dass in jeder Gruppe und in jeder Generation eine heterogene Grundmischung vorhanden war, anders übrigens als in anderen neulinken Gruppen, vor allem bei den ParteisoldatInnen des Kommunistischen Bunds Westdeutschland (KBW), der in Freiburg im roten Jahrzehnt mit Abstand am stärksten war. 1968 sind eben alle, deren Herz am linken Fleck war, gegen Kapitalismus und Kolonialismus auf die Straße gegangen. Hunger, Ausbeutung, Krieg, Abhängigkeit – die Dritte Welt wurde entdeckt und nummeriert. Die Gesellschaft und, mehr noch, »das System« wurden in Frage gestellt, und es wurde ein Zusammenhang angenommen zwischen dem Reichtum des Nordens und der Armut des Südens. Und als Symptom dieses globalen Unwesens die Entwicklungspolitik kritisiert.

J. S.: Entwickeln musste sich jedoch zunächst erst einmal die ADW selbst. Erster großer Höhepunkt war Ende 1968 die gewaltige charismatische Taufparty mit großer Ernst-Bloch-Musik, mit Günters krasser Blechtrommel, dem Entwicklungsministranten Erhard Eppler und dem großen KPD-AO-Vorsitzenden Jürgen Horlemann – und 4.000 Zuhörerinnen und Zuhörern. Nach diesem beeindruckenden Starauflauf kamen die Kindlein zuhauf, nicht nur noch mehr studentische SpezialistInnen aus Fachschaften, sondern Aktive vom Kirchentag, PraktikerInnen aus ASA-Programmen, auch einige bündische KommunistInnen und sogar SportfreundInnen von der Sternwaldwiese. Dort spielten nämlich nicht nur die vom KBW Ausgeschlossenen gegen die aus dem KBW Ausgetretenen wöchentlich Volleyball um den Pol Pot, sondern die InternationalistInnen übten für ihre völkerverbindenden Sportfeste und spielten antiimperialistisches Völkerball: gute Völker gegen schlechte Völker.

A. S.: Doch zurück zu den Anfängen: Aus dem Büchertisch in der Mensa wurde also »Brot für die Welt« von links unten. Apropos unten: Zuhause war man zuerst im feuchten Keller. In der Scheffelstraße. Immerhin hatte man einen Tisch. Um den ging man herum. Jede/r schnappte sich eines der Blätter, die darauf herum lagen. Eine/r tackerte die Blätter am Ende zusammen und schon hatte man eine Zeitschrift. Das nennt man endogene Entwicklung.

J. S.: Entwicklungshilfe bekam die ADW-Familie von VW. In Form eines Busses. Natürlich musste sie dafür bezahlen – wie in der wirklichen Verwicklungshilfe auch. Mit dem Bus fuhr man dann

nachts nach Hannover zu Gerhard Schröder. Für die Jüngeren hier: Das war der Robert Mugabe von SOAK, unserer Druckerei, auch ein chefloser Kollektivbetrieb. Später war Schröder Juso-Chef, dann SPD-Chef und Freund des VW-Chefs, dann Deutschland-Chef und jetzt Freund von Chef Putin. Dort in Hannover jedenfalls wurden die Blätter gedruckt, bevor sie wieder von den ADW-KurierInnen mit demselben VW-Bus nach Freiburg zurückgebracht wurden. ADW-SOAK-VW – das war schon ein Motorisierter Intellektueller Komplex der besonderen Art. Aber nun begann die Zeit der Gegeninformation.

A. S.: Der echte Mugabe hat übrigens mal hier bei einem Redakteur in der WG übernachtet. Die ADW war auf einem Höhepunkt. Mit dem Buch »Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?« (1978, mit acht Auflagen) besetzte sie über Jahre hinweg ein Vakuum. Das war eine super erfolgreiche Geschichte von Gegenöffentlichkeit – mit dem Ergebnis übrigens, dass die ADW zu einer bedeutenden Kaderschmiede für eben jene entwicklungspolitische Praxis wurde, deren wirtschaftliche Hintergründe gerade kritisch beleuchtet worden waren. Die ADW-Analysen schufen sozusagen die eigenen Arbeitsplätze. Und die SchlaubergerInnen bildeten sich noch dazu selbst aus – kleinunternehmerisches Selbst plus Self-Empowerment plus nachhaltige Selbstentwicklung. Wer in der ADW gelernt hatte, den weltweiten Hunger zu kritisieren, musste ziemlich sicher selbst keinen erleiden. Eine Grundschule für das entwicklungspolitische Feld.

J. S.: Ja, die ADW war längst in die Schule gekommen. Eine zweite Lebensphase hatte begonnen. In den Jugendjahren zog man – wir schreiben das Jahr 1978 – in die Kronenstraße ins Hinterhaus. Neue FreundInnen waren längst dazu gestoßen. Und zwar aus der linken Nachbarschaft. Man wohnte in einem antiimperialistischen Viertel. Da war ein wenig die Ironie der Geschichte im Spiel, denn die ADW war ja einst in Abgrenzung zum SDS gegründet worden, den es längst nicht mehr gab. Dafür war die ADW inzwischen gründlich SDSisiert. Die Entwicklungshilfe sollte nicht mehr verbessert, sondern zerschlagen werden. Die Dependenztheorie war die theoretische Basis, von der aus die Welt interpretiert wurde. Man sympathisierte offen mit den antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen im Trikont. Das ging meist nach antiimperialistischer Schablone und striktem Lagerdenken. Superblamagen der Neuen Linken wie die Sympathien mit Maos Kulturrevolution oder den Roten Khmer in Kambodscha hatten kaum zu Erschütterungen geführt. Und generell galt, wenn es mal ruppig wurde: Wir spielen ja nicht Halma.

»Jede Generation grenzte sich von der Vorgängerkohorte ab«

A. S.: Auch intern nicht: Als sich die KBW-lerInnen vor einer Sitzung trafen und ihr Abstimmungsverhalten untereinander absprachen, flogen sie wegen Fraktionsbildung raus. Dafür gab es ab Ende der 1970er immer wieder Zulauf aus der autonomen Szene. Manche aus der ADW nahmen auch am Freiburger Häuserkampf teil. Irgendwie gehörte ja doch alles zusammen: Dreisameck und Dreieckshandel, Dritte Welt und Dreitagekrieg. Das Lokale und Globale wurden zusammengedacht, manchmal in einem Anflug von Größenwahnsinn. Wer überall Zusammenhänge sieht, wird bald Opfer paranoider Logik. Auch dann, wenn es im richtigen Leben tatsächlich Verschwörungen gibt und nicht nur Verschwörungstheorien.

J. S.: Zusammen gehörten aber in jedem Fall das Private und das Politische. Die ADW war auch ein Lebenszusammenhang. Und die Demokratie war eine Lebensform. Die Kronenstraße war in den 1980ern umzingelt von ADW-WGs. Drei allein in der Talstraße, dazu noch die Goethestraße und die Lessingstraße. Man wohnte zusammen, arbeitete zusammen, aß täglich zusammen. Aus diesem eigentlich politischen Zusammenhang entstanden Freundschaften und sogar Kinder. Der Kollektivismus stand eben hoch im Kurs. In einem selbstverwalteten Laden ohne ChefIn und Staat ja auch eine Selbstverständlichkeit. Die Trennung von Kopf- und Handarbeit sollte aufgehoben werden. Es soll ja rotierende Dienste gegeben haben – wobei die Erinnerungen da doch deutlich auseinander gehen, vor allem zwischen Kopf- und HandarbeiterInnen. Aber theoretisch zumindest konnte man morgens den Müll raustragen und die Post holen, dann Angeln gehen, den Fisch selber ausnehmen,

Rackern für die Revolution (1973 im iz3w) Foto: Walter Witzel



nachmittags dann einen Finanzplan verabschieden, das Arbeiterfäustchen ballen und den SandinistInnen einen Gruß schicken und schließlich abends ein/e kritische/r KritikerIn sein. Wenn eine/r ins Parlament wollte, dann hat das die Gruppe erst einmal genehmigen müssen.

A. S.: Das gemeinsame Layouten mit dem revolutionären Fix-o-gum wurde zum Teambuilding. Andere Betriebe holen da für teures Geld EventmanagerInnen, MotivationstechnikerInnen, Coachinggurus. Sie bauen Flöße, sprechen mit Pferden oder reisen ins Mittelalter. Wir haben einfach zusammen geklebt, Bildunterschriften getextet, die Herumstehenden befragt – und hatten in diesen zwei Tagen eine Menge Spaß. Zugegebenermaßen waren einige nach fünf bis zehn Jahren Kollektivismus auch abgefrühstückt. »Man muss auch mal gehen können«, sagten die einst Junggekommenen, die nun um die 30 herum waren. Einige wollten endlich eine richtige Stelle, andere wollten von dem »Links-rechts-Scheiß« nichts mehr hören und machten Karriere. Manche wiederum gingen im politischen Streit mit Geschrei und Türenschlagen. Man ließ sich dann aus dem Impressum streichen. 1988 war so ein Bruch, als sich eine Fraktion dem Leuchtenden Pfad anschloss oder der Meinung war, dass der wahre zeitgenössische Antifaschismus im Antizionismus liege. Dem waren hässliche und fruchtlose Diskussionen vorausgegangen. In der Regel allerdings galt: Wer die Gruppe verließ, hatte meist andere Gründe als den Streit, der zum Anlass geriet.

J. S.: Um 1990 stand jedenfalls bereits eine neue bunte Truppe bereit, um den Laden zu übernehmen. Geben wir ihr den Namen: die ideologiekritische Generation. Auffällig war, dass das eigentliche Kernthema – der Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungspolitik – randständig wurde. Ein letztes Aufbäumen gab es, als sich eine Kleingruppe daran versuchte, den Bestseller über die Entwicklungspolitik zu aktualisieren und schon im Planungsstadium scheiterte. Ich kann mich noch erinnern, wie eines der Mitglieder nach einer Sitzung hoch ins Archiv kam und schimpfte: »Mann, Mann, Mann, jetzt wollen die schon ihre Löffel selber schnitzen.«

A. S.: Ja, mit der industriellen Moderne hatten manche große Schwierigkeiten. Jetzt gab es auch den ersten Veganer im Büro, ein Zivi übrigens. Überhaupt waren die Zivis wichtig und manchmal innovativ. Fast hätte man die ZDL-Berechtigung mal verloren, als man bei der Kampagne »Waffeln für El-Salvador« einen Rechtschreibfehler beging und das »l« vergessen hatte. Die Zivis mussten immer vor den feudalen ADW-Wochenenden, die der Staat bezahlte, in die Herrenstraße zum Fischkaufen. Sie sollten dann je nach Vorrat entweder Rotbarsch oder Goldbarsch holen. Die Zivis waren überdies Spezialisten für Nachhaltigkeit. Einer hat mal aus Versehen drei Paletten Klopapier bestellt – und hätte fast Fahnenflucht begangen, als er eines Tages die Lieferung in einem großen LKW kommen sah. Das Klopapier ist übrigens vor zwei Jahren ausgegangen, hat also 25 Jahre lang gereicht.

J. S.: Überhaupt wurde viel gemogelt. Die ADW-Finanzministerinnen hatten ihre schlaflosen Nächte. (»Geschäftsführung« hieß der Bereich übrigens erst, als Männer die Stelle besetzten). Paragraph 19-Stellen, Arbeitslosenunterstützung, ABM mit Rückspenden, Arbeitslosenunterstützung, dann eine feste Stelle über das Institut für Dritte-Welt-Forschung mit Rückspenden, danach Arbeitslosenunterstützung – manche konnten mit dem Paket einige Jahre in der ADW arbeiten. Die tatsächliche Arbeit war gleichwohl intensiver als woanders. Ich kann mich an kein Uniseminar erinnern, wo ich dermaßen viel gelernt habe wie in einer Themenschwerpunktgruppe der ADW. Hier eignete man sich Inhalte so kommunikativ und kontrovers an, wie es in einem zweistündigen wöchentlichen Seminar gar nicht möglich wäre. Wer zudem mit einem eigenen Text durch das Stahlbad der Mittwochsredaktionssitzung gegangen war, den oder die konnte danach so schnell nichts mehr erschrecken. Wer diese Schule mitgemacht hatte, merkte später, wie lachhaft woanders, im »wirklichen Berufsleben«, kritisiert und redigiert wird. Die meisten dieser Generation ab 1990 sind heute TextarbeiterInnen. Allerdings haben viele auch ein Subordinationsproblem und sind für das normale Berufsleben verdorben.

»Ich kann mich an kein Uniseminar erinnern, wo ich dermaßen viel gelernt habe«

Die 1970er-Generation ist immer noch gut drauf (beim Jubiläumsfest am 14.4.2018) Foto: Anand Aliprandi



A. S.: Die Generation nach 1990 setzte sich von den VorgängerInnen ab, indem sie sich der Kritik der Politik verschrieb. Das lag zum einen an den Leuten: Manche orientierten sich an der Frankfurter Schule, andere waren bürgerliche Autonome, das heißt Autonome, die Bücher lasen. Das lag aber auch an der allgemeinen politischen Entwicklung. An dem Doppelwhopper von 1989 konnte man sich schon verschlucken: Die SandinistInnen wurden schnörkellos abgewählt, und die weltgeschichtliche Alternative zum Kapitalismus, der Sozialismus, verschwand mit einem Winseln von der Bühne. Den hatte man zwar nicht geliebt, aber das ausgerufene »Ende der Geschichte« traf linke Politik ins Mark. Der weltweite Befreiungskampf war nun nicht mehr als eine hohle Phrase.

J. S.: Wer radikal bleiben wollte, orientierte sich eher an der Initiative Sozialistisches Forum, deren Jour fixe ein Jahrzehnt lang der linksintellektuell attraktivste Ort in Freiburg war. Für die Älteren: die ISF war so etwas wie der KBW der 1990er Jahre. Ihre Wertkritik kannte die Formel, um den Code der kapitalistischen Gesellschaft und ihren Verblendungszusammenhang zu knacken. Die Kritik am falschen Ganzen musste logischerweise global anwendbar sein – ob es um Bananenhandel, die Unterdrückung der Aborigines, die Menschenrechte oder linke vernetzte und verstrickte Lobbypolitik ging, die Deutungsschablonen lagen immer gestanzt bereit. Es gab nach 1989 aber auch wirklich wenig an emanzipativer Praxis, was zu neuen Illusionen eingeladen hätte. Die große Ausnahme war vielleicht der Anti-Lenin aus Chiapas, der Subcommandante Marcos mit den ZapatistInnen. Bevor er sich die Hände blutig machte und von der Macht korrumpiert wurde, ging der Zorro einfach nach Hause.

A. S.: Fragend schreiten wir voran: Soziale Bewegungen, machtfreie Räume und ein kritischer Internationalismus – das waren lose Orientierungspunkte nach den weltpolitischen Halluzinationen. Aber es gab auch neue weltanschauliche Angebote, nämlich die antideutsche Tendenz. Dazu kam eine große Verwirrung um die Frage der militärischen Interventionen des Westens, beginnend mit dem Massenmord in Ruanda und dann verschärft nach 9/11. Der Grundsatz: im Zweifel gegen den Krieg und gegen moralische Kriegskredite galt nicht mehr.

J. S.: Don't mention the war! Immerhin war die ADW der 1990er sehr hellsichtig, was die Bedeutung von Flucht und Migration, Rassismus und Identitätspolitik betraf, die uns heute mehr denn je beschäftigen. Das, was heute die Republik, Europa und bald die ganze Welt erschüttert, hatte das iz3w schon lange im Visier, den ganzen Nationalismus und Autoritarismus.

A. S.: Trotzdem ging es mit den Abos immer weiter bergab. Manchmal schien es dabei fast, als würde es die Redaktion geradezu darauf anlegen, die alte Solibewegung mit Publikumsbeschimpfung zu vergraulen. Insbesondere mit der Gesellschaft für das bedrohte Volk war man im Dauerclinch. Aber auch innerhalb der Gruppe verhärteten und polarisierten sich die Fronten über die Reizthemen Krieg und Israel, sodass die Heterogenität, die früher für Vitalität gesorgt hatte, nun als schwierig empfunden wurde und lähmte. Ein deutliches Indiz für die verlorene Lust am Streit: Die ADW-Wochenenden wurden eingestellt. Man fuhr nicht mehr gerne zusammen in den Urlaub!

»Es gab viele politische Dummheiten, aber ständige Lernprozesse«

J. S.: Dass allerdings kein Generationswechsel wie die Jahrzehnte davor stattfand, als die Jungen die Alten mehr oder weniger aus der Kronenstraße hinaus schubsten, hatte mit all dem wenig zu tun. Auch nicht mit den angeblich unprofessionellen Arbeitsstrukturen, die ein Vorstand zu analysieren sich vorgenommen hatte. Der Modernisierungsvorstand, der mit Personalprofilen Unternehmerisches gegen Weltverbesserisches setzen wollte, scheiterte schon durch Dappigkeit in den Startblöcken. Aber das war wie gesagt nicht der Grund für den ausbleibenden Generationswechsel. Es waren schlicht keine neuen Jungen da, die alles besser machen wollten. Ein Teil der jetzigen Redaktion ist nun schon länger im Amt, als Kohl und Merkel jeweils KanzlerIn waren.

A. S.: Das mit dem ausbleibenden Generationenwechsel stimmt aber nicht ganz. Ab Anfang 2000 hat das ADW-Schiff immer mehr Beiboote ins Wasser gelassen. So wie die großen Verlage auch. Der ZEIT-Verlag verkauft Wein, mit GEO kann man verreisen. Und die ADW? Ist ja schon immer viel mehr als nur eine Zeitschrift. Aber keine/r merkt es. Da sind natürlich die Doppelkopfrunde, das Archiv, das tourismuskritische Projekt FernWeh, das Bildungsprojekt Fernsicht, freiburg-postkolonial, der südnordfunk und Turuq, das Präventions- und Bildungsarbeit zum Themenfeld Islamismus betreibt. Insgesamt arbeiten derzeit zwölf hauptamtliche Leute in der Kronenstraße, alle in Teilzeit. Wer da mittags vorbeikommt, könnte meinen, es handele sich um ein generationenübergreifendes Arbeitsprojekt, samt Katze Kio, die übrigens bei Ebay gekauft wurde.

J. S.: Was bleibt? Drei Generationen (wir nannten sie: eine sozialdemokratische, eine antiimperialistische, eine ideologiekritische) plus eine erneute Veränderung, die noch keinen Namen hat. Jede Generation grenzte sich dabei von der Vorgängerkohorte ab. Das nennt man: Generation-Building. Zudem: Viele politische Dummheiten, aber ständige Lernprozesse, vor allem in Demokratie als Lebensform. Aufregende und intensive Zeiten, die viele ADWlerInnen als die »besten Jahre« ihres Lebens bezeichnen.

A. S.: Die ADW ist ein 1968er-Produkt und damit Teil der Geschichte der Neuen Linken in der Bundesrepublik und der politisch-kulturellen Veränderungen in dieser Republik – beziehungsweise der Strukturen, die eben nicht verändert worden sind. Verändert hat sich allerdings vor allem die Öffentlichkeit: Während es in den 1970er Jahren zu wenig Informationen über das globale Dorf gab, hat man heute zu wenig Zeit, um all die Informationen zu lesen, die man, auch ohne allen medialen Unsinn, lesen könnte. Insofern ist es vielleicht ganz sinnig, dass in der Kronenstraße die »Aktion« wieder an Gewicht gegenüber der »Information« gewonnen hat.

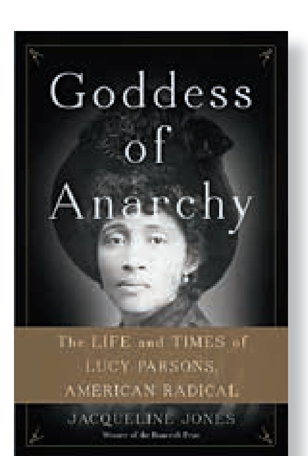
J. S.: Wie auch immer: Am Anfang – Ihr erinnert Euch – stand die gigantische Taufparty in der Stadthalle. Heute zum fünfzigsten Geburtstag machen wir wieder eine Party. Natürlich ersetzen wir dabei das anfängliche T der Taufparty durch ein S! Viel Prost dabei.

► **Andrea Schwendemann** betreibt freiberuflich ein Journalistinnenbüro und ist unter anderem Autorin von Sachbüchern für Kinder. **Jörg Später** ist Historiker und unter anderem Autor des Buches »Siegfried Kracauer. Eine Biographie« (Suhrkamp, 2016).

Göttlich provozierend

► »Just being Lucy Parsons must have been exhausting« – das schreibt Jacqueline Jones in ihrer Biographie **Goddess of Anarchy** über die (afro-)amerikanische Anarchistin des 19. und 20. Jahrhunderts. Jones will mit ihrem Buch den grassierenden Legenden um Parsons eine umfängliche Beschreibung ihres widersprüchlichen Lebens entgegenstellen.

Lucy Parsons war Tochter einer Sklavin und verbrachte ihre Jugend in Texas. Damals war Texas noch ein unvollständig besiedelter Frontier-Staat. Nach dem Bürgerkrieg war er von Chaos und Gewalt gegen befreite SklavInnen geprägt. Später zog Parsons mit ihrem Mann Albert nach Chicago, wo die Industrialisierung ebenso wie die ArbeiterInnenbewegung in vollem Gange waren. Hier wandelte sich Albert vom Republikaner zum Anarchisten. Auch Lucy wurde hier aktiv, schrieb in anarchistischen Publikationen und trat immer öfter öffentlich auf.



Beide vertraten eine anarchistische »Propaganda der Tat« und riefen zum Einsatz von Sprengstoff im Kampf gegen die kapitalistische Klasse auf. Vor allem Lucy scheint es verstanden zu haben, die Presse mit besonders schockierenden Inhalten zu füttern. Zentral in Jones' Buch ist der Prozess gegen Albert nach den Protesten am Haymarket. Dort wurde am 1. Mai 1886 für den Acht-Stunden-Tag demonstriert, in der Folge kam es zu gewalttätigen Repressionen und am 4. Mai explodierte nach einer Kundgebung eine Bombe. Albert wurde mit acht anderen zum Tode verurteilt, ohne dass jemandem das Attentat nachgewiesen werden konnte. Lucy war fortan in den ganzen USA unterwegs, um für die Verteidigung Spenden zu sammeln. Sie blieb nach Alberts Hinrichtung ihr ganzes Leben aktiv, polarisierte aber auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung mit ihrem Lebensstil und ihrer Befürwortung von Gewalt. Später gründete sie die Industrial Workers of the World mit – eine anarchosyndikalistische, gewerkschaftsähnliche Organisation, die bis heute besteht.

Lucy Parsons Auftreten, mit dem sie Geschlechternormen und rassistische Vorurteile gesprengt hat, und ihre Rezeption in der Presse, die über ihre Provokationen ebenso gern berichtete wie sie über ihre Herkunft und ihr Privatleben spekulierte: All das bietet viel Stoff für eine lebendige Erzählung, die auf zahlreiche Quellen zurückgreift. Allerdings wird von Jones zum Teil die Sensation reproduziert, die die Presse damals aus Lucy machte. Bisweilen wird es etwas pathetisch, wenn Lucys »rätselhafte Aura« beschrieben wird und die vielen Artikel zitiert werden, die obsessiv ihre beeindruckende Erscheinung betonten. Jones zeigt aber auch Widersprüche zwischen Worten und Taten, die Brüche und Unstimmigkeiten in Lucys Biographie auf. Sie verweisen oft auf die Grenzen, die ihr als afroamerikanische Frau auferlegt waren.

Die Biographie liefert einen spannenden Einblick in die sozialen Kämpfe dieser Zeit. Jones malt ein umfassendes Bild der ArbeiterInnenbewegung und einer ihrer Hauptprotagonistinnen, ganz ohne sie, wie der Titel vermuten lässt, zu einer Göttin zu verklären.

Helene Thaa

► *Jacqueline Jones: Goddess of Anarchy. The Life and Times of Lucy Parsons, American Radical. Basic Books, New York 2017. 447 Seiten, 21,75 Euro.*

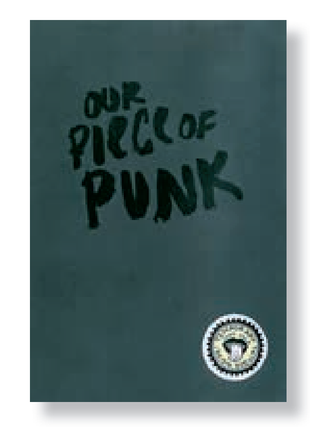
Einst Diplomat, heute Anarchist

► **Accidental Anarchist** ist eine nachdenkliche Filmdokumentation über eine politische Utopie. Angereichert mit historischen Aufnahmen und Nachrichtenbildern, unternimmt sie eine Reise zu anarchistischen Projekten und Momenten in Vergangenheit und Zukunft. Vor allem aber erzählt sie die Geschichte des britischen Diplomaten Carne Ross und wie er vom Regierungsangestellten zum Anarchisten wurde. Desillusioniert vom offiziellen Politikbetrieb, gründete er 2004 die NGO Independent Diplomat, die nicht anerkannte Staaten oder Regierungen dabei unterstützt, die Bürokratie der internationalen Politik zu meistern. Soweit, so gut: Man muss aber nicht anarchistisch sein, um moralische Bedenken zu haben bei dem, was Staaten so untereinander aushandeln. Trotzdem wirkt Carne überzeugend, wenn er aus seinen Erfahrungen schlussfolgert, dass Anarchismus – damit meint er vor allem basisdemokratische Selbstverwaltung – die notwendig richtige Art sei, das Zusammenleben von Menschen zu regeln.

Er schämt sich heute dafür, als Diplomat sein rhetorisches Talent dafür eingesetzt zu haben, Entscheidungen über das Leben ihm völlig unbekannter Menschen durchzusetzen, beispielsweise die UN-Sanktionen gegen den Irak. Heute nutzt er seine Fähigkeiten, um die Vorteile des Anarchismus anzupreisen. Er erzählt von der Effizienz der Graswurzelnetzwerke von Occupy, die schneller und besser funktionierten als staatliche Strukturen, als es darum ging, die Verwüstungen durch den Hurrikan Sandy in New York zu bewältigen.

Mit George Orwell geht es ins unvermeidliche Spanien der 1930er Jahre – und zurück in die Gegenwart in das Dorf Marinaleda, einem Ort, in dem der Anarchismus bereits gelebte Praxis und nicht nur bloße Utopie ist. Die von Arbeitslosigkeit, Schulden und Versorgungsschwierigkeiten geplagte Dorfbevölkerung hatte mit ihren Protesten die Regierung dazu gebracht, ihnen das Land des Dorfes zu übertragen. Zuvor hatte es einem adligen Großgrundbesitzer gehört und war von der Dorfbevölkerung besetzt worden. Der Bürgermeister, Juan Manuel Sánchez Gordillo, hat sein Amt seit 1979 inne und steht dafür ein, dass das anarchistische Projekt schon im Hier und Jetzt verwirklicht werden kann. Wenn man an einem Ort die Verhältnisse veränderte, so meint er, verändere man die ganze Welt. Schon das sei ein revolutionärer Akt.

Reclaim the Stage



► Das Buch **Our Piece of Punk** widmet sich der Realität von FLTIQ-Personen (Frauen*, Trans*, Inter* & Queer) in der Punkszene. Bereits seit den 1970er Jahren und während der Riot Grrrl-Bewegung der 1990er wurden Genderrollen innerhalb der Punkszene stark kritisiert. Doch dann scheint das Thema versandet zu sein. So werden auch heute noch in der Punkszene genau jene Macht- und Herrschaftsverhältnisse reproduziert, gegen die sie sich vorgeblich auflehnt. Der Anspruch des Buches ist, den Ist-Zustand der Punkszene zu hinterfragen und weiterhin existierenden Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Als gewöhnliches Buch kann «Our Piece of Punk« kaum bezeichnet werden – DIY-Projekt (do it yourself) trifft die Sache eher. Themen wie Rassismus, Sexismus und Homo- und Trans*phobie werden in den Beiträgen der 35 Autor*innen auf vielfältige Weise verarbeitet. Szenenahe Protagonist*innen stellen persönliche Erfahrungen und Gedanken nicht nur in Form von Texten, sondern auch als Comics und Zeichnungen dar.

Wie die Herausgeber*innen betonen, ist »Our Piece of Punk« »eine Streitschrift, eine Momentaufnahme und eine Liebeserklärung zugleich«. Denn nicht alles an der Punk-Subkultur ist schlecht. Nur wer darin als Frau oder weiblich gelesene Person Musik macht, steht unter dem ständigen Druck, sich profilieren oder rechtfertigen zu müssen. In dieser Männerdomäne als FLTIQ-Person Raum einzunehmen und der Tätigkeit des Musikmachens nachzugehen, geht unweigerlich mit der Markierung als FLTIQ-Person einher – und wird somit zu etwas Außergewöhnlichem, das hervorgehoben werden muss. »Diese unumgehbare Verbindung von Tätigkeit und Körper bekommt man als Frau* […] früh gespiegelt«, schreibt die Musikerin Elinor in ihrem Textbeitrag.

Was ist Punk eigentlich? Vor allem scheint es immer noch ein Raum zu sein, dem anzumerken ist, dass er über Jahrzehnte von Männern dominiert und folglich mit vielen Stereotypen verknüpft wurde. Wie kann es auch anders sein, wenn die Hürden des Musikmachens für weiblich sozialisierte Personen so viel größer sind als für männlich sozialisierte? Für die Autor*innen ist es an der Zeit, den Begriff neu zu definieren und zu erweitern, damit mehr Menschen darin Platz finden und sich wohl fühlen können.

Kritisiert wird unter anderem auch, dass mit diesem Kampf eine Reproduktion der klassischen Geschlechterverhältnisse erfolgt, indem er überwiegend von FLTIQ-Personen ausgetragen wird. Aisha Franz kommentiert: »Am Ende bin ich immer in meiner zugeschriebenen weiblichen* Rolle, die die minimale (emotionale/empathische) sensibilisierende Aufklärungsarbeit zu verrichten hat, letztendlich aber den negativen Stempel der dogmatischen Radikalität aufgedrückt bekommt.«

»Our Piece of Punk« hat großes Potenzial, dass die Lesenden sich darin verlieren und erst nach mehreren Stunden, begleitet von Wutausbrüchen und Wehmut, wieder auftauchen. Spannend sind dabei die unterschiedlichen Perspektiven auf den Zustand der szeneinternen Geschlechterrollen und die Definition einer emanzipatorischen Praxis. Das Ziel, FLTIQ-Personen dazu zu motivieren, die Bühnen zu erobern, verfehlt es dabei nicht. Wer vorher noch nicht über eine eigene Band nachgedacht hat, wird es nach diesem Buch in Erwägung ziehen.

Theresa Weck

► *Barbara Lüdde/ Judit Vetter (Hg.): Our Piece of Punk. Ein queer_feministischer Blick auf den Kuchen. Ventil Verlag, Mainz 2018. 160 Seiten, 20 Euro.*



Die selbstverwaltete kurdische Region Rojava ist zugleich Höhepunkt und Ende von Carnes Reise in die Welt des Anarchismus. Carne ist sichtlich bewegt, doch er beobachtet in einem kurdischen Regierungsgebäude trocken: »Je schäbiger die Parlamentskammer, desto besser« und »je repräsentativer, desto schlechter«. Die Schäbigkeit eines Parlaments mit dessen Fähigkeit zur Demokratie in Korrelation zu setzen, mag ein wenig unterkomplex und romantisierend sein. Doch der ehemalige Diplomat wird es wissen, schließlich hat er schon viele davon gesehen.

Bei Berichten über Rojava häufen sich derzeit nicht umsonst die Vergleiche mit Spanien 1936. Gerade in heutigen Zeiten ist es vielleicht der wichtigste Verdienst dieses Films, dass er zeigt, wogegen sich die kriegerische Aggression der Türkei eigentlich richtet: Gegen eine Region, in der das Zusammenleben nach basisdemokratischen und freiheitlichen Prinzipien organisiert wird, in Räten, in denen alle verschiedene Ethnien und Religionen vertreten sind und in der die Frauenbefreiung das wichtigste Ziel sein soll. In diesem Punkt kann man dem Erzähler durchaus ein wenig Blauäugigkeit vorwerfen – gibt es doch gerade in linken Kreisen Zweifel am emanzipatorischen Projekt Rojava, weil auch dort autoritäre Strukturen existieren und Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Kritik dieser Art hätte dem Film gut getan.

Dennoch bleibt er ein überzeugendes Plädoyer für die anarchistische Utopie – eines, dass es sogar ins öffentlich-rechtliche Programm der BBC geschafft hat. Das war vermutlich auch deshalb möglich, weil es unmissverständlich präsentiert wird von jemandem, dem ein bürgerliches Publikum schwerlich Träumerei vorwerfen kann, wenn er vom Anarchismus spricht.

Kathi King

► *Accidental Anarchist. Regie: John Archer, Clara Glynn. Buch: Carne Ross. Hopscotch Films, UK 2017, 84 Min.*

»Dieses verdammte Aber«

► Unter denkbar widrigen Bedingungen im Gefängnis produziert, versammelt Deniz Yücels Buch **Wir sind ja nicht zum Spaß hier** eine große Auswahl an Reportagen und Satiren der vergangenen 13 Jahre. Seine Stilmittel sind so vielfältig wie seine Themen: linke Verblödung, verrohter Fußball, vergessene Kunst, gewalttätiger Islam, irrsinniger Sexismus. Zu einer seiner besten Arbeiten gehört »Dieses verdammte, beschissene ‚Aber'«, erschienen kurz nach dem Attentat auf Charlie Hebdo. Ein Kommentar, der die Freiheit der Kunst vor dem politischen Islam verteidigt – auch als globale Verantwortung aller Muslime: »Denn den Islam gibt es nicht; der Islam ist die Summe dessen, was diejenigen, die sich auf ihn berufen, daraus machen. Und was ein nennenswerter Teil daraus macht, ist Barbarei«, schreibt Yücel. Weswegen »die Muslime sich schon um ihrer selbst willen dem Problem stellen müssen, dass diese Irren Teil des Islams sind«. Selten findet sich in deutschen Medien eine derart scharfe Kritik, die vom Pauschalurteil ebenso absieht wie von leidenschaftsloser Schreiberei.



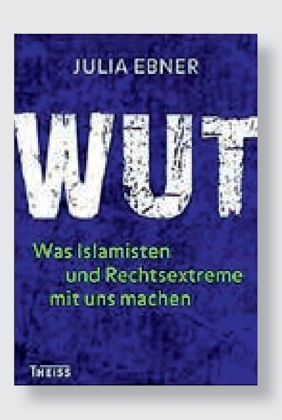
Ein Gutteil des Buches ist jedoch der Türkei gewidmet, jenem Staat also, der seit Jahren mit faschistischem Furor von sich Reden macht. Es sind gerade diese Reportagen, die einen Einblick sowohl in Yücels Sachkenntnis als auch in seine Leidenschaft als Kritiker geben. Dass Yücel aufgrund dieser Reportagen der »Volksverhetzung« und der »Terrorpropaganda« bezichtigt wird, mutet besonders absurd an. Denn in ihnen beschreibt er das, was ohnehin in der Türkei längst bekannt ist: Vetternwirtschaft, Islamisierung, Kriegstreiberei. So sei nicht aus Gründen der Korruption »die Clique um Erdoğan« niederzuringen, sondern wegen des Massakers der »türkischen Luftwaffe im kurdischen Dorf Roboski«, wegen der »Unterstützung der dschihadistischen Barbarei in Syrien«, wegen der »ständigen Ausfälle gegen säkulare Frauen, Aleviten, Armenier, überhaupt alles und alle, die nicht in seine Streichholzschachtelwelt aus Koranversen und Bauplänen passen«.

In Yücels Arbeiten wird deutlich, wovon das türkische Regime sich bedroht sieht: Dass sein Volk nicht im Geringsten geeint und seine autoritäre Formierung völlig widersprüchlich ist. Die Verpflichtung auf Wahrheit brachte Yücel letztlich ins Gefängnis. Dass es ihm dort trotz allem gelang, seinen Beruf weiter auszuüben, ist weit mehr als nur ein persönlicher Triumph. Eben deshalb ist sein Buch lesenswert. In ihm wird deutlich, weswegen den Bekloppten ihre Knarren abzunehmen sind und ihnen stattdessen ein wenig mehr Filiz Çayi (Schwarztee) zu reichen wäre. Denn eine Demokratisierung der Türkei, überhaupt der gesamten Region, bleibt notwendiges Etappenziel emanzipatorischer Kritik.

Henning Gutfleisch

► *Deniz Yücel: Wir sind ja nicht zum Spaß hier. Reportagen, Satiren und andere Gebrauchstexte. Edition Nautilus, Hamburg 2018. 217 Seiten, 16 Euro.*

Huntington lässt grüßen



► Die Österreicherin Julia Ebner arbeitet für die britische Denkfabrik Institute for Strategic Dialogue und wird gegenwärtig medial als »Terrorismusexpertin« gefeiert. Mit ihrem Buch **Wut. Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen** möchte die 27-jährige Wirtschaftswissenschaftlerin die »Wechselwirkungen unterschiedlicher Formen von Extremismus« veranschaulichen: IslamistInnen und Rechtsradikale sieht Ebner als »zwei Seiten derselben Medaille«. Beide Gruppen befinden sich ihrer Meinung nach gegenwärtig in einer »wechselseitigen Radikalisierung«. Laut Ebner, die hier ähnlich wie Samuel Huntington argumentiert, führe das im schlimmsten Falle zum »globalen Kulturkrieg zwischen Muslimen und Nichtmuslimen«.

Für das Buch hat sie undercover die »Geografie des Hasses« in Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien aufgesucht. Viele der Orte sind zugleich die Geografie des Prekariats. Sowohl im belgischen Molenbeek als auch im französischen Lunel, beides Orte islamistischer und rechter Radikalisierung, leben die VerliererInnen des Kapitalismus.

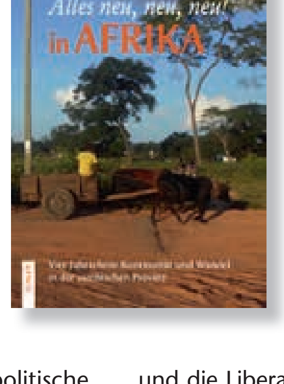
Zur Unterstützung ihrer These von der gegenseitigen Radikalisierung hat Ebner zahlreiche Onlinequellen ausgewertet, Interviews mit AnhängerInnen rechtsradikaler und islamistischer Gruppen und AussteigerInnen geführt sowie islamistische und rassistisch motivierte Anschläge in Europa einander gegenübergestellt. Dabei weist sie darauf hin, dass rechter Terror in Europa häufig »lückenhaft dokumentiert« wird.

Ihr Buch richtet sich an ein populärwissenschaftlich interessiertes Publikum und liest sich insgesamt gut. Die deutsche Übersetzung lässt jedoch zu wünschen übrig. Sperriges Vokabular wie »Extremismusbekämpfungsorganisation« sowie unsensible Sprache bei Begriffen wie »gemischtrassige Beziehungen« oder »rassische Identitätsgruppen« hätte ein kritisches Lektorat vermeiden können.

Beim Vergleich der »Extremisten« wäre es sinnvoll gewesen, dem Thema Antisemitismus mehr Raum zu geben. Letzterer wird von Ebner nur am Rande durch Verschwörungstheorien aufgeführt, ansonsten meist bei der Motivation für Terroranschläge übersehen. Die Rolle von Antisemitismus als Welterklärungsideologie, die sowohl IslamistInnen als auch Rechtsradikale in ihrem Kampf gegen die Moderne eint und sich im Hass auf Juden und Jüdinnen sowie Israel ausdrückt, wird von Ebner unzureichend thematisiert.

Hilfe? Welche Hilfe?

► »Ist das Handy in Händen einer armen Bäuerin nun wirklich eine Verbesserung der Lebensbedingungen?«, fragen sich Maria Tekülve und Theo Rauch zu Beginn ihres Buches **Alles neu, neu, neu! in Afrika**. Einfache Antworten können solchen Fragen nicht gerecht werden, weshalb die AutorInnen sich ihnen ebenso detailliert wie diskutierend nähern. Sie stecken damit ein Spannungsfeld ab, in dem sich Entwicklungszusammenarbeit generell bewegt.



1977 hatten Tekülve und Rauch als EntwicklungshelferInnen ein Regionalentwicklungsprogramm in Sambia etabliert, das auf die Verbesserung der Lebensumstände von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Region Kabompo im Nordwesten des Landes abzielte. Im April 2015 begaben sich die beiden erneut auf eine Reise dorthin. Ihre selbstkritischen Evaluationen von fast vier Jahrzehnten Projektarbeit bilden den Kern des Buchs.

Um der Nüchternheit eines konventionellen Projektberichts vorzubeugen, erweitern Tekülve und Rauch die harten Fakten der Infrastrukturberichte, der politischen Historie Sambias und der ökonomischen Analysen um einen essayistischen Anteil, der entwicklungspolitische Debatten, Interviews mit BewohnerInnen Kabompos sowie persönliche Reminiszenzen und Retrospektiven umfasst. Das Buch gewinnt durch ihre langjährigen intensiven Erfahrungen im Bereich der Entwicklungspolitik und ihren Mut, Kontroversen und Fehltritte zu benennen und zu diskutieren.

Die anfängliche Skepsis der sambischen Behörden gegenüber Tekülves und Rauchs Projekt, durch die ihre Projektplanung erheblich in Verzug geriet, wurde von den AutorInnen als antikolonialer Stolz gedeutet. Das war Wasser auf die Mühlen deutscher EntwicklungshilfekritikerInnen, die dem Projekt aufgrund »aufgezwungener Hilfen« (Neo-)Kolonialismus vorwarfen. Auch hinsichtlich der divergierenden Vorstellungen von sambischen AkteurInnen und deutscher EntwicklungspolitikerInnen über die praktische Verteilung von Mitteln stießen Tekülve und Rauch auf unvorhergesehene Probleme: Einzelne lokale Institutionen konkurrierten direkt mit dem Projektziel, die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft zu fördern. Für sie war unersichtlich, warum deutsche Gelder nicht für die Erneuerung des Inventars ihrer Behörde verwendet werden sollten.

Die 1980er und 90er Jahre bildeten eine Zäsur in der Entwicklungspolitik: Eine sich rasant ausdehnende HIV-Epidemie, die aufkommende Strukturanpassungspolitik der Weltbank und des IWF und die Liberalisierung der Märkte lösten eine kontinentale Krise aus, die Afrika als »hoffnungslosen Kontinent« brandmarkte. Die afrikanische Entwicklungspolitik war gezwungen, darauf zu reagieren und Ziele neu zu definieren. Auch das Projekt der AutorInnen musste sich einer Revision unterziehen und umstrukturiert werden.

Viele der im Buch behandelten Themen sowie das »Orchideenfach« der Afrikanistik generell wurden hierzulande lange Zeit belächelt und für deutsche Politik als irrelevant abgetan. Doch spätestens die Staatsbesuche der Kanzlerin in Mali, Niger und Äthiopien im Frühjahr 2017 zeigten, dass der Entwicklungspolitik inzwischen einen großen Stellenwert für die Bekämpfung von Fluchtursachen in Afrika beigemessen wird. Tekülves und Rauchs Langzeitevaluation trägt zu dieser aktuellen Debatte Aspekte bei, die über bloße Migrationsabwehr weit hinausgehen.

Jan Düsterhöft

► *Maria Tekülve, Theo Rauch: Alles neu, neu, neu! in Afrika. Vier Jahrzehnte Kontinuität und Wandel in der sambischen Provinz. Verlag Hans Schiler, Berlin/Tübingen 2017. 280 Seiten, 19,80 Euro.*

Dem Buch hätte auch ein Blick auf die dominanten Geschlechterbilder in beiden Bewegungen gut getan. Beide verherrlichen heterosexuelle Männlichkeit bei gleichzeitiger Abwertung von Frauen und Homosexuellen. Beide fürchten den Werteverfall der Gesellschaft im Kontext sexueller und geschlechtlicher Emanzipation.

Ebners Verortung menschenverachtender und diskriminierender Einstellungen und Praxen bei den antidemokratischen »eskalierenden Extremen« erteilt der gesellschaftlichen Mitte die Absolution. Letztere wird mit dem Wörtchen »uns« im Buchtitel direkt als Zielgruppe angesprochen und kann es sich beim Lesen auf der Seite der ‚Guten' gemütlich machen. Der Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und die Homophobie der Mitte sind kein Problem, solange sie nur brav wählen geht und den Betriebsablauf nicht gefährdet.

Patrick Helber

► *Julia Ebner: Wut. Was Islamisten und Rechtsextreme mit uns machen. Theiss Verlag, Darmstadt 2018. 336 Seiten, 19,95 Euro.*

Immer noch ungleich

► »Everything was bright. Everything was rising. Everything was a dream.« So beschreibt der afroamerikanische Autor Ta-Nehisi Coates den Herbst 2008. Es war für ihn nicht nur das Jahr des überraschenden Aufstiegs von Barack Obama zum US-Präsidenten, sondern auch der Beginn seines eigenen journalistischen Erfolgs. Mit dem Glauben, dass der Erfolg Einzelner den systematischen Rassismus in den USA abschaffen kann, rechnet Coates allerdings ab.



Sein Buch **We were eight years in power** vereint acht journalistische Texte aus der Obama-Ära mit persönlichen Notizen, die Coates' eigenen Lernprozess in dieser Zeit reflektieren. Die Texte sind eine Mischung aus Reportagen und politischen Essays. Zusammen liefern sie eine scharfe Analyse des amerikanischen Rassismus und seiner Implikationen für Obamas Präsidentschaft.

In seinen wortgewaltigen Essays beschreibt Coates anhand der US-amerikanischen Geschichte und Gegenwart die Kontinuität des Rassismus, der sich von der Sklavenzeit, dem Bürgerkrieg und der Ära der Segregation bis zur heutigen Gesetzgebung zieht. Coates selbst verortet sich in einer Tradition afroamerikanischer AutorInnen: Das Schreiben für The Atlantic und seinen Blog gibt ihm die Möglichkeit, jene rassistische Strukturen zu analysieren und herauszufordern, die ein farbenblinder Mainstream gerne übersehen würde.

In seinem wohl berühmtesten Essay, in dem er eine Diskussion über Reparationen für die Sklaverei fordert, stellt er überzeugend dar, wie AfroamerikanerInnen nicht nur strukturell benachteiligt, sondern regelrecht ausgebeutet wurden und werden. Coates zeichnet nach, wie Gesetzgebungen vom New Deal bis heute Wohlstand nur für weiße AmerikanerInnen generierten und AfroamerikanerInnen zum Beispiel auf dem Immobilienmarkt systematisch ausschlossen. In einem anderen Essay beschäftigt sich Coates mit einem der drängendsten Probleme der USA, das ebenfalls überproportional afroamerikanische Familien betrifft: das Strafrechtssystem mit der größten Gefängnispopulation der Welt.

Coates schreibt vor allem gegen Mythen der amerikanischen Gesellschaft an. Die Entzauberung einer von ihnen zieht sich durch das ganze Buch: Dass AfroamerikanerInnen es in die Mittelklasse schaffen können, wenn sie sich nur doppelt anstrengen. Diese Forderung verkörpert Obama selbst, und er hat sie auch in einigen Reden gestellt. Coates zeigt zum einen auf, wie Obama selbst an diesem Anspruch gescheitert ist, als skandalfreier Präsident, der dennoch aggressiven rassistischen Anfeindungen ausgesetzt war. Zum anderen macht er klar, dass die Strukturen der Segregation nicht von Individuen durchbrochen werden können. Coates kritisiert den Präsidenten für seine Vorstellungen von einer »farbenblinden« Politik, die ohne besondere Berücksichtigung rassistischer Strukturen die Lebensbedingungen aller verbessert.

Schon seine Erläuterung des Buchtitels zeigt, dass Coates Obamas Glauben an Fortschritt nicht teilt. »We were eight years in power« ist ein Zitat des Kongressabgeordneten Thomas Miller von 1895, der damit die Errungenschaften der Reconstruction in den Südstaaten, der Zeit nach dem Bürgerkrieg, hervorhebt. Miller versuchte, die Ergebnisse einer Regierung, die AfroamerikanerInnen grundlegende Bürgerrechte gewährte, gegen den aggressiven rassistischen Backlash zu verteidigen. Coates macht damit klar, dass die Fortschritte der afroamerikanischen Community nie linear verliefen. Ohne echte Diskussionen über Rassismus kann für ihn die White Supremacy nicht aufgelöst werden, auch nicht durch Ausnahmeerscheinungen wie den ersten schwarzen Präsidenten.

Obama bemerkte nach der Erschießung Trayvon Martins durch ein Mitglied einer weißen Bürgerwehr, dass sein Sohn, wenn er einen hätte, so aussähe wie Trayvon. Die empörten Reaktionen auf diese Äußerung zeigen für Coates, dass Obama es zwar als schwarzer Mann ins Weiße Haus geschafft hat, aber nicht als schwarzer Präsident von einer Mehrheit akzeptiert werden konnte. Damit werden auch die Grenzen klar, die einem afroamerikanischen Präsidenten gesetzt waren: Für Coates konnte Obama nur Präsident werden, indem er das »kindische Gewissen« eines Landes nicht in Schwierigkeiten gebracht hat, das sich seiner Vergangenheit nie ausreichend gestellt hat.

In einem starken Epilog kritisiert Coates die Analysen, die die Wahl Trumps als Aufschrei der abgehängten Working Class gegen Identitätspolitik und liberale Eliten verstehen. Coates argumentiert, dass die Zugehörigkeit zur White Working Class, nicht zur arbeitenden Klasse an sich, prägendes Merkmal der Trump-WählerInnen war. Trump sei der »erste weiße Präsident«, der erste, der eine Kampagne einzig und allein auf der Basis seiner weißen Identität gewonnen habe. Coates analysiert die Wahl als Aufbäumen der White Supremacy, die durch die »eight years in power« ins Schwanken geraten ist. Trumps Wahl mache deutlich, dass es eben nicht reicht, doppelt so gut zu sein, um Erfolg zu haben. Wenn Obama gezeigt habe, dass ein gebildeter und talentierter schwarzer Mann Präsident sein kann, dann beweise Trump, dass ein weißer Mann das immer kann, ganz egal, was er sich erlaubt: »If a black man can be president, then any white man can.«

Coates' Buch setzt viel Wissen voraus, man erfährt beim Lesen aber viel über Geschichte, Politik und aktuelle Debatten der USA. Coates macht so den Rassismus als andauernden Kampf um weiße Vorherrschaft verständlich, der teils mit Mitteln der Gesetzgebung, aber auch mit blanker Gewalt geführt wird. Der amerikanische Mythos der Gleichheit muss sich dieser Wahrheit stellen, wenn er jemals Wirklichkeit werden soll.

Helene Thaa

► *Ta-Nehisi Coates: We Were Eight Years in Power. An American Tragedy. One World Publishing Co., New York 2017. 400 Seiten, 16,99 Euro.*

► *Ta-Nehisi Coates: We Were Eight Years in Power. Eine Amerikanische Tragödie. Hanser, Berlin 2018. 416 Seiten, 25 Euro.*

Death by Design

► Die Dokumentation »Death by Design« zeigt die verheerenden Folgen der IT-Produktion für die Umwelt und die Gesundheit von ArbeiterInnen in den USA und China. Zu Wort kommen Betroffene, WissenschaftlerInnen, aber auch UnternehmerInnen, die es besser machen wollen. Kostenlos unter:
► *deathbydesignfilm.com*

Utopie Kongress

► Eine besondere Form, Alternativen zum Kapitalismus vorzustellen und zu diskutieren, bietet der Utopie Kongress vom 23. bis zum 27. Juli in Berlin. Bei einer Antikapitalismus-WM treten sechs utopische Mannschaften, von den basisdemokratischen AnarchistInnen bis zu dem Team »5 Stunden Woche«, in einem theoretischen Fußballspiel gegeneinander an. Es gewinnt, wer die ZuschauerInnen vor Ort und per Livestream mit Argumenten überzeugt.
► *utopie-congress.org*

Degrowth Sommerschule

► Jenseits von kapitalistischer Wachstumslogik beschäftigt sich die Degrowth Sommerschule in Pödelwitz bei Leipzig mit Visionen für eine soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft. Vom 29. Juli bis zum 2. August können sich Teilnehmende in viertägigen Kursen intensiv mit einer Fragestellung auseinandersetzen.
► *Degrowth.info*

AMS Politcamp

► Unter dem Motto »Verstehen, kritisieren, etwas Neues schaffen« bietet das AMS-Camp in St. Georgen im Schwarzwald vom 16. bis zum 18. August Workshops, Konzerte, Theater und Raum für eine gelebte gesellschaftliche Alternative. Selbstorganisiert lebt es von der Mithilfe aller BesucherInnen.
► *amscamp.de*

Klimacamp im Rheinland

► Vom 11. bis zum zum 22. August trifft sich die Klimagerechtigkeitsbewegung im rheinischen Braunkohlerevier, um sich über Strategien und Strukturen auszutauschen. Zusätzlich liefern Workshops, Diskussionen und Kulturprogramm einen breit gefächerten inhaltlichen Input rund um das Motto »System Change not Climate Change«.
► *klimacamp-im-rheinland.de*

Politische Reise nach Indonesien

► Vom 15. bis zum 31. Oktober veranstaltet der Internationale Arbeitskreis (IAK) eine politische Reise nach Yogyakarta und Jakarta. Dort beschäftigt sich die Gruppe mit der jungen Generation und den Themen Zivilgesellschaft, Aktivismus und Protesten 20 Jahre nach der Militärdiktatur von General Suharto.
► *politisch-reisen.org*

Vorschau: iz3w 368

Bioökonomie

► Der Begriff der Bioökonomie beschreibt die Transformation der Gesellschaft in ein Zeitalter ohne Öl und fossile Energien. Vor dem Hintergrund von zunehmendem Klimaschutz und Nachhaltigkeit scheint das zwingend notwendig. In der kommenden iz3w-Ausgabe beleuchten wir, welche sozialen Kämpfe und ökologischen Risiken mit dem Umrüsten auf Biomasse verbunden sind. Wie nachhaltig sind die neuen Technologien und wer profitiert von diesen Entwicklungen?

Impressum

Herausgeberin

► Aktion Dritte Welt e.V. informationszentrum 3. welt, Kronenstraße 16a (Hinterhaus), D-79100 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 740 03, Fax: 0761 / 70 98 66
E-Mail: info@iz3w.org
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr
www.iz3w.org

Redaktion

► Martina Backes, Katrin Dietrich, Penelope Hägele, Mischa Homlicher, Kathi King, Friedemann Köngeter, Clara Koller, Rosaly Magg, Winfried Rust, Larissa Schober, Christian Stock, Helene Thaa, Theresa Weck, Lisa Westhäußer

Vertrieb für den Buchhandel

► Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Postfach 9, D-35463 Fernwald (Annerod), Fax: 0641/943 93-93, service@prolit.de

Satz und Gestaltung

► Büro MAGENTA. Freiburg

Herstellung

► Citydruck. Freiburg
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

Jahresabonnement (6 Ausgaben)

► Inland: € 31,80 (für Geringverdienende € 25,80), Förderabonnement ab € 52,-
► Ausland: Europa € 38,80 oder Übersee € 45,80
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.
► Aboverwaltung: abo@iz3w.org

Konto (Aktion Dritte Welt e.V.)

► GLS Bank (D)
Konto-Nr. 791 338 7600, BLZ 430 609 67
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden

► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck: »Spende« auf das Konto der Aktion Dritte Welt e.V. bei der GLS-Bank
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00
BIC: GENODEM1GLS

Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 368

► (Druckfertige Vorlagen) 20.7.2018

Palmen, Sekt und Sonnenschein,

so schön kann ein Abo sein.

50 JAHRE iz3w UNERHÖRTES



6 Ausgaben pro Jahr

hintergründig, kritisch & fundiert

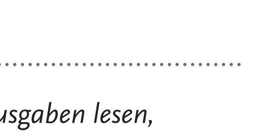


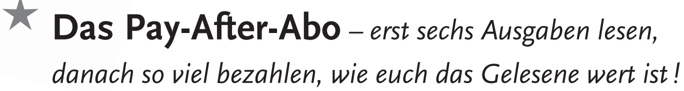
Wer mehr als jede Menge Lesestoff sucht, kann wählen zwischen folgenden

Aboprämien *(nur im Jubiläumsjahr)*

☆ **T-Shirt** *fair & bio*
schwarz oder petrol

☆ **Turnbeutel** *fair & bio*
schwarz oder grün





★ **Das Pay-After-Abo** – *erst sechs Ausgaben lesen, danach so viel bezahlen, wie euch das Gelesene wert ist!*

Die Jubiläumsedition

ist auch ohne Abo **käuflich** zu erwerben:

T-Shirt: € 10,– / **Turnbeutel**: € 8,–



Abos unter:





ISSN 1614-0095

E 3477

▶ **iz3w – informationszentrum 3. welt**
Kronenstraße 16a, D-79100 Freiburg
www.iz3w.org

